Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1949

3 (21.1.1949)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

AUSGABEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ECONOMIE CONTINENTALE · CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 3 — 4. Jahrgang | Liz.-Nr. 1128 DG AA/Inf./Pr. | Konstanz/Bodensee, 21. Januar 1949 | Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

Nach dem ersten Preisschock

Nur Qualität wird bezahlt – Trotzdem Substanzverluste – Schwarzmarkt weiter schwach

Collins zum Ruhrstatut (S. 2) – Agrarpreise und Weltmarkt – Angewandtes Vergleichsrecht

D-Mark-Kurs hält sich

Am Ende der vergangenen Woche und an den ersten beiden Tagen in der Woche machte die D-Mark in Zürich eine gewisse Abschwächung durch. Jedoch Mittwoch und Donnerstag stand sie wieder auf ihrem bisher höchsten Stand mit 28/32,5 sfr für 100 DM. Interessant ist nur, daß die auf diesem Kurs aufbauenden Schwarzmarktpreise im Grenzgebiet, insbesondere Zigaretten, nicht heruntergegangen sind, obwohl eine starke Zurückhaltung im Einkauf zu beobachten war. Aus gewissen Schweizer Kreisen an der Grenze hören wir, daß man ab Anfang Februar wieder mit einem Schwächerwerden der DM zu rechnen hätte. Man erwartet sogar die alten Tiefkurse. Inwieweit derartige Gerüchte nur zu dem Zweck ausgestreut werden, um die schwarzen Einkäufer in Deutschland dazu zu bewegen, zu den alten, nicht ermäßigten Preisen einzukaufen, ist schwer zu beurteilen. Wir vermuten, daß ein Einpendeln auf der Mitte stattfinden wird. Der heute relativ hohe Kurs der DM wird vielleicht wieder etwas abbröckeln, aber wir glauben kaum, daß der Durchschnittskurs unter 26—27 heruntergehen wird — und das auch nur langsam. In den anderen Zonen Deutschlands war die Entwicklung der schwarzen Devisenkurse ganz ähnlich: In Frankfurt zogen sie leicht wieder an, in der übrigen amerikanischen Zone stabilisierten sie sich, aber in der britischen Zone gehen sie weiter zurück. Insbesondere in Düsseldorf sank der Dollar innerhalb weniger Tage von 16 auf 12.50 DM, der Franken von 4.50 auf 3.— bis 3.50. Wir registrieren eine uns gegenüber geäußerte Vermutung, daß eine Schweizer Gruppe seit Wochen DM zu hohen Preisen aufkaufe, um damit den DM-Preis in die Höhe zu treiben. Inwieweit der zunehmende Goldschmuggel aus der Schweiz ins Ausland damit zusammenhängt, ist nur schwer festzustellen. Das Pfund Sterling lag in Frankfurt bei 34 bis 36 und 100 ffr bei 2.70 bis 2.90 DM.

Schwarze Preise sinken weiter

Die Preise am schwarzen Markt sinken weiter. Der Butterpreis erreichte in München wegen der geringen Nachfrage einen Rekordtiefstand von 19 DM das Kilogramm, dagegen konnte sich in Düsseldorf der Preisstand halten, weil die Landwirtschaft noch nicht bereit ist, ihre Preise für Nahrungsmittel, vor allem für Fett, zu senken. Es ist festzustellen, daß der schwarze Markt unverändert gut mit Waren versorgt ist. Aber die Nachfrage bleibt gering. Darum ging auch der Kaffeepreis weiter herunter. Dagegen konnten sich die Mehl- und Zuckerpreise wieder etwas verbessern. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der schwarze Markt ernstlich getroffen ist und daß bereits eine Abwanderung der Schwarzmarkthändler in andere Berufe bevorsteht — oder schon im Gang ist, wie einige Beobachtungen zeigen. Einige Notierungen: In Frankfurt kostete das kg Schmalz 22—26, Speck 26—30, Margarine 16—20 DM. Ein Liter Benzin ging auf 1—1.20 DM zurück. 20 g Schokolade wurden in Frankfurt mit 1 DM bis 1.20 DM verkauft. Eier in Essen 65 bis 70 Pfg. Rindfleisch zwischen 10 und 12 DM, Schweinefleisch zwischen 14 und 17 DM je kg.

Wein noch sehr fest

Diese nicht mehr ganz einheitliche Tendenz ist auch beim Wein zu erkennen, ja sie tritt dort sogar am deutlichsten hervor. Es liegen Meldungen bei uns vor, daß die Weine an der Mosel seit 14 Tagen wieder im Preis anziehen. Das Fuder 1948er Wein sei unter 3 000 DM kaum noch zu haben und zwei Fünftel der Ernte 1948 sei bereits verkauft. Jedoch auch hier sind Einschränkungen zu machen. Die Doppelzone kauft und sieht nicht allzu sehr auf den Preis, dagegen kaufen die Gaststätten und Großhandlungen in Rheinland-Westfalen nur ein, was sie in nächster Zeit brauchen. Da ist also schon der erste Unsicherheitsfaktor. Man muß weiter berücksichtigen, daß die 1948er Ernte sehr gut war und daß die Mengen um 25% höher liegen als 1947. Weiter wird allgemein die Beobachtung gemacht, daß die Bauern mit dem Verkauf von Wein zurückhalten, zumal sie noch verhältnismäßig liquide sind. Wenn sie im Frühjahr Düngemittel oder vielleicht Maschinen brauchen, dann besteht immerhin die Aussicht, daß mehr Wein auf den Markt kommt. Im Moment sind also die Preise noch stabil (eine Tendenz zur Erhöhung hat sich noch nicht gezeigt), aber nach dem Aschermittwoch dürfte ein Preisfall zu erwarten sein. Viele Kenner behaupten sogar, daß allein der bevorstehende Fasching die Preise für Wein noch nicht auf den Stand reduziert hätte, der der Ernte und der Marktlage entspräche. Man darf ja nicht vergessen, daß die augenblickliche Hochschätzung des Weines mehrere Gründe hat: 1. Eine gewisse Alkoholfreudigkeit, 2. Die Ablehnung des wenig schmackhaften Biers und 3. die viel zu hohen Preise für konzentrierte Alkoholika.

Qualität entscheidet

Es ist eben eine seltsame und eine mit dem Schwinden der Kaufkraft nicht in Einklang zu bringende Beobachtung, daß die Deutsche Bevölkerung doch nach dem Geschmack geht, sei es, daß man sich der Zunge, sei es, daß man sich des Auges bedient. Es ist immer wieder beobachtet worden, daß in Textilien und Lederwaren selbst bei sehr viel teureren Preisen die gute und haltbare Ware gekauft wurde. Wir glauben, daß die starken Preisstürze gerade in diesem Sektor allein darauf zurückzuführen sind, daß die Einzelhändler die schlechte Ware abstoßen wollten, weil sie erkannt haben, daß sie sie doch nicht mehr los werden. Der erste Bedarf ist gedeckt, und zu einem neuen Kauf entschließen sich die Kunden nur bei qualitativ hochwertiger Ware. Wir halten es darum für möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich, daß das Jedermannprogramm aus diesem Grunde zusammenbrechen wird. Die deutschen Käufer haben ein — berechtigt oder unberechtigt — erhebliches Mißtrauen gegen alle sogenannten billigen oder verbilligten Waren, vor allem aber gegen Waren, die ihnen direkt oder indirekt von amtlichen Stellen vorgeführt und zum Kauf empfohlen werden.

Diese Nachkriegs-Käuferpsychologie zeigt sich auch auf einem anderen Gebiet. Während des Krieges und insbesondere nach diesem Krieg konnten die Fabriken mit alteingeführtem und bekanntem Namen aus den verschiedensten Gründen nicht so schnell wieder produzieren wie die eine oder andere kleine oder unbekannte Fabrik. Da fast alle Waren Mangelwaren waren, konnten die Kleinfabriken diese Waren auch absetzen. Es wird uns aber jetzt von allen Seiten die Erfahrung bestätigt, daß sofort nach Wiederauftreten der alten Markenartikel auf dem Markt, diese bevorzugt werden und die anderen Fabrikate, obwohl sie in der Qualität keineswegs schlechter sind, vom Käufer abgelehnt werden. Das ist uns insbesondere von den Reinigungsmitteln gesagt worden aber auch von Produkten der Kosmetik. Selbst Preisunterschiede spielen keine Rolle. Wir halten diese Entwicklung ebenfalls für einen Übergang. Der Wunsch des Kunden, einmal wieder das zu kaufen, was er im Frieden gekauft hat, ist zunächst noch vorherrschend. Jedoch wird es nicht lange dauern, daß wieder die Preiswürdigkeit in den Vordergrund tritt. Dann werden auch billige Artikel wieder ihre Käufer finden; denn es ist nicht anzunehmen, daß die Kaufkraft so schnell steigt, und auf alle Fälle wird sie noch lange wesentlich niedriger bleiben als vor dem Kriege.

Schuhe als Problem

Die Probleme liegen aber auch noch nach einer anderen Seite viel tiefer und wir wollen sie am Beispiel des Schuheinzelhandels darstellen. Die Entwicklung in den letzten Monaten war doch so, daß der Einzelhandel einen Posten Schuhe zu 50 DM das Paar einkaufte, sie für 62 oder 65 DM verkaufte. Waren sie alle verkauft und er wollte neu einkaufen, so mußte er für das gleiche Paar selbst wieder 70 DM bezahlen, die er für 85 DM verkaufte, und beim nächsten Einkauf mußte er 90 DM bezahlen und verkaufte sie für 105 — und jetzt kommt der große Preissturz. Zu dem Substanzverlust, der durch die geschilderte Entwicklung eintrat, kommt nun noch der Substanzverlust durch herabgesetzte Preise, die teilweise schon weit unter den Einkaufspreisen liegen. Es kommt hinzu, daß durch die Beschränkung der Handelsspannen ein Ausgleich nicht geschaffen werden konnte. Auch hier

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Illusion der Lenkung

So überschreibt Walter Lippmann, der bedeutende amerikanische Soziologe und ebenso glänzende wie entschiedene Vorkämpfer eines revidierten Liberalismus, einen Abschnitt seines berühmt gewordenen Buches „Die Gesellschaft freier Menschen". Er zeigt dort, wie hilflos unzulänglich das menschliche Denkvermögen der Aufgabe gegenübersteht, unsere soziale Existenz ganzheitlich zu erfassen. Die Planung und bewußte Lenkung der Gesellschaft, wie sie von den Kollektivisten aller Grade erstrebt wird, setzt aber in der Tat die Lösung dieses Problems voraus. „Darum ist die Meinung, die menschliche Entwicklung könne einer bewußten Lenkung unterworfen werden, eine Illusion. Und Illusionen können sich nur diejenigen leisten, die als selbstverständlich annehmen, daß das, was sich ihrem Verständnis entzieht, unwichtig sei, und das, was ihr Verstand erfaßt, zur Meisterung jeder Situation genüge."

Damit ist eine Geistesverfassung gekennzeichnet, welche gerade dort am häufigsten auftritt, wo sie die schädlichsten Wirkungen hervorbringt: in der Bürokratie. Geschäftsleute, Bankiers und Produzenten pflegen sich vor jeglicher Illusion zu hüten; ihre Handlungen basieren auf wirtschaftlichen Tatsachen und zielen auf solche hin. Sie kennen diese Tatsachen und sind bestrebt, diese Kenntnis ständig zu erneuern und zu vertiefen. Niemand wird zu einem Preise einkaufen, der eine Woche zuvor galt und der inzwischen um ein Viertel gefallen ist. Jedermann sucht vielmehr nach den Grundsätzen zu handeln, welche die Theorie unter dem Begriff des ökonomischen Prinzips zusammenfaßt. Wer das nicht tut, wer diese Grundsätze verletzt, indem er sich Illusionen macht, etwa über die Entwicklung des Marktes oder die eigene Produktionskapazität, der wird an den Mißerfolgen, die sich unerbittlich einstellen werden, die Gefährlichkeit solcher Illusionen gar bald erkennen oder, wenn er anmaßlich das Menetekel mißachtet, dem Bankrott nicht entgehen.

In der Wirtschaftsbürokratie braucht niemand solche Folgen seiner Handlungen zu fürchten. Es ist klar, daß diese Tatsache zu einer gewissen Einseitigkeit der Auffassungen und einer Einengung des Gesichtsfeldes erheblich beiträgt. Sie mag aber auch Entschlüsse zu Maßnahmen erleichtern, die für die Gesellschaft von höchster Bedeutung sein können und die deshalb den wirtschaftlichen Handlungen etwa eines einzelnen Produzenten in keiner Weise vergleichbar sind. Diese Wirkung wird

In dieser Nummer:

Stromwirtschaft der Doppelzone

Getreide — Deutscher Markt — Weltmarkt

Disziplinierte britische Gewerkschaftspolitik

Störung im französischen Außenhandel

2 Mill. t Stahldefizit in Europa

Die Wirtschaft der österreichischen Ostzone

Italien: Land der Streiks

Wieder deutsches Aluminium

In der Produktion und Verarbeitung von Aluminium, dem für die moderne Wirtschaft so wichtigen Leichtmetall, hatte Deutschland vor dem Kriege eine bedeutende Stellung in der ganzen Welt. Ein großer Teil der Produktion ging damals in das Ausland und brachte wertvolle Devisen. Vor allem Spezialitäten, wie Tuben und Kapseln, waren weltbekannt. Als indische Tempelfolien und Teekistenfolien erfreuten sich die Erzeugnisse der deutschen Aluminium-Industrie selbst in Ostasien eines guten Rufes.

Durch das Verbot des Kontrollrates, Rohaluminium herzustellen, sowie durch die Demontage bedeutender Aluminiumwerke wurde auch die Aluminiumindustrie zurückgeworfen. Deutschland hatte, da es die Aluminiumproduktion bereits vor dem ersten Weltkriege aufnahm, immer einen Vorsprung gegenüber seinen ausländischen Konkurrenten, den es jetzt nur noch schwer wird behaupten können. Das südbadische Folienwerk Tscheulin, die modernste und leistungsfähigste Fabrik dieser Art in Europa, wurde restlos demontiert und an Kaiser in New York verkauft. Das am Oberrhein gelegene Aluminiumwerk Wutöschingen, das Halbzeug herstellte, wurde demontiert, doch wurden die abgebauten Maschinen bisher noch nicht verteilt. Die Aluminiumwerke in Singen haben bisher als einziges verbleibendes Werk der in Südbaden ansässigen Aluminiumindustrie die Verarbeitung von Rohaluminium weiterführen können.

Zu Beginn des vorigen Jahres wurde nun das Verbot der Rohaluminiumherstellung für die Doppelzone von der Militärregierung aufgehoben. Damit konnte das Werk in Töging/Bayern, das auf der Wasserkraft aufgebaut ist, wieder mit der Produktion beginnen. Für das Werk in Lünen/Lippe, das auf der Kohle steht, können aber erst jetzt die ersten Kohlenzuteilungen vorgenommen werden, so daß dieses Werk mit einiger Verspätung seine Produktion beginnt. Ende vorigen Jahres ging nun die Meldung durch die Presse, daß auch in der französischen Zone das Aluminiumwerk Rheinfelden, das zum Konzern der Aluminium-Industrie AG. Chippis gehört, mit der Rohaluminiumproduktion beginnen wird. Der damals gesetzte Termin war zwar etwas übereilt, doch ist das Werk tatsächlich von der französischen Militärregierung auf die Liste der „Industries limitées" gesetzt worden. Das Werk war in kurzer Frist betriebsbereit; aber die Produktion konnte wegen der angespannten Stromlage bisher nicht aufgenommen werden. Man hätte dann die für das Rheinfeldener Werk notwendige Strommenge anderen Industriezweigen wegnehmen müssen. Es wird jedoch damit gerechnet, daß ab 1. März die notwendigen Strommengen zur Verfügung stehen werden, da von diesem Zeitpunkt an die Stromexporte nach Frankreich auf ¼ der bisherigen Menge herabgesetzt werden sollen.

Die Rohstoffversorgung der jetzt wieder anlaufenden oder bereits angelaufenen deutschen Aluminiumwerke ist ebenfalls gesichert. Das Werk Töging, das zum Konzern der Vereinigten Aluminiumwerke gehört, verarbeitete bisher noch alte Vorräte. Im Laufe dieses Jahres sollen aber aus Ungarn, von unserem alten Bauxitlieferanten für die Aluminiumindustrie, 100 000 t Bauxit eingeführt werden, die von den beiden Werken in der Doppelzone und von Rheinfelden zu je einem Drittel verarbeitet werden. Außerdem ist in dem Handelsvertrag mit Frankreich ein Bauxit-Import von 50 000 t vorgesehen. Das Werk in Rheinfelden bezieht die aus dem Bauxit hergestellte Tonerde aus dem zum gleichen Konzern gehörenden Martins-Werk in Bergheim/Erft bei Köln. Es wird damit gerechnet, daß bis zum Ende dieses Jahres bei normalen Stromverhältnissen 15 000 t Aluminium in Rheinfelden hergestellt werden können. Nach dem langfristigen Marshallplan-Programm der französischen Zone sollen dort jährlich 25 000 t Rohaluminium fabriziert werden.

Die Weiterverarbeitung des Rohaluminiums wird in der französischen Zone den schon erwähnten Aluminiumwerken in Singen vorbehalten bleiben, die im übrigen auch die einzige Aluminiumgießerei der französischen Zone besitzen. Folien und Bleche, aber auch Stangen, Rohre, Profile, Henkel, Schlösser und andere Gebrauchsartikel werden dort hergestellt. Das bisher importierte Rohaluminium kam in erster Linie aus der Schweiz, weiter aus Kanada, das eigentlich der Hauptlieferant sein sollte, und den Vereinigten Staaten. Kleine Mengen werden jetzt auch aus Italien eingeführt. Durch den Rohstoffmangel — dazu kam noch die Stromknappheit — war die Kapazität bisher nur zu 44% ausgenutzt. Eine Steigerung wird aber nur erreicht werden können, wenn der Umfang der einzelnen Aufträge, nicht die Zahl der Aufträge selbst zunimmt; denn das Werk ist auf Großaufträge und die Herstellung standardisierter Artikel eingestellt. Nach dem Verschwinden der großen Auftraggeber nach dem Krieg und nach Aufhebung der Standardisierung hat die rationelle Arbeitsweise durch Eingehen auf die vielen Sonderwünsche und das damit verbundene ständige Umstellen im Fabrikationsprozeß sehr gelitten. Außerdem haben sich die Lohnkosten verhältnismäßig stark erhöht, da man wegen Materialmangels von der dem Werk eigenen materialintensiven auf eine lohnintensive Fertigungsweise übergehen mußte. Die wegen der Stromknappheit erfolgte Verlegung der Arbeitszeit in die Nachtstunden hat eine weitere Erhöhung der Lohnkosten gebracht. Das Werk beschäftigt im Augenblick 1500 Arbeiter und Angestellte und stellt laufend weitere Arbeiter ein. Die Arbeitsleistung hat wieder die alte Höhe erreicht.

Es ist zu hoffen, daß durch Wiederaufnahme der deutschen Rohaluminiumproduktion sich der unangenehme Rohstoffmangel für die verarbeitenden Werke sehr bald bessern wird. Bei den Preisen scheint eine aufwärtsgerichtete Tendenz vorhanden zu sein. Bisher konnten die deutschen Rohaluminiumwerke sich preislich noch auf der Höhe des importierten Aluminiums halten. Doch sind die ungarischen Bauxitpreise so hoch, daß auf die Dauer eine Produktion mit bisheriger Preisgestaltung unmöglich scheint. Dazu kommen die sehr schlechten Frachtverhältnisse, da die Bauxittransporte per Achse gehen müssen. Die Wiedereinschaltung der Donau als Frachtweg war bisher noch nicht möglich. Für den Schienenweg kommt als weiterer Nachteil hinzu, daß die Ausnahmetarife aufgehoben wurden. Doch hofft man, in Kürze wieder mit der Bahn entsprechende Vereinbarungen treffen zu können. Um die Preisunterschiede zwischen dem eingeführten Rohaluminium und dem aus dem eingeführten Bauxit in deutschen Werken hergestellten Rohaluminium auszugleichen, und einen einheitlichen Rohaluminiumpreis zu schaffen, hat die Aluminiumindustrie AG. mit den Vereinigten Aluminiumwerken eine Preisabrede getroffen. Danach wird den weiterverarbeitenden Werken ein aus dem Preis der Rohaluminiumimporte und dem Preis des in Deutschland hergestellten Rohaluminium errechneter Mischpreis berechnet.

Das Anlaufen der Rohaluminiumproduktion ist eines der wenigen erfreulichen Zeichen für die deutsche Wirtschaft. Vor allem können wir nun die durch die Verringerung der Rohaluminiumimporte eingesparten Devisen für Güter verwenden, die nicht innerhalb der deutschen Wirtschaft greifbar sind. Es ist zu hoffen, daß durch einen stärkeren Export deutscher Aluminiumerzeugnisse in diesem Artikel der Anschluß an die frühere Position auf dem Weltmarkt gefunden werden kann, wenn auch unser wertvollstes Werk der Aluminiumverarbeitung, nämlich Tscheulin, demontiert wurde. Mit der Konkurrenz von England, Frankreich und der Schweiz wird man rechnen müssen.

Neue Subventionen

Als die Kohlen- und Eisenpreiserhöhung mit Wirkung vom 1. April 1948 und eine weitere Kohlenpreiserhöhung mit Wirkung vom 1. August 1948 vom Wirtschaftsamt beschlossen wurden, war es der Zweck, diese beiden Grundstoffindustrien ein für allemal aus der seit Jahren betriebenen Subventionspolitik herauszuführen, sie wieder eigenwirtschaftlich zu machen, und den Zweizonenhaushalt von den riesigen Belastungen durch die Subventionen endlich zu befreien. Aus diesem Grunde ist es dem Wirtschaftsrat sehr gegen den Strich gewesen, daß er einer neuerlichen Forderung der Militärregierung nach Subventionen in Höhe von 34 Mill. DM für den Bergbau entsprechen mußte. Er will allerdings einer neuen Haushaltsbelastung damit aus dem Wege gehen, daß er eine Exportabgabe auf Kohle vorsieht. Es ist auch nicht erkennbar, inwiefern eine derartige Exportabgabe in Wirklichkeit eine Lösung des Problems darstellt; denn in diesem Falle würde sich der Exporterlös des Bergbaues entsprechend verringern, und die finanziellen Sorgen des Bergbaus würden damit nur weiter geführt werden und zu neuen Subventions-Ersuchen Veranlassung geben.

Ob die von General Clay in die Debatte geworfene Erhöhung des Exportpreises für Kohlen um 2—3 Dollar unter Angleichung an die Weltmarktpreise eine Kostenbereinigung im Bergbau veranlassen wird, muß abgewartet werden. Sollte in dieser Hinsicht der aufkommende Mehrbetrag, der in einer Größenordnung von 40—60 Milliarden DM liegen dürfte, keine Entlastung des Bergbaus bringen, und wenn sich auch sonst keine Aussichten der Kostendegression, etwa durch eine merkliche Steigerung der individuellen Leistung, zeigen sollten, so bleibt weiter die Gefahr einer nochmaligen Preisschöpfung für Kohle bestehen.

Auch im Zusammenhang mit der Forderung der Militärgouverneure nach Berechnung der Preise für importierte Lebensmittel in Deutschland auf der Grundlage der Weltmarktpreise ist von der Möglichkeit gesprochen worden, die entstehende Mehrbelastung von 0,4 Milliarden DM für die Doppelzone durch Subventionen aufzufangen und dadurch eine Erhöhung der Lebensmittelpreise zu vermeiden. Was es bedeutet, wenn der Brotpreis und mit ihm alle anderen Lebensmittelpreise in die Höhe gesetzt werden müßten, kann man sich unschwer vorstellen, und deshalb erscheint der vorgeschlagene Ausweg der Subventionen wohl verlockend. Er würde aber zu einer erheblichen Belastung des Zweizonenhaushaltes führen und, was viel bedenklicher ist, eine Maßnahme darstellen, die mit den Vorstellungen einer gesunden Wirtschaftspraxis nicht zu vereinbaren ist.

Bei einem Vergleich von Preisen und Löhnen in Deutschland mit denen im Ausland zeigt sich, daß die Preise im Ausland zum Teil höher und daß vor allem die Löhne im Ausland erheblich höher sind als in Deutschland. Man wird bei der Lösung des Problems diese Relationen sehr sorgfältig in Erwägung ziehen müssen, da das Einspielen der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft für Deutschland ein Preis- und Lohngefüge voraussetzt, das dem im Auslande entspricht. Auf diese Weise können auch Klagen über eine „unfaire" Konkurrenz des deutschen Exportes abgebogen werden, die sich darauf stützen, daß der deutsche Wettbewerb nur auf Grund der zu niedrigen Löhne möglich sei. Andererseits sollte die deutsche Wirtschaft kaum Interesse daran haben, die Erzeugnisse namentlich ihrer Grundstoffindustrien wie Kohle und Eisen auf den Auslandsmärkten unter Preis zu verkaufen, vor allem in einer Zeit, in der nach ihnen noch große Nachfrage besteht. Das Ausland selbst zeigt in dieser Hinsicht ein doppeltes Gesicht; es möchte einmal diese Erzeugnisse so billig wie möglich erwerben und, auf der anderen Seite wettert es gegen den deutschen Wettbewerb.

Deutsche Kohlenförderung an erster Stelle

Essen. Die Steinkohlenförderung der Doppelzone betrug 1948, wie wir bereits in Nr. 1 vom 7. Januar berichteten, rund 87 Mill. t, d. s. 136% des Standes von 1932 und 74% von 1936. Die Steigerung der Förderung gegenüber 1947 betrug 15,8 Mill. t, die Förderung von 1947 war wiederum 17,3 Mill. t höher als 1946.

Da der britische Kohlenbergbau für 1948 mit einer Mehrförderung von 11,5 Mill. t und die Fördersteigerung im polnischen Bergbau mit etwa 16 Mill. t angenommen wird, steht somit Deutschland mit seiner Fördersteigerung an der Spitze der europäischen Kohleländer.

Deutsche Patentrechte anerkannt

Frankfurt. Nach einer Mitteilung der JEIA wurde mit Österreich, Frankreich, Großbritannien, den USA, der Schweiz, Schweden, Portugal, Kanada, Ecuador, Neuseeland, Honduras und Panama ein Abkommen erzielt, wonach diese Länder deutschen Erfindern und Firmen Patent- und Musterschutzrechte gewähren. Weitere Länder wollen sich diesem Abkommen anschließen.

Zeitungspapier teuerer

Frankfurt. Nach einer Mitteilung von zuständiger Stelle hat die Papierfabrik Feldmühle in der britischen Zone den Preis für Zeitungspapier von 52 auf 57 DM je 100 kg erhöht.

Verträge mit ausländischen Schiffahrtsgesellschaften

Frankfurt. Deutsche Exporteure können nun wieder mit ausländischen Schiffahrts- und Versicherungsgesellschaften Verträge abschließen. Die erforderlichen Valuten zur Bezahlung der Frachten auf ausländischen Schiffen und der Versicherungsprämien bei ausländischen Gesellschaften werden von der JEIA zur Verfügung gestellt. Die Zahlungen erfolgen durch eine Außenhandelsbank. Der deutsche Ablader zahlt in DM im Verhältnis 1 DM = 30 Cents. In Zukunft sind von den deutschen Schiffahrtsagenten und Spediteuren entsprechende Anträge an die Verwaltung für Verkehr zu richten. Bereits ausgestellte Genehmigungen gelten bis zum 31. März 1949.

Preistreiberei-Gesetz

Baden-Baden. Es ist zunächst nicht beabsichtigt, das vom Wirtschaftsrat in Frankfurt für die Doppelzone beschlossene neue Gesetz gegen die Preistreiberei in den Ländern der französischen Zone einzuführen, da die bestehenden Vorschriften zur Bekämpfung der Preistreiberei sich vor allem im Hinblick auf den geringeren Umfang der Preisteilungen von den Preisvorschriften als ausreichende juristische Grundlage erwiesen haben. Lediglich in Rheinland-Pfalz wird mit Ablauf der Gültigkeitsdauer des zur Zeit dort in Kraft befindlichen Preistreibereigesetzes die Übernahme des Doppelzonen-Gesetzes erwogen.

Kein Ostmark-Umtausch

Frankfurt. Die Bank Deutscher Länder und die Landeszentralbanken sind zur Zeit nicht in der Lage, gesetzliche Zahlungsmittel der sowjetischen Zone in D-Mark-Noten der Bank Deutscher Länder umzutauschen, heißt es in einer Meldung der BDL. Sobald ein solcher Umtausch möglich sei, werde die Bank Deutscher Länder es rechtzeitig bekanntmachen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

nur durch das Bewußtsein einer erhöhten Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber abgemildert; dabei mag unentschieden bleiben, ob dieses Bewußtsein, sofern es in ausreichendem Maße vorhanden ist, ein Äquivalent bietet.

Dem „Wirtschaftslenker" fügt ein Mißerfolg seiner Maßnahmen also grundsätzlich keinen persönlichen Nachteil zu. Und es bedarf schon einer ganzen Reihe erheblicher und offenbarer Mißgriffe, um ihn seinen Posten verlieren zu lassen. Dann bekommt er entweder einen anderen oder Pension. Nun lehrt die Geschichte der staatlichen Interventionen deutlich genug dreierlei: Die Auswirkungen eines staatlichen Eingriffes entziehen sich umfassender Vorausberechnung; die unerwünschten schädlichen Nebenwirkungen können oftmals nur durch einen oder mehrere neue Eingriffe wirksam bekämpft werden; die Zahl der Eingriffe steigert sich deshalb fortschreitend. Diese Erscheinungen beruhen auf der unerhörten Mannigfaltigkeit, Veränderlichkeit und gegenseitigen Abhängigkeit aller wirtschaftlichen Daten. Sie verschleiern die klare Unterscheidung zwischen solchen Maßnahmen, welche das Ergebnis einer zielbewußten Lenkung sind oder sein sollen, und anderen, die zur Beseitigung oder Milderung der schädlichen Folgen früherer Eingriffe notgedrungen ergriffen werden müssen.

Damit deutet sich die Problematik aller staatlichen Lenkung der Wirtschaft an. Es bedarf keines sonderlichen Verstandes, um zu erkennen, welche hemmende, produktionsmindernde, deprimierende und stagnierende Wirkung von der sich seit dem ersten Weltkrieg immer mehr ausweitenden Politik staatlicher Interventionen ausging. Dennoch wurde diese Politik im Namen und zum Nutzen der Allgemeinheit betrieben. Diese Behauptung wurde jedenfalls von denjenigen aufgestellt und propagiert, welche die planwirtschaftlichen Theorien erfanden und denen, die an ihrer Durchführung interessiert waren, entweder aus machtpolitischen Gründen oder weil sie in ihnen ein Mittel zur Förderung ihrer privaten Interessen sahen oder weil die Handhabung dieser Politik ihren unmittelbaren Erwerb bildete. Die letzte Gruppe ist zwar relativ klein, aber ihr Einfluß ist um so größer, weil die leitenden Männer aus dieser Gruppe emporstiegen und von ihr beraten wurden. Überdies darf man das hohe Maß an Freimut und Unvoreingenommenheit, welches dazu gehört, die eigene Tätigkeit als für das allgemeine Wohl unnütz und schädlich zu erkennen, am allerwenigsten in dieser Schicht suchen. Das hat seinen Grund wesentlich darin, daß die untergeordneten Tätigkeiten in der Bürokratie zu sehr mechanischer Natur sind, um höhere Einsichten vermitteln zu können, und daß die leitenden Stellen mit mehr Macht ausgestattet sind, als der Erkenntnis von Wahrheit und Wirklichkeit günstig wäre.

Inzwischen ist der Kreis derer, die aus jener Politik Nutzen zogen, kleiner, und der Kreis der anderen, die ihre Schädlichkeit erkannt haben oder ihr zum Opfer gefallen sind, größer geworden. Es hat sich gezeigt, daß kein Kontingentierungssystem und kein Verteilungswesen fein genug erdacht werden kann, um jedermann, Produzent, Verbraucher, Händler, Importeur oder Exporteur, von seiner Nützlichkeit und Notwendigkeit zu überzeugen. Dafür ist — vornehmlich dank der Währungsreform — die Erkenntnis gewisser Tatsachen in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen, die die Unwirksamkeit und Schädlichkeit dieser Verfahren auf das deutlichste dartun. Voran die, daß die staatliche Erfassung und Verteilung gewisser Produkte ihr fast vollständiges Verschwinden vom Markt bedeutet.

Derartige Fehlschläge sind nicht etwa einer unzulänglichen Handhabung des Systems zuzuschreiben; sie sind vielmehr die unvermeidbare Folge jener Illusion, welcher sich diejenigen hingeben, die in der staatlichen Wirtschaftslenkung das Heilmittel gegen wirkliche oder eingebildete soziale Mißstände gefunden zu haben glauben. Es gibt aber kein planwirtschaftliches System, welches die Aufgabe lösen könnte, den spontanen wirtschaftlichen Kräften Zügel anzulegen. Dagegen enden derartige Versuche damit, daß diese Kräfte gelähmt werden, die Produktion zurückgeht, der bürokratische Leerlauf sich vergrößert und die Staatsgesinnung der Bürger gefährliche Einbuße erleidet.

Niemand sollte deshalb aber erwarten oder fordern, daß der Staat vollends untätig sei. Solche mißverstandene, anachronistische Anwendung des laissez-faire-Prinzips beruht auf verhängnisvollem geschichtlichem Irrtum. Aber ebenso, wie zwischen den Extremen des unbeschränkten Privateigentums und der Sozialisierung sich eine Vielzahl von Mittellösungen bietet, zeigt sich auch hier der Weg. Unsere soziale Ordnung beruht auf gewissen Grundgesetzen, die schon lange der Anpassung an die neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten harren. Diese Anpassung durch sparsame und überlegte Abänderungen, hier einschränkend und dort ermutigend, zu vollziehen, ist die vornehmste Aufgabe unserer künftigen Gesetzgebung. Eine Aufgabe, die allerdings nur von denjenigen gelöst werden kann, denen die brennend notwendige Neubesinnung gelingt. Mit dieser Verlagerung des Schwergewichts von der Exekutive, die mit Verordnungen, Anordnungen und Verfügungen „lenkt", auf die Legislative, die sich darauf beschränkt, den Rahmen zu spannen, wird zugleich dem Hauptübel unserer Zeit, dem ungerechtfertigten bürokratischen Machtanspruch, gesteuert.

Collins zum Ruhrstatut

Möglichkeit der späteren Ausweitung auf Westeuropa

(Von unserem Korrespondenten an der Ruhr)

In der ersten diesjährigen Pressekonferenz der UK/US Coal Control Group auf Villa Hügel in Essen, die unter Leitung von Mr. German, des amerikanischen Chefs der Gruppe stattfand, gab sein englischer Kollege in der Gruppenleitung, Mr. Collins eine amtliche Erklärung ab, in deren Verlauf er feststellte, daß die Möglichkeit der Ausweitung der Ruhrbehörde auf den gesamten westeuropäischen Wirtschaftsraum gegeben sei.

Essen. Mitte Januar 1949. In einer von Mr. Collins vorgetragenen Erklärung auf der letzten Pressekonferenz auf Villa Hügel befaßte sich die UK/US Coal Control Group mit der Entwicklung der Bergbauindustrie im vergangenen Jahre und mit ihren Aussichten in der Zukunft, wobei er sich mit den Auswirkungen des Gesetzes Nr. 75 und des Ruhrstatuts beschäftigte. Die Erklärung wurde von den in- und ausländischen Pressevertretern mit größtem Interesse zur Kenntnis genommen. Einleitend befaßte sich Mr. Collins mit der Besserung der westdeutschen Kohlenindustrie im Jahre 1948. Danach ist die durchschnittliche Tagesförderung von 254 769 t im Januar auf 319 148 t im Dezember angestiegen. Der Dezember brachte mit 8 096 257 t die höchste Monatsförderung seit Kriegsende, und zwar vor allem, weil sich diesmal der übliche saisonmäßige Rückgang kaum bemerkbar machte. Die Gesamtproduktion an Steinkohlen erreichte im Jahre 1948 87 022 000 t gegen 71 124 000 t im Jahre 1947. Bemerkenswerte Fortschritte wurden auch in der Kokserzeugung gemacht, die für die westdeutsche Stahlindustrie und tatsächlich der von ganz Westeuropa von lebenswichtiger Bedeutung sind. Die Tageserzeugung an Koks ist von täglich 43 465 t im Januar auf 60 244 t im Dezember angewachsen. Die bemerkenswerte Steigerung der deutschen Stahlproduktion im Laufe des Jahres ist nur durch die erhöhte Kohlen-, Koks- und Gaserzeugung möglich gemacht worden. Die weitere Erhöhung der Stahlerzeugung ist aber nur durch eine erhöhte Kohlenförderung sicherzustellen. Was die Braunkohlenförderung anbetrifft, so haben die Zahlen für Ruhrbraunkohle und Briketts seit einigen Monaten diejenigen von 1938 überschritten, und das bedeutet eine beachtenswerte Besserung. Ein sehr beachtenswerter Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres sind die Verkehrsverbesserungen sowohl bei der Eisenbahn als auch im Binnenschiffahrtsverkehr gewesen. Auf diese Weise war es möglich, nicht nur die erhöhte Förderung, sondern auch die Halden abzufahren. Der Haldenbestand ging von 1 700 000 t auf 362 000 t zurück.

Die Verwirklichung des Gesetzes Nr. 75

Mr. Collins befaßte sich sodann mit der Neuorganisation der Kohlenindustrie im November 1947, als die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung unter der allgemeinen Überwachung der UK/US Coal Control Group geschaffen wurde. Ich bin, so fuhr er fort, überzeugt, daß die mit dieser Neuordnung erreichten Erfolge vollkommen die Entscheidungen der Militärregierung gerechtfertigt haben, die sie im November 1947 getroffen hat. Diese befriedigenden Ergebnisse deuten darüber hinaus auf die Wichtigkeit jener Maßnahmen hin, die im Gesetz Nr. 75 entwickelt sind, und die ein noch größeres Maß von Kontrolle durch die Leitungen der neuen Gesellschaften und der neuorganisierten deutschen Kontrolle, der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, zusammenfassen. In diesem Jahr wird die Gründung von Zechengesellschaften erfolgen mit eigenen gesetzlichen Vollmachten und überwacht durch deutsche Treuhänder, die mit nur wenigen Ausnahmen die normalen Obliegenheiten der Besitzer ausüben, so lange noch die endgültige Regelung der Besitzverhältnisse sich in der Schwebe befindet. Ehe die UK/US Control Group die Treuhänder auswählt, hat sie die Benennung von Vertretern aus einem weiten Bereich angefordert. Bei den um Benennungen ersuchten Organisationen handelt es sich um die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung, den Industrieverband Bergbau, den Deutschen Gewerkschaftsbund, den Verband der Oberen Bergbaubeamten, die Vereinigung der Wirtschaftsprüfer, den Juristenbund, das Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen und die Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt. Nach unserer Überzeugung, so fuhr er fort, bildet die vorgeschlagene Neuordnung einen weiteren Schritt in Richtung auf die Wiedererholung der westdeutschen Kohlenindustrie. Ich rate allen, die glauben, daß die Fortschritte zu langsam sind oder nicht weit genug gehen, ein wenig Geduld zu üben. Ebenso wie im vergangenen Jahr sehr wichtige Erfolge von dem ersten Grade der Neuorganisation der Industrie ausgegangen sind, so wird es auch in der neuen Phase sein, vorausgesetzt, daß die Kräfte all derer, die in kurzer Zeit dazu bestimmt werden, eine viel größere Verantwortung als bisher zu übernehmen, sich ganz der Sicherstellung des Erfolges in der Entwicklung dieser lebenswichtigen Industrie widmen.

Was will die Ruhrbehörde?

In dieser Hinsicht kann ich die Fragen verstehen, die Sie bewegen, und ich denke, eine, die Sie am meisten beschäftigt, betrifft die Bekanntgabe der Einrichtung einer internationalen Behörde für die Ruhr. Über diese Frage hat es viele unkundige Gespräche und nicht wenig Mißverständnisse gegeben. Bei der Einrichtung einer Organisation zur Gewährleistung, daß die Kräfte der Ruhr nur für den Wiederaufbau einer friedlichen Wirtschaft dienen, ist die in den Maßnahmen des Ruhrstatuts vorgesehene Methode in Wirklichkeit außerordentlich maßvoll. Selbst jetzt gibt es noch Auffassungen, die betonen, daß der Mißbrauch dieses hochindustrialisierten Gebietes in der Vergangenheit, der dazu führte, daß die Ruhr zu einem die deutsche Aggression unterstützenden riesigen Arsenal wurde, viel drastischere Vorschläge gerechtfertigt hätte. Aber weisere Auffassungen behielten die Oberhand. Das Ruhrrevier bleibt ein integrierender Bestandteil Deutschlands und ist nur einer Kontrolle unterworfen, die von den Erwägungen der europäischen Sicherheit bestimmt ist. Es sind zwei Aufgaben, die die Ruhrbehörde durchzuführen hat. Einmal handelt es sich um die Entscheidung über den Exportanteil von Kohle, Koks und Stahl. Im Hinblick auf Kohle und andere feste Brennstoffe hat diese Obliegenheit in der Verantwortung der Militärregierung gelegen, und die Exporte richten sich nach einer gleitenden Skala (die Moskauer gleitende Skala), die auch von der Ruhrbehörde anerkannt wird. Ihre andere Aufgabe wird sich gegebenen Falles mit Angelegenheiten der Sicherheit befassen. Diese beiden Verantwortlichkeiten sind bereits von der Militärregierung zurückgegeben worden — mit anderen Worten, es ist nicht mehr erforderlich als nur eine weitere Änderung in der Organisation.

Die Errichtung der Behörde wird keineswegs die Durchführung des Gesetzes Nr. 75 verzögern und die Frage der zukünftigen Besitzverhältnisse der Schwerindustrie vorwegnehmen, deren zukünftige gültige Beantwortung einer repräsentativen, freigewählten deutschen Regierung überlassen bleibt. Sofern eine Besorgnis bestehen sollte, daß die Ruhrbehörde die normale Entwicklung verzögern würde, so sollte darüber hinaus vermerkt werden, daß in dieser Hinsicht der folgende Artikel in dem Statut aufgenommen ist: „Die Vollmachten der Behörde werden nicht angewandt, um die Handels- und Wettbewerbsinteressen irgend eines Landes zu schützen, noch zu dem Zwecke, eine friedvolle technische Entwicklung oder steigende Produktivität zu verhindern." Schließlich möchte ich sagen, daß die verantwortlichen Männer im Bergbau, die Werksleitungen, die Gewerkschaften und ebenso die Arbeiter all ihre Anstrengungen auf die Neuordnung der Industrie und auf die weitere Verbesserung der Produktivität und der Produktion richten sollten. Auf diese Weise wird die ständige Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage gesichert und die Wirksamkeit der deutschen Vertretung in der Ruhrbehörde gestärkt. Ebenso wird der Welt bewiesen, daß die deutsche Industrie entschlossen ist, ihre Unterstützung zum Wiederaufbau einer friedlichen und, wie wir hoffen, unter Umständen blühenden deutschen Wirtschaft fortzusetzen.

Ausdehnung auf Westeuropa

Abschließend betonte die Erklärung: Es kann sogar sein, daß der Erfolg dieses Experimentes in der internationalen Zusammenarbeit, diese internationale Behörde für die Ruhr, zur Annahme der gleichen grundlegenden Idee in Bezug auf einen viel größeren Raum führen wird. Aber ehe dieses zu einer entfernten Möglichkeit wird, müssen das deutsche Volk im allgemeinen und alle, die insbesondere mit der Bergbauindustrie verbunden sind, das nötige Vertrauen unter den Nationen schaffen, daß aggressive Absichten nicht mehr bestehen und Deutschland entschlossen ist, eine friedvolle Wirtschaft im eigenen Lande anzustreben und einen Beitrag zur allgemeinen wirtschaftlichen Erholung Europas zu leisten.

Die Treuhänder

In der anschließenden Diskussion betonte Mr. Collins, daß keine Veranlassung bestehe, die Gewerkschaften zu 50% an der Treuhänderschaft zu beteiligen. Inwieweit das System der Arbeitsdirektoren eingeführt werde, wie es bei den entflochtenen Werken der Stahlindustrie geschaffen sei, stehe noch dahin. Das hänge auch von den Vorschlägen der Treuhänder ab. Auf eine Frage über den Vits-Ausschuß wurde erklärt, daß er aus zwei juristischen und mehreren Finanzexperten bestehe und seit zwei Jahren eine beratende Tätigkeit auf wirtschafts- und handelsrechtlichem Gebiet ausübe, aber keinerlei Einfluß auf die Neubildung der Gesellschaften habe.

Der Kohlenpreis in der Bewegung

Mit Bezug auf die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich der Bergbau befindet, wurde mitgeteilt, daß der Steinkohlenbergbau im ganzen mit einem geringen Gewinn arbeite, daß aber eine Reihe von Zechen ernste finanzielle Sorgen hätte. Diese Feststellung ist um so bemerkenswerter, als auch diese Zechen, selbst wenn sie nicht unmittelbar am Export beteiligt sind, aus den allgemeinen Exporterlösen Zuweisungen erhalten, die im Verhältnis ihrer Produktion zur Gesamtproduktion stehen. Die nun angeforderten Subventionen belasten den Zweizonen-Haushalt, und wenn man den vorgeschlagenen Ausweg einer Exportabgabe geht, so würde eine entsprechend geringere Vergütung an den Bergbau die Folge sein. (Siehe Seite 1.) Der Kern dieses Problems liegt darin, daß man es leider versäumt hat, bei der ersten Kohlenpreiserhöhung am 1. April 1948 oder bei der zweiten Aufstockung der Kohlenpreise am 1. August 1948 eine volle Kostenbereinigung vorzunehmen. So hängt nun über der deutschen Wirtschaft dauernd das Damoklesschwert einer dritten Kohlenpreiserhöhung. Inwieweit die von General Clay in die Debatte geworfene Erhöhung des Exportpreises für Kohle um zwei Dollar eine Lösung darstellt, bleibt abzuwarten; jedenfalls würde sich daraus ein erheblicher Mehrerlös ergeben. Wie Mr. Collins mitteilte, variiert der Ausfuhrpreis der Kohle nach dem Preis der jeweils exportierten Sorten. Er liege zur Zeit bei etwa 16 Dollar.

Finanzierungsfragen

Nach Auffassung der UK/US Coal Control Group wird man in diesem Jahre den Investierungsfragen näher kommen, aber es wurde erneut betont, daß die einzige Hoffnung bei der Wiederaufbaubank liege und daß man wünsche, als erster mit den Anforderungen wenigstens mit einem Teil befriedigt zu werden. Auch im Braunkohlenbergbau fehle das erforderliche Kapital, aber es seien doch gewisse Beträge vorhanden, um die vordringlichen Investierungsaufgaben zu erfüllen. Im Verlauf der Aussprache wurde erneut mitgeteilt, daß Frankreich zur Mitarbeit in der Kohlen-Kontrollgruppe eingeladen sei, aber über die Nominierung der Vertreter habe man noch nichts gehört.

Nach dem ersten Preisschock

(Fortsetzung von Seite 1)

wird sich eine ganz andere Entwicklung ergeben, als allgemein angenommen wird. Wir wollen es einmal grob formulieren. Die billigen Schuhe werden teurer werden und die teuren Schuhe werden billiger werden. Mit Anfang Februar wird wahrscheinlich ein einheitliches Punktsystem eingeführt werden, so daß jeder Schuhfabrikant und Händler mit seinen Punkten in ganz Deutschland einkaufen kann, wo er will. Wie aber immer die Bewirtschaftung weit hinter der Entwicklung der Wirtschaft herhinkt, so ist es auch hier. Die Fabrikanten wollen gar keine Punkte und Lederschecks, sondern Aufträge und Geld. Für die französische Zone ergibt sich aus dieser Entwicklung, daß nunmehr nicht mehr das nichtgeschätzte genarbte Leder für die billigen Schuhe verwendet werden wird, sondern das in der Doppelzone frei zu habende bessere Leder, das aber auch in absehbarer Zeit immer noch teurer sein wird als das genarbte Leder, mit denen hier die bezugscheinpflichtigen Schuhe hergestellt wurden. Die Lederlieferungen aus dem Ausland und von den deutschen Gerbereien werden in den nächsten Monaten groß sein. Das wird uns allgemein bestätigt. Außerdem hat die Ende voriger Woche in Hannover stattgefundene Auktion bereits einen Rückgang der Häutepreise um 30% gebracht. Man ist in Fachkreisen der Meinung, daß unsere in der vorigen Woche an dieser Stelle gemachte Prognose, daß die Lederpreise um 30% zurückgehen werden, einigermaßen das Richtige treffen werden.

Nun wird der vernünftige Einzelhändler gut daran tun, sich nicht beunruhigen zu lassen, auch in Textilien und Lederwaren nicht. Es wird einige kritische Wochen geben, in denen der Handel keine Aufträge an die Fabrikanten gibt, (daher die Suche der Fabrikanten nach Aufträgen) und eine gewisse Arbeitslosigkeit wird sich bemerkbar machen. Weiter wird der Handel mit zurückgesetzten Preisen die an sich immer etwas tote Zeit vom Januar bis Anfang März zu überbrücken versuchen. Im Frühjahr wird die Geschäftslage sich bessern, und bis dahin werden sich auch die Preise einigermaßen ausgependelt haben. Sie werden höher liegen als die Schockpreise von jetzt, aber sie werden wesentlich niedriger sein, als sie noch z. T. vor Weihnachten waren.

Es darf im Ganzen nicht vergessen werden, daß in den Wirtschaftszweigen, deren Produkte einen wesentlichen Teil der täglichen Ausgaben ausmachen, die Preise nicht zurückgegangen sind und auch nicht zurückgehen werden. Es ist ganz unverkennbar, daß sogar hier und das auch kleine Preiserhöhungen immer wieder zu beobachten sind. Aber es zeigt sich auch deutlich wie bereits angedeutet, daß das Jedermannprogramm in großer Gefahr ist. Es ist zu einem Zeitpunkt gestartet worden, der psychologisch falsch beurteilt wurde. Die Jedermannwaren werden nicht dem Geschmack des Publikums gerecht. Einheitskleidung liebt man nicht, sogar nicht einen Kommis-Schuh, wie ihn der Jedermannsschuh darstellt. Man hat sich zwar in letzter Zeit dazu bereiterklärt, modische Momente etwas stärker zu berücksichtigen, aber diese Einsicht kommt zu spät. Es taucht bereits die Gefahr auf, daß Rohstoffe für das Jedermannsprogramm verloren werden sind, d. h. daß sie für Waren verwendet worden sind, die nicht verkauft werden, aber gekauft worden wären, wenn man sie der freien Wirtschaft zur freien Gestaltung gegeben hätte.

Hoher Notenumlauf

Bei allen diesen Überlegungen darf nicht übersehen werden, daß die monetäre Situation immer noch reichlich ungeklärt ist. Wir haben am Jahresende einen Notenumlauf von 6,3 Mrd. gehabt, also einen Rekord. Das ist um diese Jahreszeit herum nichts Besonderes, aber die Zahl an sich ist irgendwie doch erschütternd. Von dieser Seite her kann die Preisgesundungstendenz sehr schnell ins Wanken gebracht werden, zumal da wir nicht wissen, wo das viele Geld umläuft. Nur die tatsächlich auch eingetretene wesentliche Verminderung der Umlaufsgeschwindigkeit könnte auch hier weiter helfen. Von allen Seiten her laufen Nachrichten ein, daß das Kreditvolumen stark zurückgegangen ist. Wir werden diese Entwicklung in der nächsten Nummer noch ausführlicher verfolgen, insbesondere den jetzt plötzlich aufgetauchten Gedanken einer Diskontermäßigung.

Dabei sind erfreuliche Feststellungen notwendig: Die Steuereinnahmen steigen. Das ist erfreulich, weil damit die ungeheure Gefahr der Haushaltsdefizite geringer wird. Von dieser Seite her, drohte nämlich der Währung ein ernster Stoß. Für die Wirtschaft wird eine steuerliche Entlastung auf alle Fälle eintreten. Der Wirtschaftsrat hat sich Mitte dieser Woche mit dem neuen, von uns bereits kurz zitierten, Steuerreformprojekt beschäftigt. Allerdings drohen von 3 Seiten her immer noch finanzpolitische Schwierigkeiten: Vom Lastenausgleich und vom Finanzausgleich her. Der Finanzausgleich soll einheitlich für die drei Westzonen durchgeführt werden, aber einige Länder ziehen nicht mit. Nach neuesten Berechnungen sind jährlich etwa 1 bis 1,2 Mrd. DM für den Finanzausgleich unter den 8 Ländern der Doppelzone erforderlich. Das bedeutet bei einem vermuteten Gesamtaufkommen an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben in Höhe von 10 Mrd. DM rund 10 bis 12%. Die Verteilung dieser Summen ist eine politische Aufgabe und infolgedessen nur sehr schwer zu lösen.

Internationales

Auch von der großen Politik her drohen neue Gefahren für die Wirtschaft. Als erstes registrieren wir die Ankündigung Dr. Suhrs, daß bis Ende dieses Jahres in der Ostzone eine neue Währungsreform vorbereitet wird, die ausdrücklich als Reaktion auf Bonn bezeichnet wird. Als zweites erwähnen wir das Platzen des Internationalen Gewerkschaftsbundes durch die Erklärung der englischen Gewerkschaften, austreten zu wollen. An anderer Stelle dieses Blattes bringen wir einen Aufsatz über die englische Gewerkschaftsbewegung aus dem klar hervorgeht, wie stark sie sich nationalisiert hat. Es wiederholt sich dabei ein Vorgang, den wir schon kennen. Wir hatten auch eine nationalisierte Organisation der Arbeit, die DAF. Die Wirkung dieser Mentalität auf die Ausländer, sei es wo wir als Besatzung auftraten, sei es im eigenen Lande während des Krieges, sind bekannt. Sie machte die ausländischen Arbeiter wieder ihrerseits nationaler. Der Fall Bochumer Verein ist ein Exempel. Schon jetzt hören wir, daß die Namen der Arbeiter, die in Bochum mit der Demontage begonnen haben, bekannt werden und sogar angeschlagen werden. Der deutsche Arbeiter bedauert eine solche Entwicklung, weil er auf Grund seiner politischen Vergangenheit sehr gern an die internationale Solidarität glaubt. Nun wird diese Solidarität, und damit kommen wir zum dritten internationalen Punkt, von oben her gemacht. Die Gerüchte über eine Holdinggesellschaft der westdeutschen Betriebe, eventuell sogar mit der Nuance, daß Herr Hoffman Leiter dieser Holding oder gar der Ruhrbehörde würde, wollen wir nur registrieren. Sehr viel deutlicher ist der Vorschlag des ehemaligen französischen Finanzministers Philip, der ein europäisches Parlament vorschlägt, das über die Industrien ganz Europas entscheidet, um nationale Bestrebungen hintanzuhalten. Wir wollen nun nicht sagen, daß die internationale Tendenz nur noch oben vorhanden sei, sondern zweifelsfrei feststellen: Sie kommt von oben. Sie wird also nicht von unten getragen. Diese soziologisch wichtige Erkenntnis glaubten wir feststellen zu müssen, wobei wir uns über die Wirkung auf die europäische Wirtschaft, insbesondere aber auf die deutsche Wirtschaft, keine Illusion machen. Nicht nur Karl Marx wird sich im Grabe umdrehen! Aber die Entwicklung geht eben über die Gräber fort und uns bleibt nichts, „als mutig gefaßt vom Steine hier, vom Sturze da, die Räder wegzulenken . . .", d.h. to make the best of it. Vielleicht ist die Anregung Humphreys, die deutsche Stahlkapazität zu erhöhen, ohne die Stahlproduktionsgrenze zu erweitern, ein Lichtblick, weil man einzusehen beginnt, daß die deutschen Kapazitäten nicht ausreichen um die limitierte Produktion zu leisten, das beim Stahl und im übertragenen Sinne.

Stromwirtschaft der Doppelzone

Aus Fachkreisen wird uns zu dem Artikel „Stromwirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet" (Nr. 2/48 S. 3) geschrieben: „Die Erläuterungen zu Schaubild 2 des obengen. Artikels benutzt der Verfasser, um einen Vergleich der Wärmewirtschaft von Steinkohlen- und Braunkohlenkraftwerken zu ziehen, wobei er zu dem Ergebnis kommt, daß „der hohe Wärmeverbrauch beim Braunkohlenkraftwerk ein Kennzeichen der überalterten unwirtschaftlichen Anlagen" ist. Eine derartige Kennzeichnung ist geeignet, bei dem unbefangenen Leser den Eindruck zu erwecken, als sei es überhaupt unwirtschaftlich, Braunkohlenstrom zu erzeugen, da dieser ja bei hohem Wärmeaufwand — so wird der Leser schließen müssen — auch überhöhte Kosten verursacht. Das wäre natürlich heute besonders unerwünscht. Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus? Zunächst führt Herr Schumacher als Wärmeverbrauch für Steinkohlenwerke 0,577 kg Kohle/kWh an, ohne dabei zu sagen, daß ein derartiger Verbrauch keineswegs typisch ist, sondern nur in modernen Höchstdruckkraftwerken unter den heutigen schlechten Kohlenverhältnissen erzielt wird. Der Verbrauch der Mehrzahl der Steinkohlenkraftwerke, auch neuzeitlicher, vor allem aber älterer Bauart, liegt weit höher. Die Versorgungszentrale des deutschen Bergbaus in Essen hat im Januar 1947, mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß die genannten Zahlenwerte wegen der derzeitigen Überhöhung des Wärmeverbrauchs unterhalb der Werte liegen, die heute bei vielen Anlagen vorliegen, ermittelt, daß der Verbrauch in WE/kWh an Steinkohle liegt: bei Kraftwerken von 35 bis 40 at bei 450°C zwischen 4250 bis 5600 WE/kWh, bei Kraftwerken von 15 bis 20 at bei 375°C zwischen 6250 bis 8000 WE/kWh, also einer Gruppe, der heute noch ein großer Teil der Zechenkraftwerke zugehört, und bei veralteten Anlagen sogar bis 11 000 WE/kWh. Nur die allermodernsten Kraftwerke, über die der Bergbau aber z. Zt. überhaupt kaum verfügt, sollen theoretisch zwischen 3000 bis 4000 WE/kWh erreichen. Alles bei Benutzungszeiten von 6000 bis 3000 Std/J. Scheidet man die oberste und unterste Gruppe aus, so kommt man zu mittleren theoretischen Werten im Durchschnitt der Gruppen von 7000 WE/kWh, d. h. demselben Verbrauch, wie ihn das „überalterte unwirtschaftliche" Braunkohlewerk des Verfassers aufweist. Nun aber ist das Entscheidende im wirtschaftlichen Leben nicht die technische Wärmebilanz — so wertvoll sie für den Betriebsmann ist — sondern allein die Kostenfrage, d. h. der Gestehungspreis der verfeuerten Wärmeeinheiten.

Und hier nun zeigt sich, daß gerade das Gegenteil der gegebenen Kennzeichnung der „unwirtschaftlichen" Braunkohlenanlagen richtig ist. Es beträgt nämlich der Syndikatsverrechnungspreis der Tonne Steinkohle rund das 11fache der Rohbraunkohle, d. h.: ein Braunkohlenkraftwerk würde auch dann noch einem, gleiche Wärmeeinheiten benötigenden, Steinkohlenkraftwerk wirtschaftlich gleichwertig in bezug auf die Brennstoffkosten sein, wenn es die 11fache Kohlenmenge verfeuerte. Da aber, um bei dem Vergleich des Artikels zu bleiben, das „überalterte" Braunkohlenwerk nicht 6,374 kg/kWh, sondern 3,01 kg/kWh verbraucht, also nur das 5,2fache, so sind seine Kohlenkosten um 50% niedriger, als die des modernen Steinkohlenhochdruckkraftwerks! Es ist also wirtschaftlich überlegen. Die Vergleichsberechnungen gegenüber Steinkohlenwerken, die die gleichen Wärmeeinheiten verbrauchen, ergeben sogar über 70% Vorsprung. Dieser Abstand wird auch bei den neuesten Planungen bleiben. Die Brennstoffkosten eines modernen Braunkohlenhochdruckwerkes werden um 1 Pfg/kWh unter denen eines ebenso modernen Steinkohlenwerks bleiben, d. h. ca. 40% betragen. Das bedeutet, daß die deutsche Wirtschaft, wenn der zur Deckung des Stromzuwachses von 10 Milliarden kWh benötigte Strom — wie dies z. B. bei Lieferung durch die Ruhrsammelschiene der Fall wäre — ausschließlich aus Steinkohle erzeugt würde, hierfür an Kohlekosten jährlich rd. 136 000 000 DM mehr aufzuwenden hätte. Den Lesern der Wirtschaftsrevue werden diese Zahlen, die wirtschaftliche Kostenvergleiche geben, sicher interessanter sein, als wärmewirtschaftliche Angaben, die Technik und Wirtschaft nicht trennen, und daher den Nichtfachmann nur verwirren können.

WIRTSCHAFTSREVUE - VERLAG G.m.b.H., Konstanz a. B. Postfach 181 Chefredakteur: Oskar Kraemer. Frankfurter Redaktion: Dr. E. Hoffmann, A. d. Körnerwiese 11. Satz und Druck: Badendruck GmbH. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Bezugspreis monatlich DM 2.— zuzügl. Zustellgeld oder Porto. Postbezug nur vierteljährlich. Zuständiges Verlagspostamt: Ettlingen/Baden. Annahme von Bezugs- und Anzeigenbestellungen beim Verlag, oder bei der „Wirtschaftsrevue"-Werbeabteilung, Rastatt/Baden, Bahnhofstr. 48. Anzeigenpreis für die 22 mm breite Millimeterzeile 30 D-Pfg., Klein(Kompreß)-Anzeigen 45 D-Pfg., Stellengesuche 30 D-Pfg. Textanzeigen: die 68 mm breite Millimeterzeile DM 1.—. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Konkurs- und Vergleichsverfahren

Gleich zu Beginn des neuen Jahres sind die ersten Konkursmeldungen aufgetaucht. Einige Firmen stehen in Vergleichsverhandlungen. Wir hielten es darum für unsere Pflicht, unsern Lesern einen kurzen Überblick über das Konkursrecht und den Vergleich zu geben.

1. Wann wird ein Konkurs eröffnet?

Der Anlaß für die Eröffnung eines Konkurses ist die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners. Eine Zahlungsstockung oder eine Zahlungsunwilligkeit genügt nicht. Es muß also eine vollständige Zahlungseinstellung vorliegen. Solange der Schuldner noch über Zahlungsmittel verfügt, wobei es gleichgültig ist, ob er sie sich auf dem Kreditwege beschafft hat, ist die Voraussetzung für die Eröffnung des Konkurses nicht gegeben. Die Überschuldung, d. h. wenn das Vermögen nicht mehr die Schulden deckt, ist nur ausnahmsweise Konkursgrund, und zwar bei juristischen Personen (G.m.b.H.'s, A.-G.'s usw.) und ausschließlich beim Nachlaßkonkurs. Nach den gegenwärtigen noch gültigen Kriegsvorschriften ist bei jur. Personen nur Überschuldung, also nicht auch Zahlungsunfähigkeit Konkursgrund.

Der Antrag auf Eröffnung des Konkurses kann sowohl von dem Gemeinschuldner als auch von einem Gläubiger beim Amtsgericht, das für den Gemeinschuldner zuständig ist, gestellt werden. Der Gemeinschuldner muß dabei ein Gläubigerverzeichnis und eine Vermögensübersicht einreichen, während im Falle der Antragstellung durch den Gläubiger dieser seine Forderung und die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners glaubhaft machen muß. Der Konkurs ist ein gerichtliches Verfahren und bezweckt die gleichmäßige Verteilung des nicht ausreichenden Schuldnervermögens auf die Gläubiger.

2. Was sind die Wirkungen der Konkurseröffnung?

Mit der Eröffnung des Konkurses verliert der Schuldner die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über das Konkursvermögen. Diese übt der vom Gericht bestellte Konkursverwalter aus. Zum Konkursvermögen gehört das gesamte Vermögen des Gemeinschuldners, also nicht: die Person oder die Arbeitskraft des Schuldners, dessen Namens- oder Firmenrecht sowie sonstige reine Persönlichkeitsrechte.

Der Umfang des Konkursvermögens und der Konkursforderungen sind auf den Zeitpunkt der Konkurseröffnung abzustellen. Spätere Einkünfte des Schuldners können nicht zu dem Konkursvermögen hinzugerechnet werden. Sämtliche Rechtsgeschäfte, die innerhalb von 6 Monaten vor Konkurseröffnung (Sperrfrist) getätigt wurden, können angefochten werden, sofern sie zur Benachteiligung von Gläubigern führten. Das gleiche gilt von Sicherungen und Verfügungen, die sich ein Gläubiger bis zu 10 Tage vor Eröffnung des Konkurses verschafft hat und die ihm rechtlich nicht oder noch nicht zustanden. Beispiele dafür sind: Veräußerungen von Geschäftseinrichtungen, um sie dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen; Bevorzugung eines Gläubigers durch Verpfändung oder Sicherungsübereignung kurz vor Eröffnung des Konkurses; Ehevertrage, durch die ein Teil des Vermögens des Mannes an die Ehefrau überschrieben wird und ähnliche Maßnahmen, die die Benachteiligung der Konkursgläubiger bezwecken. Schenkungen, die im letzten Jahr vor Konkurseröffnung vorgenommen wurden, können ebenfalls angefochten werden. Bei Schenkungen an Familienangehörige beträgt die Sperrfrist zwei Jahre. Gebräuchliche Schenkungen wie Weihnachtsgeschenke usw. unterliegen nicht dieser Anfechtungsmöglichkeit.

3. Welche Ansprüche werden vorweg befriedigt?

Folgende Gläubiger genießen eine bevorzugte Stellung. Ihre Ansprüche werden nacheinander voll befriedigt, und zwar wie folgt:

a) Aussonderungsberechtigte, d. h. diejenigen, die einen Anspruch auf Herausgabe eines in der Konkursmasse befindlichen, aber dem Schuldner nicht gehörenden Gegenstandes haben, z. B. ein durch den Schuldner für einen anderen in Verwahrung genommener Gegenstand; unter Eigentumsvorbehalt an den Schuldner gelieferte Ware; an den Gläubiger abgetretene Forderungen; dem Schuldner sicherungsübereignete Gegenstände, falls die gesicherte Forderung beglichen wird. Die Ehefrau hat ebenfalls ein Aussonderungsrecht für die Gegenstände, die ihr Eigentum sind und nicht mit Mitteln ihres Mannes erworben wurden.

b) Absonderungsberechtigte sind diejenigen, die einen begründeten Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus einem Massengegenstand besitzen. Im einzelnen handelt es sich dabei um: Rechte auf Befriedigung aus einem Grundstück zufolge einer Immobiliarzwangsvollstreckung; Ansprüche aus Pfandgläubigerrechten (gleichgestellt sind vom Schuldner geleistete Sicherungsübereignungen); Ansprüche der öffentlichen Kassen wegen der zu entrichtenden Abgaben für beschlagnahmte Waren; Ansprüche aus Zurückbehaltungsrecht (insbes. des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, aber mit Ausnahme des gewöhnlichen Zurückbeh.-Rechts nach § 273 BGB.

c) Aufrechnungsgläubiger haben Anspruch auf bevorrechtigte Befriedigung, wenn sie Forderungen besitzen, die bis zur Konkurseröffnung fällig geworden sind und für die Gegenforderungen des Schuldners geltend gemacht werden; z. B. wenn der Gläubiger ein Auto schuldet und der Schuldner DM 10 000.— zu zahlen hat, so kann Aufrechnung erfolgen.

d) Massenansprüche sind Verbindlichkeiten, die im Interesse der Konkursgläubiger eingegangen sind und die sich aus den sogenannten Massenschulden und Massekosten zusammensetzen. Masseschulden sind: Ansprüche aus Handlungen des Konkursverwalters; aus vor der Konkurseröffnung abgeschlossenen gegenseitigen Verträgen; aus unberechtigter Bereicherung der Masse, z. B. wenn der Konkursverwalter irrtümlicherweise eine fremde Forderung eingezogen hat. Massekosten sind die gerichtlichen Kosten des Konkursverfahrens; die Vergütung für den Konkursverwalter und die Unterstützung für den Lebensunterhalt des Gemeinschuldners und dessen Familie.

Erst nach Befriedigung dieser erwähnten Vorwegansprüche kommt die verbleibende Konkursmasse zur Verteilung, wobei dann noch folgende Forderungen bevorrechtigt zu begleichen sind:

a) Ansprüche aus Lohn- und Gehaltsverträgen.

b) Öffentliche Abgaben, d. s. u. a. Steuern und ihnen gleichstehende Abgaben aus dem letzten Jahr vor Konkurseröffnung.

c) Beiträge für öffentliche Verbände.
d) Arzt-, Kur- und Pflegekosten.
e) Mündelansprüche.

Der danach verbleibende Rest wird auf die gewöhnlichen Forderungen verteilt. Das Verhältnis des restlichen Konkursvermögens zu dem Betrag der gewöhnlichen Forderungen wird in der Konkursquote bzw. Konkursdividende ausgedrückt.

4. Wie wird das Konkursverfahren abgewickelt?

Nach Konkurseröffnung sind die Forderungen durch die Gläubiger anzumelden (Frist 2 Wochen bis 3 Monate). Die Berechtigung wird in einer Gläubigerversammlung nachgeprüft und festgestellt. Die Verwertung der Konkursmasse obliegt dem Konkursverwalter. Die Verteilung kann in Abschlagszahlungen oder erst nach vollständiger Verwertung der Masse erfolgen. Die Schlußrechnung wird der letzten Gläubigerversammlung, dem sog. Schlußtermin vorgelegt. Erst danach kann durch Beschluß des Konkursgerichts der Konkurs aufgehoben werden.

5. Was bewirkt die Konkursbeendigung?

Die Aufhebung des Konkursverfahrens hat zur Folge, daß der Gemeinschuldner die freie Verfügung über sein Vermögen zurückerhält. Die Konkursgläubiger können mit den Forderungen, die im Konkurs nicht befriedigt werden konnten, nach der Konkursaufhebung von neuem Ansprüche in unbeschränkter Form gegen den Schuldner geltend machen, sobald dieser wieder über neues Vermögen verfügt. Dadurch ist der Schuldner hinsichtlich seiner weiteren wirtschaftlichen Tätigkeit schwer gehemmt.

6. Wie kann bei Zahlungsunfähigkeit der drohende Konkurs abgewendet werden?

Hierfür kommen folgende Möglichkeiten in Betracht:

a) Zwangsvergleich
b) Gerichtliches Vergleichsverfahren
c) Freiwilliger Vergleich
d) Vertragshilfe

Zu a). Um die Wirkung des Konkurses zu vermeiden, wonach durch die spätere Geltendmachung der nicht befriedigten Forderungen auf längere Zeit praktisch die wirtschaftliche Betätigung des Schuldners verunmöglicht ist, kann der Gemeinschuldner während des Konkursverfahrens einen Vergleichsvorschlag einreichen. Falls das Konkursgericht zustimmt (es kann den Vorschlag ablehnen, wenn die Quote weniger als 20% beträgt oder wenn das Ergebnis auf leichtsinniges Verhalten des Schuldners zurückzuführen ist), muß er von der Mehrheit der erschienenen Konkursgläubiger, die mindestens drei Viertel der nicht bevorrechtigten Forderungen vertreten müssen, genehmigt werden. Unter dieser Voraussetzung und nach Bestätigung durch das Konkursgericht tritt der Zwangsvergleich in Kraft, der sich gegen sämtliche Gläubiger nicht bevorrechtigter Forderungen richtet, also auch gegen die Gläubiger, die nicht oder dagegen gestimmt haben. (Deshalb Zwangsvergleich.)

(Fortsetzung in der nächsten Nummer)

Reichsbahn in alter Spur

Die deutsche Reichsbahn beabsichtigt, in der Doppelzone eine eigene Gesellschaft zum Ausbau des Kraftwagentransportverkehrs zu gründen. Auch der Name wird schon erwähnt: „Deutsche Kraft Verkehrs G.m.b.H." Interessant ist die Begründung, die diesem Plan gegeben wird: Der Güterfrachtverkehr sei nach dem Kriege stark in die Hände des gewerblichen Transportverkehrs übergegangen, man müsse ihn wieder zurückgewinnen. Gewissermaßen als Pflaster wird erklärt, die Bahn strebe eine Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften der Fahrunternehmer an.

Die Reichsbahn erinnert sich also an ihren Kampf gegen den Lastwagen und die Erfolge, die sie in diesem Kampf während des Dritten Reichs gehabt hat. Warum sollen sie nicht auch im demokratischen Staat zu erzielen sein, der doch von der Wirtschaftsverwaltung her so viele ähnliche Züge trägt: Bevormundung, Genehmigung, Tarifzwang usw! Auch wir erinnern uns dieses Kampfes und des „Kraftwagenbetriebsverbandes". Man schlug damals zwei Fliegen mit einer Klappe: 1. zwang man die Lastwagen, die Tarife der Reichsbahn einzuhalten, was betriebswirtschaftlich ein Unsinn war. 2. zwang man die Lastwagenbesitzer in einen Verband, den man von Reichsbahnseite her führen konnte. Wenn auch der Präsident des Kraftwagenbetriebsverbandes seligen Angedenkens kein Eisenbahner war, so unterstand er doch den Direktiven des Verkehrsministeriums — und dort saß Herr Dorpmüller, ein Eisenbahner. So hatte man eine Konkurrenzgefahr für die Eisenbahn beseitigt, die Reichsbahn freute sich, aber der Lastwagenverkehr konnte sich nun nicht mehr so entwickeln, wie es unter freien Verhältnissen gewesen wäre.

Es würde zu weit führen, alle die Mißbräuchlichkeiten, die sich aus diesem System ergaben, hier noch einmal darzustellen: allerlei Schikanen, mehr oder weniger lautere Konkurrenzmanöver, das Arbeiten mit moralischen Argumenten, wie dem sogenannten volkswirtschaftlichen Gütertarif, Zwang zur Berechnung von Gebühren, die bei der Reichsbahn berechtigt, aber beim Kraftwagen sinnlos waren, usw.

Alles dies ergab sich eben einfach aus den beiden Grundfehlern: ein Reichsbahntarif paßt nicht für den Lastwagen, und ein so auf persönliche Initiative angewiesenes Gewerbe wie der Transport kann sich seiner Art gemäß nicht entwickeln, wenn es von Staats wegen kartelliert wird.

Es ist der Reichsbahn gelungen, auch heute noch die Reichsbahntarife für die Lastwagen in Geltung zu halten. Mit diesem Erfolg sollte sie sich bescheiden. Im übrigen sollte sie auf der Schiene bleiben und die Landstraße dem freien Transportunternehmer überlassen. Es wird auch dann noch genug Reibungen mit dem Zahlungsverkehr geben.

Schließlich scheint es uns schwer, diese Pläne mit den finanziellen Schwierigkeiten (Wechsel!) und dem heute angemeldeten Kapitalbedarf der Reichsbahn in Einklang zu bringen. Die Bahn braucht so viel Geld für Reparatur und Neuanschaffung von Lokomotiven und Waggons, daß sie sich nicht auch noch Sorge um die Beschaffung von Mitteln für den Ankauf von Lastzügen machen sollte. Man würde es jedenfalls nicht verstehen, wenn die Bahn einen Teil der ihr aus einem über kurz oder lang eingeräumten Kredit zuströmenden Mittel nicht für die ihr eigenen Transportmittel, sondern für Lastwagen verwenden würde.

Getreide – Deutscher Markt – Weltmarkt

Unsere Ausführungen zur Frage der Agrarpreise in Deutschland und auf dem Weltmarkt in der Ausgabe 50 vom 10. Dezember hat uns Zuschriften aus Landwirtekreisen eingetragen. Es wird in einer dieser Zuschriften dargelegt, daß die von uns wiedergegebenen Weltmarktpreise für den Mittelwesten der USA gelten und ihnen daher die Kosten des Transportes zur Küste, die Fracht nach Europa und die Ausladegebühren in Hamburg hinzuzufügen seien. Wenn dies alles berücksichtigt werde, ergebe sich ein beträchtlich höherer Weizenpreis als der deutsche Erzeugerpreis.

Wir könnten uns angesichts dieses Einwandes auf den Hinweis beschränken, daß diese Kalkulation von uns in unserer Ausgabe 37 vom 10. September bereits einmal — als im Zusammenhang mit der großen landwirtschaftlichen Ausstellung in Frankfurt/Main die Erhöhung der Getreidepreise in Deutschland zur Debatte stand — angestellt wurde und wir damals zu der Feststellung gelangten, daß die deutschen Preise die vorgeschlagene Erhöhung vertrügen und diese daher zu befürworten sei. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß erst der Zuschlag der Transportkosten, der Seefracht und der Verladegebühren in Hamburg die amerikanischen Preise den deutschen angleicht, zwischen den Preisen hier und dort also ein Unterschied zu Ungunsten der deutschen Preise besteht. Dieser Unterschied wäre noch bedeutend größer, wenn von einer deutschen Getreideausfuhr die Rede sein könnte, und die gleichen Zuschläge dann (einschließlich der Umladegebühren in einem amerikanischen Hafen) den deutschen Preisen hinzuzufügen wären. Die Kalkulation erweist daher nur, daß die amerikanischen Preise Zuschläge vertragen und dem amerikanischen Getreide durch sie die Konkurrenzfähigkeit belassen wird, die deutschen Preise aber nur in Deutschland selbst konkurrenzfähig sind.

In dieser Feststellung wollen wir keineswegs etwa eine moralische Belastung des deutschen Landwirtes erblicken. Soweit eine solche Absicht bei uns vermutet wird (sie nachzuweisen, wäre unmöglich), dürfen wir diese Zumutung ruhig von uns weisen. Es ist völlig zutreffend, was in einer der Zuschriften angedeutet wird, daß die deutschen Erzeugungsbedingungen ungünstiger sind als die ausländischen und trifft wohl auch zu, daß der deutsche Landwirt unter ungleich schwereren Bedingungen in den Besitz eines Traktors, einer Maschine anderer Art oder eines Fasses Brennstoff gelangen kann, als der amerikanische.

Aufstieg in den USA

Der Zufall will es, daß diesbezüglich eben erst von einer Schweizer Zeitung (Neue Zürcher Zeitung vom 10. und 11. Januar) aufschlußreiche Zahlen veröffentlicht werden. Wir können uns nicht versagen, einige dieser Zahlen hier wiederzugeben. Ihnen zufolge vermehrte sich das motorisierte landwirtschaftliche Inventar in den Vereinigten Staaten von 1. Januar 1941 bis zum 1. Januar 1947 in geradezu erstaunlichem Maß. Die Zahl der in den Farmen verwendeten Traktoren stieg in diesem Zeitabschnitt von 1,5 auf 2,8 Mill., die der Lastkraftwagen von 1 Mill. auf 1,7 und die der Autos von 4,1 auf 4,4 Mill. Es werden also gegenwärtig in der amerikanischen Landwirtschaft rund 9 Mill. Motorfahrzeuge verwendet, d. h. mehr Fahrzeuge, als dort Personen (8,3 Millionen) beschäftigt werden.

Auch der Bestand an sonstigen landwirtschaftlichen Maschinen erfuhr in Amerika eine gewaltige Ausdehnung. Zwischen 1940 und 1946 erhöhte sich beispielsweise die Zahl der Erntemaschinen (Grain-combines) von 190 000 auf 415 000, die der Maispflücker von 110 000 auf 300 000 und die der Melkmaschinen von 175 000 auf 450 000. Der Wert der in den Farmen verfügbaren Maschinen und Motorfahrzeuge wurde mit dem 1. Januar 1948 mit nicht weniger als 9,5 Milliarden Dollar veranschlagt.

Die technischen Fortschritte, die in der jüngsten Zeit in der amerikanischen Landwirtschaft erzielt wurden, beschränkten sich indessen nicht auf beschleunigte Mechanisierung. Auch die sonstigen Anbaumethoden wurden unter Anwendung der Errungenschaften der modernen Agronomie und Technik wesentlich verbessert. Es zählen zu ihnen rationellere Fruchtwechselmethoden, bessere Bodenbearbeitung, die Schaffung widerstandsfähigerer und fruchtbarerer Saaten, die Verbesserung der Vieh- und Schweinerassen. Die Verwendung von Kunstdünger stieg indexmäßig von etwas über 100 auf 230%. Alle diese Faktoren wirkten zusammen, um die in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten Beschäftigten (nur 14% der insgesamt 58 Millionen Berufstätigen) zu einer Produktion gelangen zu lassen, die nicht nur die gesamte Bevölkerung des Landes ernährt, sondern darüber hinaus die Ausfuhr bedeutender Mengen — etwa 10% der Gesamterzeugung — gestattet.

In dem schweizerischen Blatt, dem diese Angaben entnommen sind, wird darauf hingewiesen, daß die Umwälzung in der amerikanischen Landwirtschaft, die dem Farmer nach zwanzig oder mehr Krisenjahren zu ungeahnter Prosperität verholfen hat, sich natürlich nicht ganz spontan und nur durch die Initiative der Farmer selbst vollzogen hat. Maßnahmen der Washingtoner Regierung im Rahmen eines wohl ausgedachten Systems haben wesentlich zur Erzielung dieses Ergebnisses beigetragen.

Niedergang in Deutschland

Dieser aufsteigenden Entwicklung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten entsprach in Deutschland, bei allerdings wesentlich anderen Voraussetzungen, in den Kriegs- und anschließenden Jahren eine auf absteigender Linie. Wie aber der amerikanische Aufstieg nicht allein der Initiative der Farmer gut zu buchen ist, so ist der deutsche Rückschritt keineswegs allein und, wie zugegeben ist, überhaupt nicht ein Verschulden des deutschen Landwirtes. Zweifellos ist man den Bedürfnissen der Landwirtschaft in Deutschland bei weitem nicht mit dem Verständnis entgegengekommen, auf das dieser Wirtschaftszweig seiner Bedeutung und seiner Stellung in der Gesamtwirtschaft nach Anspruch hat. Die Festpreise, zu denen die Landwirte ihre Erzeugnisse abzuliefern hatten, gestatteten ihnen, von anderen Behinderungen abgesehen, nicht, sich auf legalem Weg mit neuen Maschinen, Geräten, Arbeitskleidern, Schuhen einzudecken, deren Preise sich in zunehmend größerem Abstand aufwärts bewegten.

Jede Dienstleistung mußte vom deutschen Landwirt nicht nur mit Geld, sondern zusätzlich mit Butter, Speck und Eiern bezahlt werden. Die Behörden erblickten ihre Aufgabe weniger darin, den Landwirten die Steigerung der Produktion zu erleichtern, als in der Erzügelung und Durchführung unser Maßnahmen zur Erzwingung eines Ablieferungswillens, der bei den gegebenen Verhältnissen begreiflicherweise eher abzuhalten mußte. Auch jetzt treten nach dieser Richtung hin noch keine Anzeichen einer wesentlichen Besserung der Lage auf. Wir werden nicht aufhören, nach solchen Anzeichen Ausschau zu halten und zu verlangen, daß man auf dem Weg, den man so zaghaft betritt, mit größerer Entschiedenheit fortschreitet. Für die Notwendigkeit, die deutsche Landwirtschaft auf jede Weise zu fördern, muß das Verständnis aller Kreise der Bevölkerung geweckt werden. Nutznießer der daraus sich ergebenden Entwicklung würden alle sein, die Bauern und vor allem die städtischen Verbraucher.

„Man muß nur gerecht denken" — diesen Passus einer der uns vorliegenden Zuschriften wollen wir abschließend wörtlich wiedergeben — „zum Leben gehören neben dem Essen z. B. auch Kleider, Schuhe usw. Die Lebensmittel sollen unbedingt „politisch-gebunden", aus sozialen Gründen billig sein. Die Kleidung soll es neuerdings auch sein, daher das „Jedermann-Programm". Es wird aber niemandem einfallen, den Textilfabrikanten Lieferungen unter dem Selbstkostenpreis zuzumuten. Nach den Selbstkosten der Landwirte hat uns noch niemand gefragt. Man diktiert uns vielmehr Preise, Schlußscheingebühren u. dgl. und wundert sich dann, daß wir unzufrieden sind und einen Ausgleich auf dem freien Markt suchen. Solange wir für einen Brief an Porto 2½ Eier aufwenden mußten, fand kein Verbraucher etwas dabei. Jetzt wo die Eier entsprechend bewertet werden, erhebt sich ein großes Geschrei! Wir Landwirte können auch Verbrauchern nur raten: Macht eine vernünftige Preis- und Agrarpolitik, sonst steht ihr 1952 wieder bei 1000-Kalorienrationen. Das haben wir Bauern dann aber wirklich nicht verschuldet!"

Reis für die Doppelzone

Hamburg. In Mailand finden demnächst zwischen deutschen Reisimporteuren und italienischen Regierungsstellen Verhandlungen über Reislieferungen für die Doppelzone statt.

Am Ausguck: Tschiangkaischek - Kriegsverbrecher?

Kurz vor seiner Abreise nach London gab der französische Außenminister Robert Schuman dem Vertreter einer deutschen Agentur ein Interview, in dem er sehr klar und offen die französisch-deutschen Beziehungen darlegte. Daß „das Ruhrabkommen in Deutschland keine besondere Genugtuung hervorrufen würde, dessen war man sich in Frankreich von Anfang an bewußt", erklärte Schuman, die gleiche Reaktion sei auch auf das künftige Besatzungsstatut und auf den Friedensvertrag zu erwarten. Man möchte jedoch in der Nachkriegszeit in allen Ländern die gleiche Feststellung: Der genesende Schwerkranke ist reizbar und ungeduldig. Die führenden Kreise, betonte Schuman, haben jedoch die Sachlage nüchterner und objektiver beurteilt. Ein solches Verhalten sei die Voraussetzung für jede Annäherung. Man müsse sich nämlich die Mühe geben, den gegnerischen Standpunkt zu erkennen, sowohl verstandesmäßig als auch psychologisch, erklärte Schuman weiter. Alle Besorgnisse um die Sicherheit und den Frieden seien noch nicht gewichen, und zwar nicht nur weil das jüngste Geschehen unvergessen sei, sondern weil nicht alles, was im heutigen Deutschland gesprochen und geschrieben werde, dazu angetan sei, die Alliierten zu beruhigen.

Allerdings haben deutsche Politiker und Publizisten die heute erforderliche Besonnenheit und Sachlichkeit in Reden und Veröffentlichungen verschiedentlich vermissen lassen, nicht jede Äußerung aber, die dem Selbsterhaltungswillen eines Volkes entspringt, kann als gefährlicher Nationalismus bezeichnet werden. Wohl wird es Gruppchen geben, die auch General Clay in seinem Monatsbericht erwähnte, wie z. B. die Jünger Strassers und ihren „Bund zu Deutschlands Erneuerung". Die Reaktion des deutschen Volkes auf solche Bünde ist jedoch durchaus gesund; es will weder eine schwarze noch eine anders gefärbte Front und ganz und gar nicht eine solche, die sich an einer „gegenseitigen Zerfleischung zwischen Ost und West" erbaut, und Deutschland so erneuern will, „auch wenn 5 bis 10 Millionen Deutsche im dritten Weltkrieg umkommen".

Ob der Zeitpunkt für eine Meinungsäußerung in der englischen Presse perfektionistisch richtig gewählt war, wonach die deutsche Bevölkerung im Westen und in Berlin einen überragenden Beweis ihrer antibolschewistischen Einstellung erbracht habe, so daß eine deutsche Drohung mit dem Kommunismus nicht mehr ernst genommen werden müßte, ist zu bezweifeln. Daß in Westdeutschland der Kommunismus wenig Anklang gefunden hat, ist in den Fehlern der Sowjets zu suchen und weniger ein Verdienst der Westmächte. Andererseits könnte ein vielleicht steigender Nationalismus in den Fehlern der Westmächte liegen.

Deutschland, einem Schwerkranken vergleichbar, der sich im Genesungszustand befindet, ist naturgemäß gegen Prognosen empfindlich, die mit seiner Behandlung nicht ganz übereinstimmen. Der Deutsche weiß oft nicht, wo die Demokratie beginnt und wo ihre Grenzen gezogen sind. Man muß Geduld mit seiner Ungeduld aufbringen, wobei man ihm ja immer noch zu bedenken geben kann, daß die Demokratie zwangsläufig dort aufhört, wo der Sieger als Sieger auftritt oder aufzutreten gewungen ist.

Im übrigen konnte nach einer Äußerung des französischen Außenministers in London volle Einigkeit erzielt werden. In der Deutschlandfrage, so behauptet das Blatt „L'Aurore", haben sich die Engländer der französischen Auffassung deshalb genähert, weil sie Bedenken hegen, die vor kurzem „durch gewisse Kombinationen zwischen der deutschen Industrie und amerikanischem Kapital" hervorgerufen wurden.

Kaum war man nach der Veröffentlichung des Ruhrabkommens von deutscher Seite bemüht, sich mit den Gegebenheiten nüchtern und sachlich auseinanderzusetzen, immer auch das Bild eines neuen Europa vor Augen, so häuften sich die Nachrichten über Grenzkorrekturen in Ost und West, u. zwar als Vorgriff sozusagen auf den Friedensvertrag. Der Polnische Sejm billigte in diesen Tagen die Einbeziehung der von Polen besetzten deutschen Ostgebiete in die allgemeine polnische Staatsverwaltung. Die Vereinigung der polnisch-besetzten Gebiete mit dem Mutterland — so betonte man — sei damit vollzogen, und nachdrücklich hob man den Beistand der Sowjetunion hervor, die den Standpunkt vertrete, die Oder-Neiße-Linie bilde die Westgrenze Polens. Im Westen kommt es nun nicht etwa darauf an, ob die gewünschten Korrekturen geringfügig sind, sondern auch welchen Wert das geforderte Gebiet für Deutschland besitzt, welche Rohstoffe damit Deutschland verloren gehen. Diese Korrekturen ergeben sich nicht logisch aus den Bemühungen um die Schaffung einer Gemeinschaft Westeuropas, innerhalb deren keine Grenzen bestehen bleiben sollen und die letzten Endes auch den Nationalismus endgültig überwinden würde.

Die USA hoffen weiterhin, in ein Gespräch mit der Sowjetregierung zu kommen. Präsident Truman erklärte, er würde ein Zusammentreffen mit Stalin begrüßen, falls dieser nach Washington käme. Auch der Kreml, so scheint's wenigstens, zeigte bisher noch keine allzu kalte Schulter. Wenn er auch selbst schweigt, so läßt er doch andere reden. So sagte der französische kommunistische Abgeordnete Cachin, daß gewisse Kreise bereits von einem unvermeidlichen Krieg sprächen. Jeder habe die Pflicht dagegen zu protestieren. Niemand könne behaupten, daß die verschiedenen Regierungssysteme zwei mächtiger Völker die friedliche Zusammenarbeit verhindern. Im übrigen lobte Cachin die amerikanischen Industriellen, die sich um die Ausweitung des amerikanisch-russischen Handels bemühten. Der linkssozialistische „Franc-Tireur" wünschte, daß diese Sprache Cachins zur Umgangssprache der Kommunisten werden möge und fügte hinzu, daß ein Kommunist niemals „zufällig" spreche. Zu gleicher Zeit forderte auch Wallace in einer Erklärung der von ihm geführten Fortschrittspartei ein Treffen Truman-Stalin zur Beendigung des „Kalten Krieges". Diese Erklärung wurde in den führenden Zeitungen Moskaus an auffallender Stelle publiziert und mehrmals im russischen Rundfunk verlesen; allerdings ohne Kommentar. Andererseits passen die letzten Erklärungen des neuen amerikanischen Außenministers nicht ganz in diese Linie. Er betonte, Präsident Truman habe kategorisch erklärt, er erwarte keine Änderung in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten und fügte hinzu, was ihm Acheson, als angeblichen Anwalt einer nachgiebigen Politik gegenüber Rußland zugeschrieben wurde, sei unglaublich. Er könne kaum annehmen, daß der Bevollmächtigte es sich ausdenken könne, wenn er nicht persönlich interessiert sei.

Die Ereignisse in China nähern sich der Endphase. Die Kommunisten verlangen bedingungslose Kapitulation der Kuomintang-Truppen. Der Führer der Kommunisten, Mao Tse Tung, fordert die Bestrafung der Kriegsverbrecher, Tschiangkaischek inbegriffen, Kündigung „verbrecherischer Verträge" und Einberufung eines politischen Rates ohne reaktionäre Elemente, um eine demokratische Koalitionsregierung zu bilden. Damit wird weit hinten im Fernen Osten auch eine Volksdemokratie fällig. Wenn die angelsächsischen Mächte hoffen, unter ihrem Einfluß und unter dem alten Motto „Asien den Asiaten" einen demokratischen Block der verschiedenen Staaten bilden zu können, so dürfte es etwas zu spät sein, denn die Russen haben zwar nicht so sichtbar aber gründlich gearbeitet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Entscheidung zum Glück

Das deutsche Handwerk hat sich in mehreren Kundgebungen gegen die Einführung der Gewerbefreiheit gewehrt und wenigstens den großen Befähigungsnachweis weiter gefordert. In anderen Wirtschaftskreisen Deutschlands wird dies nicht ganz verstanden. Insbesondere wird eingewendet, daß nur beim Handwerk zwei Prüfungen notwendig sind: Die Gesellenprüfung und die Meisterprüfung. In allen anderen Berufen genügt eine Prüfung. Warum soll nicht auch im sogenannten Handwerk eine Prüfung genügen?

Wir wollen diese Frage hier nur stellen, denn eine Lösung oder gar eine Antwort kann heute nicht mehr vom materiell Technischen her allein gegeben werden. Die Entscheidung, die getroffen werden muß, hat tiefere Gründe. Nicht der Gütegedanke, sondern das Wirtschaftsprinzip entscheidet. Es geht um Freiheit oder Unfreiheit. Man kann heute nicht mehr einen Zunftzwang und zunftmäßige Produktionsbeschränkungen in eine sonst freie Wirtschaft einbauen. Überlieferungen haben ihr Ende da, wo die Menschen anders entscheiden.

Es ist nicht schwer, die Berechtigung dieser grundsätzlichen Bedenken von der Praxis her zu beweisen. In der Ostzone ist die Entscheidung gegen die Freiheit bereits gefallen. Die „Produktiv-Genossenschaft" ist dort die neue Form der handwerklichen Organisation. Durch sie wird das Handwerk in die industrielle Planung mit einbezogen. Das bedeutet das Ende des selbständigen Handwerks und dessen fortlaufende Überführung in den Staatssozialismus. Sowohl die produzierenden, wie die reparierenden Handwerksbetriebe werden langsam den volkseigenen Werken angegliedert: Das Tischlerhandwerk der Möbelindustrie, Fleischer und Bäcker, den Konsumgenossenschaften (offiziell wird sogar betont, daß hochwertige Handarbeit ein unzeitgemäßer Luxus sei).

Danach wird wohl jedem klar sein, daß es keinen Kompromiß mehr gibt. Und in Westdeutschland ist die Entscheidung für die Freiheit gefallen — im Interesse der Qualität, wenn wir nun einmal materiell begründen wollen. Das mögen alle berücksichtigen, die heute über die Gewerbefreiheit weinen und sich in Zunfterinnerungen schmollend zurückziehen. Wie sagt doch ein Philosoph?: Nur die unglücklichen Menschen leben von Erinnerungen. In der Wirtschaft gibt es nur Glückliche, weil tatkräftige und ihrer Leistung bewußte Menschen — Menschen, die eben Glück in ihrer Arbeit haben.

Verhinderte Reform

Die englische Militärregierung hat das vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossene Gesetz zur Bodenreform und zur Beschaffung von Siedlungsland nicht genehmigt, obwohl es die Zustimmung aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, gefunden hatte. Die Differenzen in der Auffassung sind wichtig. Den Engländern kam es mehr darauf an, den Großgrundbesitz zu entmachten, den Deutschen Siedlungsland zu erhalten. Gerade der Siedlungsgedanke aber liegt den Engländern nicht so sehr, sie behaupten sogar, das Gesetz von Nordrhein-Westfalen ginge weit über die britische Verordnung Nr. 103 hinaus.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß ein neues Bodenreformgesetz kaum zur Durchführung kommen kann; denn in einem deutschen Landtag dürfte nur dann ein Bodenreformgesetz akzeptiert werden, wenn es in erster Linie den Siedlungsgedanken betont und Siedlungsland schafft. Auf der andern Seite aber steht die Verordnung Nr. 103, die die Beseitigung des Großgrundbesitzes fordert. Hier wird ein Kompromiß kaum möglich sein. Es zeigt sich an diesem Beispiel, daß die demokratischen Spielregeln in einem Lande mit Besatzung nicht eingehalten werden können. Es zeigt sich weiter, daß es der Besatzungsmacht auf die politische Entscheidung, auf die Durchführung ihrer politischen Wünsche ankommt. Den deutschen Landtagen dagegen ist das Wichtigste das sozialpolitische Moment, und man hätte doch annehmen müssen, daß in diesem Fall die beiden Standpunkte sehr gut miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Wir Deutsche haben dies durchaus für möglich gehalten.

Es ist allerdings vermutbar, daß die Engländer, die sich zu Hause in einer Nationalisierungswelle befinden, diesen sozialpolitischen Gesichtspunkt weniger verstehen können und glaubten, man würde den Großgrundbesitz zu Gunsten des Staates einziehen. Wenn aber nun ein Land durch seinen Landtag zum Ausdruck bringt, daß es an einer staatlichen Bewirtschaftung des Großgrundbesitzes kein Interesse hat oder sie nicht einmal für richtig hält, dann gehört diese Entscheidung zweifellos zum ureigenen Recht des Landes, auch wenn es besetzt ist, zumal den Wünschen der Besatzungsmacht Rechnung getragen wurde. Für Westdeutschland, das voll von Flüchtlingen ist, war überhaupt immer der Siedlungsgedanke der einzige, der die Zerschlagung des Großgrundbesitzes rechtfertigte. Bekanntlich sind, nicht mit Unrecht, erhebliche betriebswirtschaftliche Bedenken gegen die Zerschlagung mancher großer Güter geltend gemacht worden, weil es oft rationeller war, große Betriebe zu belassen, insbesondere solange man noch gezwungen ist, Lebensmittel zu bewirtschaften. Gegen eine staatliche Bewirtschaftung großer Güter aber bestehen die gleichen Bedenken, wie gegen Staatsbetriebe überhaupt, auch wenn im einen oder andern Fall gute Erfahrungen gemacht worden sind.

Durch die Ablehnung ist eine Situation geschaffen, die in keiner Weise befriedigt und die kaum eine Lösungsmöglichkeit bietet.

Neue V-Waffe von Rheinland-Pfalz

Ein Herr vom Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz erörterte vor kurzem vor der Presse das Jedermannprogramm in seinem Hoheitsbereich. Ausnahmsweise wollen wir uns nun nicht mit den Zahlen beschäftigen, die er nannte, mit Schuhpunkten und Produktionskapazitäten, sondern wir wollen etwas anderes aus dieser Konferenz herausgreifen.

Sein Wirtschaftsministerium, so sagte der Herr, wolle für gute und preiswerte Waren ein besonderes Kennzeichen als Gütezeichen einführen; gedacht sei hierbei an ein großes „V" (Verbilligt). Mit einem „V" (Victory) siegten die Alliierten und jetzt will das Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz mit diesem magischen Zeichen „V" siegen. Wir wünschen ihm den gleichen Erfolg. Werden die Fabrikanten in Rheinland-Pfalz nun auch mit der gleichen Handbewegung durchs Land fahren, wie seinerzeit Churchill?

Ein anderes Wortspiel mit „V".

Es ist immerhin neu, daß man verbilligte Waren mit einem Gütezeichen versieht. Bisher war ein Gütezeichen das Merkmal teurer Ware. Man grenzte damit Schundware von Qualitätsware ab. Jetzt kriegt die billige Ware ein Gütezeichen und die teure hat kein Zeichen, obwohl sie nicht so billig ist — billig in beiden Nuancen des Wortes. Die billige Ware trägt jetzt das billige Gütezeichen „V". Und diese billige Ware mit dem „V" schlägt dann ein, wie einmal „V 2", und erschüttert die Produzenten von Waren, die früher mit dem Gütezeichen versehen waren, ebenso wie die Engländer seinerzeit die „V 2". Nun wollen wir damit nicht behaupten, daß es den neuen „V-Waren" so geht wie den Engländern. Diese wurden durch „V 2" erschüttert, aber sie siegten mit ihrem Zeichen „V". Wie vice versa bedeuten würde, daß die deutschen Qualitätsproduzenten zwar durch das neue „V" erschüttert werden aber doch siegen werden — ohne „V".

Die neue „V"-Waffe aus Rheinland-Pfalz muß gut konstruiert werden, sonst fliegt sie zu kurz. Das psychologische Antriebsmittel ist nämlich schon zu knapp geworden, so knapp, daß wir fürchten müssen, diese Waffe geht überhaupt nicht mehr los; denn die Preise sinken auch ohne diese „V-Waffe". Dieses Mittel: „V"-Waffe könnte also ein billiges Mittel werden. Wir befürchten, daß die mit „V" preislich verbilligten Waren, auf billige Weise vertrieben, eben „billig" sind und darum nicht sehr geschätzt.

Holzweg oder Knüppeldamm?

Die deutschen Behörden bemühen sich seit längerer Zeit um die Einfuhr von Grubenholz, um nicht nur den derzeitigen Bedarf vor allem im Kohlenbergbau, sondern um darüber hinaus vorsorglich die erstrebte Leistungssteigerung der Kohlenförderung zu unterstützen. Dies liegt ja nicht zuletzt auch im Sinne des kommenden Ruhrstatuts, das eine friedliche technische Entwicklung sowie Erhöhung der Leistungssteigerung empfiehlt. Diese Einfuhr von Grubenholz wurde von englischer Seite abgelehnt. Man erinnert sich, daß auch früheren Wünschen nach Einfuhr von Holz mit dem Hinweis, Deutschland sei überwiegend Holzausfuhrland, nicht entsprochen wurde. Deutschland hat aber seit je Holz importiert, so u. a. große Mengen aus Österreich, dessen Holzexportwünsche im neuen Handelsabkommen mit der Bizone nicht berücksichtigt wurden.

Die Abkommen über deutsche Kohlenlieferungen in das Ausland müssen, darüber besteht kein Zweifel, fristgemäß eingehalten werden, so daß eine evt. Verringerung der Förderung von Kohle zu Lasten der deutschen Wirtschaft ginge. Bisher gingen ziemliche Quantitäten Grubenholz nach England, außerdem werden, weil eben nicht genügend Kohle zur Verfügung steht, Riesenmengen Holz als Heizmaterial in den deutschen Haushaltungen verwendet. Es ist gar nicht abzusehen, wann wieder für diese Zwecke Kohle in genügender Menge zugeteilt werden kann, denn jede Tonne, die der Wirtschaft verloren geht, verzögert ihren Wiederaufbau.

Es ist zu hoffen, daß sich die zuständigen britischen Behörden davon überzeugen lassen, daß Grubenholz in genügender Menge zur Leistungssteigerung der Kohlengruben unbedingt erforderlich ist. Man könnte damit z. B. schon jetzt, wenn auch das Ruhrstatut noch nicht endgültig in Kraft getreten ist, den guten Willen, den der Artikel 28 des Statuts empfiehlt, demonstrieren.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Das Landesarbeitsamt Baden stellt fest, daß im November und Dezember keine Arbeitsverpflichtungen mehr ausgesprochen wurden. Die Arbeitsämter sind angewiesen worden, auch in Zukunft davon abzusehen, nachdem die Militärregierung ihren Verzicht auf Arbeitsverpflichtungen für ihren eigenen Bedarf ausgesprochen hat. Die erleichterte Befriedigung des vordringlichen Bedarfs an Arbeitskräften hat auch das System der Prioritätsbetriebe überflüssig gemacht.

Unter dem Vorsitz von Finanzminister Dr. Eckert wurde eine Sparkommission gebildet, der auch Mitglieder des Haushaltsausschusses des Landtages angehören. Sie prüft zur Zeit eingehend die gesamten Haushalte der Ministerien und staatlichen Verwaltungen im Hinblick auf die Möglichkeit von Einsparungen. Dem Vernehmen nach haben diese energischen Sparbemühungen in den wenigen Tagen der Tätigkeit der Kommission schon zu wesentlichen Erfolgen geführt.

In einer Sitzung des Freiburger Stadtrates wurde mitgeteilt, daß die Milchlieferungen der Breisgau-Milchzentrale nach Kolmar im Elsaß, die bisher täglich 5000 Liter betrugen, im Januar auf 4000 Liter, in den kommenden Monaten um je weitere 1000 Liter reduziert und von Mai ab nach einer Zusicherung der Militärregierung vollständig eingestellt werden.

In der Zeit vom 8. Dezember 1948 bis Mitte Januar 1949 wurden laut Mitteilung der JEIA folgende Warenmengen aus ERP-Mitteln durch Officomex bzw. JEIA für die französische Zone gekauft und geliefert: 20 000 Reifen, 16 000 Schläuche, fast 1000 Tonnen Baumwolle, 13 000 t Mehl, 5800 t Getreide, 530 t Schmalz, weiterhin getrocknete Bohnen und Erbsen sowie Tabak.

Im Reblaus-Kommissargebiet Nahe-Rhein, das die Kreise Kreuznach, Baumholder, Birkenfeld und den Amtsbezirk Bacharach umfaßt, sind 28 Gemeinden mit insgesamt 2500 ha stark, 18 Gemeinden mit 370 ha schwach reblausverseucht und nur 630 ha in 21 Gemeinden sind reblausfrei.

Im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Rheinland-Pfalz vom 13. 1. 49 ist das am 12. 11. 48 vom Landtag beschlossene Gesetz über die Ermächtigung des Finanzministeriums zur vorübergehenden Inanspruchnahme von Krediten bzw. zur Ausgabe kurzfristiger Schatzanweisungen zwecks Verstärkung des Bestandes der Landeshauptkasse im Betrage bis zu 50 Mill. DM im Rechnungsjahr 1948 veröffentlicht. Das Gesetz tritt rückwirkend vom 1. 8. 48 in Kraft. Gleichzeitig wird das Gesetz über die Aufnahme von Krediten vom 28. 8. 1947 außer Kraft gesetzt.

Die Preisbildungsstelle macht darauf aufmerksam, daß die Weinpreise höchstens 50% höher sein dürfen als die zulässigen Preise für die 1947er Ernte. Im übrigen gelte das Gesetz gegen Preistreiberei auch für Traubenmaische, Most und Weine. Verstöße werden schärfstens geahndet.

In Württemberg-Hohenzollern erfolgt demnächst eine Neuregelung der Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen. Die am 1. August und 24. Okt. 1948 aufgerufenen Schuhpunkte verlieren mit dem 31. 1. 1949 ihre Gültigkeit. Ebenso werden die bis zu diesem Zeitpunkt ausgegebenen zusätzlichen Schuhpunkte mit dem 31. 1. 1949 ungültig.

Aus den Kreisen der Partikulierschiffer des Rheinstromgebietes wurde die Transportgenossenschaft Rhein mit dem Sitz in Duisburg gegründet. In Verbindung mit dem Schifferbetriebsverband für den Rhein übernimmt die Genossenschaft im Rahmen von Schiffsgestellungs-Verträgen die Vermittlung und Ausführung von Transporten ähnlich einer Reederei. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Vorsitzende des Schifferbetriebsverbandes „Jus et Justitia", Willy Spislay.

Die Firma Ernst Krieger in Idar-Oberstein, Hauptsitz der Edel- und Halbedelstein-Industrie in der französischen Zone, erhielt von einer New Yorker Firma 25 000 Stück Achatsteine. Die deutsche Firma soll in jeden Stein zwei Löcher bohren und eine Vertiefung von 40 mm ausschneiden. Die Steine, die als Kleiderschmuck dienen sollen, werden nach Fertigstellung in die Vereinigten Staaten zurückgesandt. Der Wert der Verarbeitung beträgt 1950 Dollar.

Eines der größten Unternehmen des Brohltals, die Firma Gebrüder Rhodius, die Bleiweiß, flüssige Kohlensäure, Bleimennige und Bleiglätte, Natrium-Nitrit, Kohlenanzünder und Lackfarben herstellt, exportiert bei einem Monatsumsatz von 600 000 bis 700 000 DM ungefähr 30 bis 40 Prozent der Produktion.

Englische Zone

Die Arbeitslosenzahl im Lande Niedersachsen ist seit der Währungsreform um rund 80% gestiegen. Nach einem Bericht des Landesarbeitsamtes Hannover betrug die Zahl Ende Dezember 94 000 Arbeitslose in Niedersachsen.

Die Preisbildungsstellen der Städte Hamburg, Bremen und der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben sich darüber geeinigt, einheitliche Verkaufshöchstpreise auf Grund des Preistreibereigesetzes aufzustellen, um der Justiz die Möglichkeit zu geben, festzustellen, wo der Wucher beginnt.

Das Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen hat im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsminister die Rheinische Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf ermächtigt, 20 Mill. DM in 5%igen Pfandbriefen und 25 Mill. DM in 5%igen Kommunalschuldverschreibungen auszugeben, von denen vorläufig 5 Mill. zu einem Ausgabekurs von 98% in den Verkehr gebracht werden dürfen.

Kredite in Höhe von insgesamt 28 Mill. DM für den Wiederaufbau demontierter Betriebe, die für die Friedensfertigung von Bedeutung sind, will die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ermöglichen, da für diesen Zweck auf dem freien Kapitalmarkt zur Zeit keine Mittel bereitgestellt werden können.

Rund 500 deutschen Kellnern wird im kommenden Frühjahr die Möglichkeit gegeben, zur Saisonarbeit in die Schweiz zu fahren. Die Kellner müssen jedoch mit der englischen und französischen Umgangssprache vertraut sein. Ursprünglich waren 4000 Kellner für Schweizer Hotels vorgesehen.

Bei den Kruppwerken in Essen wurde jetzt mit dem Abtransport von Maschinen und sonstigen Anlagen aus 22 verschiedenen Werkteilen im Rahmen der Reparationslieferungen begonnen. Etwa 80% dieser Maschinen, darunter eine 15 000 t-Schmiedepresse, die größte in Europa, sind für Jugoslawien bestimmt. Der Rest ist der Tschechoslowakei, Holland, Belgien und Frankreich zugesprochen.

In Göttingen hat die Firma Willy Schönels eine bauliche Erweiterung ihrer Anlagen in Angriff genommen, die bis zum Jahresende abgeschlossen sein und eine Erhöhung der Belegschaft von gegenwärtig 365 auf 1000 Köpfe ermöglichen soll. Der künftige Dreistufenbetrieb wird eine Abteilung für Oberkleidung, eine weitere für Trikotagen und eine dritte für Damenstrümpfe umfassen. Es sollen u. a. 20 Cotton-Maschinen Aufstellung finden, die allein eine Produktion von 1 Mill. Paar Damenstrümpfen auswerfen können. In dem Unternehmen werden schon jetzt Perlon-Strümpfe erzeugt, die an Haltbarkeit die Nylon-Erzeugnisse übertreffen.

Die Firma Interlorraine, Paris/Metz, hat als Vertreterin französischer Firmen des Weinbaues und der Getränke-Industrie in Hamburg, Gelsenkirchen und Frankfurt a. M. drei Zweigfirmen gegründet. Die Hamburger Firma wurde in Gemeinschaft mit Herrn A. Höber, die Gelsenkirchener in Gemeinschaft mit der Firma Fr. Steinkamp, die Frankfurter in Gemeinschaft mit der Firma Feist-Belmontsche Sektkellerei, errichtet. Die Majorität und Geschäftsführung der drei deutschen Zweigfirmen, die sich mit dem Vertrieb der Erzeugnisse aller Firmen befassen, deren Interessen von der Interlorraine, Paris/Metz, vertreten werden, liegen bei den deutschen Gesellschaftern.

Ein großes Textil- und Möbelgeschäft in Neuß hat einen Ausverkauf begonnen, da die Geschäftsleitung einen baldigen Preisrückgang erwartet und befürchtet, daß zahlreiche Waren zu Ladenhütern werden, die später kaum noch absetzbar seien. Insgesamt wurden Warenbestände im Wert von 40 000 DM zum Verkauf gestellt, und zwar zu erheblich gesenkten Preisen, die bei Textilien zum Teil unter den Jedermann-Preisen liegen.

Beim größten westdeutschen Kraftwerk in Goldenberg soll zur Erhöhung der Stromkapazität um rund 300 000 kW eine Vorschaltanlage errichtet werden. Die Bauarbeiten werden in diesem Frühjahr beginnen und dürften in etwa zwei Jahren beendet sein. Gegenwärtig leistet das Goldenberg-Kraftwerk etwa 400 000 kW, während die installierte Spitzenleistung vor den Luftangriffen, die das Werk betroffen hatten, bei 500 000 kW lag. Man rechnet in Goldenberg, daß die Wiederaufbauarbeiten bis Ende dieses Jahres bereits wieder die Vorkriegsleistung erlauben, die dann durch die Vorschaltanlage noch wesentlich erhöht werden wird.

Amerikanische Zone

Wie der Präsident des Landesarbeitsamtes Südbayern mitteilt, hat die Zahl der arbeitslosen Männer innerhalb des letzten Monats um 18% zugenommen. Der größte Teil entfällt auf arbeitslose Bauarbeiter. In der Arbeitsmarktlage der Angestellten ist im Januar mit einer Verschlechterung zu rechnen, wenn die Kündigungen für Dezember wirksam werden.

Die Industrie-Gewerkschaft Metall Bayerns erwartet, daß sich die Arbeitgeber endlich zu Verhandlungen über einen neuen Manteltarif bereit erklären, dessen Entwurf sie bereits ein ganzes Jahr in Händen haben und der die nationalsozialistische Tarifordnung ersetzen soll. Dies wurde auf einer Besprechung über die lohnpolitische Lage in der Metallindustrie, wie sie sich durch die Kündigung des Tarifvertrages zum 31. 1. 49 ergibt, gefordert.

Die Landesgewerkschaft bayerischer Metallindustrie hat das Lohnabkommen für die bayerische Metallindustrie zum 31. Januar 1949 gekündigt und einen 30prozentigen Teuerungszuschlag gefordert.

Auf einer Tagung der Delegierten der Landesgewerkschaften Banken und Versicherungen wurde eine 35prozentige Gehaltserhöhung aller Bank- und Versicherungsangestellten gefordert. Vertreter der Fachgruppe Sparkassen beschlossen eine Gehaltserhöhung von 15% ab 1. Januar 1949 durchzusetzen.

Auf einer Sitzung des Landwirtschafts- und Ernährungs-Ausschusses des württemberg-badischen Landtages erklärte Landwirtschaftsminister Heinrich Stooß, man habe die Getreideerfassung wieder völlig in der Hand. Württemberg-Baden sei in den letzten Wochen mit dem Stand vom 31. Dez. 1948 vom letzten Platz in der Ablieferungsstatistik auf den dritten Platz der Länder der Doppelzone vorgerückt. Dabei sei zu beachten, daß das mit 58.5 Prozent an der Spitze liegende Niedersachsen eine großräumige landwirtschaftliche Struktur habe, ebenso wie Schleswig-Holstein, das mit 55.5% an zweiter Stelle folge. Württemberg-Baden habe 54.2% des von Frankfurt geforderten Ablieferungssolls erreicht. Es folge dann Hessen mit 53.2%, Bayern mit 48.9% und Nordrhein-Westfalen mit 38.2 Prozent. Der Minister kam ferner auf die von General Clay angedrohten Sanktionen zu sprechen, nach denen bei einer fehlenden Menge an Ablieferungen von 5000 t Getreide 10 000 t Importe gekürzt werden sollen, so daß insgesamt eine Fehlmenge von 15 000 t Getreide entstehen würde. Diese Sanktionen müßten fallen, denn sie würden den Zusammenbruch der gesamten Brotversorgung zur Folge haben.

Wie die Bäcker-Innung in Karlsruhe mitteilt, reichen die jeweils vorhandenen Mengen an Mehl infolge der geringen nordbadischen Eigenerzeugung und der mäßigen Getreideablieferungen nur für die Versorgung weniger Tage aus. Obwohl die Importe erst bei restloser Ablieferung der deutschen Erzeugung angebrochen werden sollen, hat die Militärregierung am 9. Januar einen Vorschuß von 1100 t Importgetreide freigegeben.

Ostzone

Auf Anordnung der DWK wurde der Brotpreis in der russischen Zone vom 1. Januar an um 4 Pfennig pro kg erhöht, während er zur gleichen Zeit im Ostsektor Berlins gesenkt wurde.

Die Industriegewerkschaft Bau hat für das gesamte Baugewerbe der Ostzone neue Arbeitsnormen ausgearbeitet. Diese sollen schon in der nächsten Zeit in allen volkseigenen und privaten Baubetrieben entsprechend ihrer speziellen Struktur eingeführt werden.

Der Verwaltungsrat der volkseigenen Handelsorganisation, der die „freien Läden" und die „freien Gaststätten" in den Ländern der Ostzone und in Berlin unterstehen, hat sich in Berlin konstituiert. Vorsitzende des Verwaltungsrates ist Greta Kuckhoff, Mitglied des Sekretariats der deutschen Wirtschaftskommission. Der Hauptgeschäftsführer gab einen Überblick über die bisherige Arbeit der Handelsorganisation; der Vertreter der Hauptverwaltung Finanzen im Verwaltungsrat, Dr. Steiner, sprach über die Grundsätze der Preispolitik der Gesellschaft.

Die sowjetische Besatzungszone besitzt jetzt auch eine volkseigene Fischereiflotte. In Saßnitz wurden 200 Hochseefischkutter zu einer volkseigenen Flotte vereinigt, die in der Ostsee die Fischerei ausüben wird. Es ist beabsichtigt, der neuen volkseigenen Fischereiflotte entsprechende Betriebe der Fischverarbeitung, wie Konservenfabriken und Räuchereien, anzugliedern.

Wie schwerwiegend auch der Verlust der Westzonenlieferungen für die Ostzone sei, geht daraus hervor, daß sich viele Firmen der Ostzone bereit erklärten, alle Lieferungen aus den Westzonen in Westmark zu bezahlen und die Waren auf eigenes Risiko abzuholen. Die Liefermöglichkeit und die Lieferwilligkeit der Textil-Industrie der Ostzone kann nicht ausgenützt werden, weil es unmöglich sei, die für die Veredelung notwendigen Rohstoffe der Ostzone zur Verfügung zu stellen.

Die Betriebe der Ostzone beklagen sich in steigendem Maße bei der „Deutschen Wirtschaftskommission" über die mangelhafte und schleppende Zuteilung von Elektromotoren, obgleich ein Bestand vorhanden ist. Anträge, die zum Teil schon fünf und sechs Monate laufen, werden nicht bearbeitet. Die DWK versucht seit langem, wenigstens die Verfügung über kleine Motoren von der SMA zu erhalten, bisher aber ohne jeden Erfolg.

Im Rahmen bestehender Handelsverträge hat Polen vom 21. Dezember 1948 bis 9. Januar 1949 130 000 t Steinkohle und 26 000 t Koks in die Sowjetzone geliefert. Die Tschechoslowakei lieferte in der gleichen Zeit 15 000 Tonnen Koks.

In einer Besprechung der Direktoren und Dezernenten der Eisenbahndirektionen der Ostzone bei der Transportabteilung der SMA wurden den deutschen Stellen weitere Maßnahmen empfohlen, um die Reparationszahlungen der Eisenbahnen der Ostzone auf ihrer bisherigen Höhe zu halten. Deutsche Eisenbahnbeamte rechnen daher mit einer allgemeinen Erhöhung der Eisenbahntarife, da die Transportabteilung der SMA ein Einnahmesoll festgesetzt und neue Sparmaßnahmen befohlen hat.

Die Deutsche Wirtschaftskommission hat jetzt den britischen und amerikanischen Ölgesellschaften in der russ. Zone jede weitere Betätigung untersagt. Sie müssen ihre gesamten Anlagen und sonstigen Einrichtungen der russischen Ölgesellschaft „Derunapht" zur Verfügung stellen, die bereits seit längerer Zeit durch Kauf und Beschlagnahme der deutschen Ölgesellschaften das Treibstoffmonopol in der Ostzone hat. Die DWK erklärt, die neue Anordnung solle eine „Verschleuderung alliierten Vermögens verhindern".

Die Deutsche Wirtschaftskommission beschloß die Errichtung der „Deutschen Kraftstoff- und Mineralölzentrale" in der Ostzone, die eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Potsdam ist, zur Versorgung der sowjetischen Besatzungszone und des sowjetischen Sektors von Berlin mit Kraft- und Schmierstoffen, sonstigen Mineralölprodukten und Fettkraftstoffen. Sie ist ein volkseigenes Handelsunternehmen.

Die Schiffswerften des Landes Mecklenburg bauten 1948 48 Fischkutter. Weitere 16 Kutter stehen kurz vor der Fertigstellung.

Mindener Briefe

Die Informationsbriefe für Betriebsberatung und rationelle Betriebsführung

Herausgeber und Schriftleitung: Allgemeine Treuhand- und Organisationsgesellschaft m.b.H. Minden i. W.
Verlag: Brief- und Buch-Verlag Gesellschaft für briefliche Repetitorien und wirtschaftswissenschaftliches Schrifttum m.b.H., Minden i. W.

Als Mittler zwischen Wissenschaft und Praxis haben die Mindener Briefe die Aufgabe, die Nutzanwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf allen Gebieten der Wirtschaft, insbesondere der Betriebswirtschaft und hier vornehmlich der Betriebsorganisation, gemeinverständlich den Angehörigen der Berufe des wirtschaftlichen Prüfungs- und Treuhandwesens und den praktischen Betriebswirten zu vermitteln.
Auf den steuer- und wirtschaftsrechtlichen Gebieten erforschen und vermitteln sie die herrschende Meinung in Lehre und Rechtsprechung.
Bei jeweils aktuellen Einzelproblemen werden die Lösungsmöglichkeiten tunlichst an Hand von praktischen Beispielen aufgezeigt.

Verlangen Sie ausführlichen Prospekt beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei oben genanntem Verlag.

Pama-Katalog 1949

Nachschlagewerk und Wegweiser in allen **Verpackungsfragen** für jeden Betrieb. Sofort lieferbar Preis DM 6.50. Bei Vorkasse Postscheck-Konto Stuttgart 66692 portofreie Lieferung. **Der neue Verkaufsschlager** für jeden Handelsvertreter. Vertreter erhalten Doppelmusterkollektion zum gleichen Preis.

Pama-Handels-Zentrale (14a) Bad Friedrichshall-Kochendorf

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Disziplinierte britische Gewerkschaftspolitik

Von unserem Londoner Berichterstatter

Die britische Gewerkschaftsbewegung spielt im wirtschaftlichen Leben Großbritanniens eine bedeutende Rolle. Dies zeigte sich im vergangenen Jahre nicht allein darin, daß die Leitung der Gewerkschaften im „Anglo-amerikanischen Rat für Zusammenarbeit zwecks Steigerung der Produktivität" vertreten war, sondern besonders auch darin, daß sie — die Politik der Labour-Regierung stützend — ihre eigene Aufmerksamkeit, unabhängig von den Vorschlägen des Rates, auf eine Steigerung der Produktivität im Lande richtete und für die Stabilisierung der Löhne — ohne Neuforderung von Lohnerhöhungen — eintrat. Das war im vergangenen Jahre das Bemerkenswerteste in der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung. Die Beziehungen zum international eingestellten Weltgewerkschaftsbund wurden darum auch zeitweise so kritisch, daß die britische Gewerkschaftsbewegung mit dem Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund drohte. — Ähnliche Schwierigkeiten übrigens, wie sie die Labour-Regierung selbst bei internationalen Sozialistenkonferenzen über die Stellung der sozialistischen Parteien in den osteuropäischen Ländern hatte, die mit der kommunistischen Partei liiert sind. Dem Einfluß der Gewerkschaftsbewegung verdankte die Regierung auch, daß ihre Pläne durch keine größeren Streiks behindert wurden: Der einzige offizielle Streik fand im April in der Fahrzeugindustrie statt, während alle übrigen Streikaktionen „wilde Streiks" waren, davon der bedeutendste der Streik der Londoner Dockarbeiter im Juni. Immerhin gingen in den ersten 10 Monaten des Jahres 1948 1,021 Mill. Arbeitstage gegenüber 2,177 Mill. in den ersten 10 Monaten des Jahres 1947 verloren. Dennoch stieg in der gleichen Zeit der Index der Löhne von 104 auf 107 gegenüber einem Ansteigen des Index der Kleinhandelspreise von 104 auf 108. Die Zahl der Arbeitslosen blieb niedrig: 310 000 im Januar und 327 900 im November 1948.

Die nicht uninteressante Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung läßt sich aus den folgenden amtlichen Zahlenangaben erkennen, die dem Amtsblatt des britischen Arbeitsministeriums entnommen sind und die neben den manuellen Arbeitern auch die Angestelltenverbände und die Gewerkschaften der Angehörigen freier Berufe einschließen. Ende 1947 hatte Großbritannien eine berufstätige Bevölkerung von 20,43 Mill. Personen, von denen 18,39 Mill. in der zivilen Wirtschaft tätig waren. Annähernd 50% der dort tätigen Bevölkerung war gewerkschaftlich organisiert. Der Anteil der nicht selbständig tätigen Bevölkerung war natürlich sehr viel größer. Er dürfte in der Industrie vier Fünftel aller Tätigen übersteigen. Nicht wenige britische Industriezweige sind heute vollständig gewerkschaftlich organisiert.

So waren organisiert: 1920 (Höhepunkt der Konjunktur nach dem ersten Weltkrieg) 8,35 Mill. Personen, 1933 4,38 Mill., 1939 6,27 Mill. (von letzteren waren 5,26 Mill. Männer und 1,01 Mill. Frauen), 1943 (neuer Höchststand) 9,16 Mill. (davon 6,24 Mill. Männer und 1,92 Mill. Frauen), 1945 (Abbau der Kriegswirtschaft) 7,85 Mill. (davon 1,84 Mill. Frauen). Die Mitgliederzahl erhöhte sich 1946 um 11,8% und 1947 um weitere 3,9%, so daß Ende 1947 9,11 Mill. Personen gewerkschaftlich organisiert waren (7,45 Mill. Männer und 1,66 Mill. Frauen).

Während die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sich seit 1939 um fast 50% gehoben hat, hat die Zahl der Gewerkschaftsverbände auf Grund einer stetigen Konzentrationsbewegung seit der Vorkriegszeit beträchtlich abgenommen. Die Zahl der Verbände verringerte sich von 1933—1939 von 1081 auf 1018 und betrug Ende 1947 730. Diese Verringerung wurde vor allem durch die Zusammenfassung der zahlreichen Kohlenarbeiter-Gewerkschaften in der „National Union of Mineworkers" und den Zusammenschluß der Einzelverbände der Staatsangestellten bewirkt.

Die Schlagkraft der Gewerkschaften wurde durch diesen Zusammenschluß stark gehoben. Ende 1947 entfielen etwa 90,9% aller Gewerkschaftsmitglieder auf 84 Verbände, die über 10 000 oder mehr Mitglieder verfügten. Nicht weniger als 6,15 Mill. Personen (= 67,4% aller Gewerkschaftsmitglieder) waren in 17 Verbänden von 100 000 oder mehr Mitgliedern organisiert. Daneben war die Zahl der Splitterverbände immer noch groß. So bestanden 367 Verbände (oder 48,9% aller registrierten Berufsorganisationen) aus je 500 oder weniger Mitgliedern, die zusammen nur 0,7% aller organisierten Personen umfaßten. Bei diesen Splitterverbänden, über die das Amtsblatt des Arbeitsministeriums keine näheren Erläuterungen gibt, dürfte es sich wahrscheinlich um Organisationen der freien Berufe und um ähnliche Spezialverbände handeln, die nicht als Gewerkschaften im eigentlichen Sinne des Wortes zu betrachten sind.

Die Unterstützung der Regierungspläne durch den Generalrat der Gewerkschaften, den Trades Union Congress, ist besonders wichtig in einer Zeit, in der die nötige Produktionssteigerung nicht mehr durch das Hineinpumpen — jetzt fehlender — größerer Menschenmengen in den Produktionsprozeß, sondern bei herrschender Vollbeschäftigung nur noch durch besondere Maßnahmen der Produktivitätssteigerung erreicht werden kann, über deren angestrebte Verwirklichung wir unsere Leser fortlaufend unterrichtet haben. Auch für die Frage der Stabilisierung von Löhnen und Preisen und damit für die Wiederherstellung eines normalen, gesunden und befriedigenden Lebensstandards der Bevölkerung ist die verständnisvolle Mitarbeit des T.U.C. auch weiterhin für die Regierung unentbehrlich.

Die Lage der Steinkohlengruben

Wie bereits vor einigen Wochen vorauszusehen war, ist das Programm der britischen Regierung für die Steinkohlenförderung im Laufe des Jahres 1948 nicht vollständig durchgeführt worden. Die Tagebau-Betriebe, die nur 8% der gesamten Förderung liefern, haben zwar ihr Fördersoll um eine Mill. t überschritten und die Untertage-Betriebe 3,5 Mill. t mehr gefördert. Die Gesamtförderung ist jedoch um 2,9 Mill. t hinter dem Soll von 211 Mill. t zurückgeblieben. Im Gegensatz hierzu ist das Ausfuhrziel mit 16 Mill. t, von denen 13 Mill. für Europa bestimmt waren, überschritten worden.

Unter Berücksichtigung dieses Ergebnisses fragt man sich in britischen Wirtschaftskreisen, ob das Fördersoll von 230 bis 260 Mill. t im Jahre 1952 nach dem britischen Vierjahresplan nicht zu hoch gesteckt ist. Der Hauptgrund, warum das Soll für 1948 nicht voll erreicht wurde, liegt darin, daß der Anwerbefeldzug für Bergarbeiter nahezu völlig gescheitert ist.

Die Zahl der Bergarbeiter sollte nach den bisherigen Schätzungen am Ende des vergangenen Jahres auf 750 000 gesteigert und gegenüber 1947 um 32 000 erhöht werden. Beschäftigt sind aber nur 725 000 Bergarbeiter. Trotzdem der Bergarbeiter der bestbezahlte Arbeiter in Großbritannien ist, trotz der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Ausrüstung und trotz der Verstaatlichung bilden die Kohlengruben keinen Anziehungspunkt für den englischen Arbeiter.

Zur Zeit beträgt die förderträgliche Arbeitsleistung eines Bergarbeiters 1,12 Tonnen, d. h. 0,03 t mehr als 1947. Bei dieser Leistung und der gleichen Zahl der Arbeiter wäre es nach Ansicht wirtschaftlicher Kreise Überraschend, wenn die Kohlenförderung im Jahre 1952 über 235 Mill. t hinausginge.

Der britische Vierjahresplan sieht für 1952 eine Förderung von 250—260 Mill. t vor, „um nicht nur den erhöhten Bedarf der britischen Industrie zu decken, sondern auch Europa unabhängig zu machen von der amerikanischen Kohle, die im Jahre 1947 rund 537 Mill. Dollar, im Jahre 1948 noch 275 Mill. Dollar (ohne Transportkosten) kostete".

Zur Erreichung dieses „wesentlichen Zieles" des europäischen wirtschaftlichen Wiederaufbaues müßten bald neue Verfahren und Mittel gefunden werden, um die britische Steinkohlenförderung in die Höhe zu treiben.

Verbesserung der Handelsbilanz

Der britische Schatzkanzler Sir Stafford Cripps erklärte am 13. 1. 49, daß das Defizit der britischen Handelsbilanz im Dezember 1948 auf den niedrigsten Stand gesunken sei, der seit Januar 1947 zu verzeichnen gewesen sei. Für das ganze Jahr 1948, so erklärte der Schatzkanzler, beläuft sich dieses Defizit auf 433 Mill. Pfund Sterling, davon nur 183 Mill. in der zweiten Hälfte des Jahres. Diese Verbesserung zeigt, daß sich Großbritannien auf dem Wege zum Ausgleich seiner Zahlungsbilanz befindet.

Dieses günstige Ergebnis ist auf die lebhaften Bemühungen um eine Steigerung der Produktion und auf scharfe Verbrauchsbeschränkungen zurückzuführen. Daneben haben aber auch die Hilfe der Vereinigten Staaten in Form von Darlehen und Lieferungen im Rahmen des Marshallplans dazu beigetragen. Im Jahre 1949 wird eine der wichtigsten Aufgaben Großbritanniens darin bestehen, seine Ausfuhr nach Ländern mit starken Devisen zu steigern, und zwar vor allem nach den USA, ferner auch nach Kanada, Argentinien, Belgien und der Schweiz. Im Jahre 1948 hat Großbritannien mehr Rohstoffe und weniger Lebensmittel und Tabak aus dem Ausland bezogen als in früheren Jahren. Ein Drittel der Einfuhr stammte aus der westlichen Erdhälfte, gegenüber 50% im Jahre 1947. Damit ist das Vorkriegsverhältnis einigermaßen wieder hergestellt. Infolge der Dollar-Knappheit mußte die gesamte Einfuhr allerdings nur 80% der Vorkriegs-Importe aus.

•

Der Rückgang der britischen Gold- und Dollarreserven im Raum der Sterling-Währung war im Jahre 1948 um 60% geringer als im Vorjahr. Großbritannien begann das neue Jahr mit Gold- und Dollarreserven von 437 Mill. Pfund Sterling.

Absatzmöglichkeiten in den USA

Die Aussichten britischer Fabrikanten auf Absatz in den USA sind sehr gut, erklärte der britische Handelssachverständige in den USA, Neville Bland, nach einer siebenmonatigen Reise durch die USA.

Die britischen Fabrikanten und Kaufleute müßten seiner Ansicht nach jedoch noch sehr viel sorgfältiger Preise, Muster und Qualitäten ihrer Waren beobachten und den Gewohnheiten des amerikanischen Marktes anpassen. Vor allem die Preise müßten so niedrig wie möglich gehalten werden. Die britischen Exporteure sollten sich stets vor Augen halten, daß sie mit den eifrigsten und besten Händlern der Welt zu konkurrieren hätten. Waren können nicht mehr allein wegen des britischen Firmennamens in den USA verkauft werden, die Zeit sei vorbei. Außerdem müßten sich die britischen Exporteure noch viel mehr um die kleinen „Vorlieben" und „Abneigungen" der Amerikaner kümmern, die Gewohnheiten des Amerikaners zu verstehen suchen und auf sie eingehen. Dabei dürfte natürlich keineswegs die Qualität gesenkt werden. Nichts würde verhängnisvoller für die britische Ausfuhr sein als Qualitätsminderungen.

Die Amerikaner seien vor allem interessiert an Porzellan, Kraftwagen, Motorrädern, Fahrrädern, landwirtschaftlichen Maschinen, Spielzeug, chirurgischen Instrumenten, Tropenkleidung, Qualitätskleidung, Spezialmaschinen zur Zuckerherstellung, für die Papierindustrie und für Druckereien, Schokolade und Whisky.

Auch mit den unsichtbaren Transporten wie Frachtführerleistungen, Versicherungen und Banken, habe Großbritannien in der Vergangenheit gute Erfolge erzielt und würde damit auch in Zukunft noch erhebliche Einnahmen erzielen können.

Die Tabakkäufe in den USA

Das Ausbleiben der britischen Kundschaft beunruhigt die amerikanischen Tabakpflanzer. Im vergangenen Jahre hat England in den USA nur etwa 70 Mill. Kilo Tabak gekauft, gegenüber einem Jahresdurchschnitt von etwa 100 Mill. Kilo vor dem Kriege. Damit ergibt sich für die amerikanischen Pflanzer das schwierige Problem, wie die Überschüsse untergebracht werden sollen; denn, einem Sprecher der britischen Regierung zufolge, können die anderen Absatzmärkte die gesamten Vorräte nicht aufnehmen.

Mit Rücksicht auf die in der ganzen Welt herrschende Dollarknappheit und das Bestreben der britischen Regierung, den Tabakanbau in den britischen Kolonien zu heben und den inländischen Verbrauch einzuschränken, wird die Lage von Tag zu Tag verwickelter. Im Laufe des kommenden Monats werden über diese Frage zwischen den amerikanischen Behörden und den britischen Interessenten in London Verhandlungen stattfinden. Die USA hegen offenbar den Wunsch, daß Großbritannien mehr einkauft, wenn nötig, im Rahmen des Marshallplanes. Nach Ansicht der britischen Behörden jedoch könnte dies nur zum Nachteil der amerikanischen Erzeugnisse geschehen, die für den Wiederaufbau der britischen Wirtschaft notwendig sind. Es ist freilich möglich, daß diese Frage in Verbindung gebracht wird mit den Erleichterungen, die die amerikanischen Behörden den britischen Erzeugnissen auf dem amerikanischen Markt einräumen wollen.

2 Mill. t Stahldefizit in Europa

Die Wirtschaftskommission der UNO rechnet für das vergangene Jahr mit einem Stahldefizit von 2 Mill. t in Europa. Der von dieser Organisation herausgegebene Bericht macht hierfür den Schrottmangel in Europa verantwortlich. Dieser Mangel wiederum ist eine Folge des Fehlens der europäischen Vorkriegszufuhren an Schrott, die aus den USA allein im Jahr etwa 1,5 Mill. t betrugen. Gleichzeitig unterliegt der innereuropäische Schrotthandel gegenwärtig starken Hemmungen und große Mengen europäischen Schrotts werden nach überseeischen Märkten, besonders nach den USA verschifft.

Um den Bedarf der europäischen Stahlindustrie zu decken, hätten 1948 etwa 3 950 000 t Schrott verfügbar sein müssen. Es standen aber nur 2 045 000 t zur Verfügung, von denen noch ein Teil nach den USA und nach der Sowjetunion gingen. England benötigte etwa 1 040 000 t an Importen, Italien 775 000 t und Belgien und Luxemburg 625 000 t.

Der größte Schrotteexporteur war 1948 Westdeutschland, das etwa 1 200 000 t exportierte. Schätzungen nehmen an, daß in Westdeutschland etwa 10 bis 15 Mill. t Schrott in Form zerstörter Brücken, Eisenbahnwaggons und aus anderen Kriegszerstörungen liegen, die jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur schwer erfaßt werden können. Der Bericht der Wirtschaftskommission rechnet damit, daß das Stahldefizit auch 1949 in gleichem Ausmaß bestehen bleiben wird, und daß nur unter den größten Anstrengungen eine ausreichende Schrottversorgung bis 1951 wird sichergestellt werden können.

Um dieses Ziel zu erreichen, müßten in Europa jährlich rund 8 Mill. t Schrott aufgebracht werden, oder 22% mehr als vor dem Krieg. Man hofft in England 3,5 Mill. t zu sammeln und in Westdeutschland 2,4 Mill. t. Die übrigen europäischen Länder müßten also einschließlich Frankreich und Italien die restlichen 3 Mill. t aufbringen.

Kanada braucht Stahl — aus Europa

Ottawa. Nach den Schätzungen des statistischen Nationalamtes wird die kanadische Stahlproduktion in diesem Jahre die Rekordziffer von 3 Mill. t erreichen, während die Kapazität der kanadischen Stahlwerke vor dem Kriege nur 2,3 Mill. t betrug.

Kanada müßte aber aus den Vereinigten Staaten in dem gleichen Zeitraum 950 000 t Stahl einführen, um die Lücke zwischen dem Bedarf und den verfügbaren Vorräten auszufüllen. Da die Stahlausfuhr aus den Vereinigten Staaten zwecks Bildung strategischer Vorräte gedrosselt worden ist, weist das statistische Amt die Industriellen darauf hin, von der Ausweitung der kanadischen Stahlwerke hänge jetzt der Erfolg des wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms für Europa ab, das vor dem Kriege große Mengen Stahl nach Kanada ausführte.

Eine Rückkehr zu diesem Stand der Dinge würde, so wird in der Mitteilung hervorgehoben, bedeuten, daß nicht nur der kanadische Bedarf sichergestellt, sondern auch die schwierige Frage des Ausgleichs der Zahlungsbilanz zwischen Kanada und Europa gelöst wird.

China-Antimon und -Wolframerz

Die letzte Entwicklung in China läßt erwarten, daß die Versorgung der Welt mit zwei so wichtigen Metallen wie Antimon und Wolfram, denen zudem noch große kriegswirtschaftliche Bedeutung zukommt, nicht unbeeinflußt bleiben wird. Die Herabsetzung des Wertes des neuen Gold-Yuan von 4 auf 20 Yuan für einen USA-Dollar durch die chinesische Nationalregierung hat den Glauben an die Stabilität des chinesischen Regimes schwer erschüttert. Das drückte sich u. a. auch in einer fühlbaren Verringerung des Angebots an Antimon und Wolframerz aus. Der Handel sowohl wie die Erzeuger ziehen es vor, unter den gegenwärtig sehr unsicheren Verhältnissen stärkste Zurückhaltung zu üben. In dem Maße, in dem sich die Kämpfe den südchinesischen Minengebieten und dem Hauptausfuhrhafen für Antimon und Wolframerz, Schanghai, nähern, ist mit einem immer mehr in Erscheinung tretenden Rückgang des Angebots zu rechnen.

Vor dem Krieg, im Jahre 1938 betrug der Anteil Chinas an der Weltwolframerzförderung rund 40% und an der Antimongewinnung 23%. Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges hatte dann die Nachfrage nach diesen beiden Metallen außerordentlich steigen lassen, und es kann nicht überraschen, daß England und besonders die USA den Versuch machten, sich trotz der japanischen Anfangserfolge in Ostasien, sich chinesische Lieferungen zu sichern. Es hieß im Jahre 1941, daß ein Beauftragter Roosevelts mit der Tschungking-Regierung für die Gewährung einer Anleihe von 100 Mill. Dollar einen Vertrag abgeschlossen hatte, der den USA die Ausbeutungsrechte auf die noch nicht erschlossenen Erzvorkommen in Zentral- und Südchina sicherte. Man hat dann sicher versucht, nach der Wiedereröffnung der Burmastraße während des Krieges, die wertvollen chinesischen Antimon- und Wolframerzlieferungen unter Ausschaltung des bisherigen Handelsweges zu erlangen, doch hat die chinesische Industrie dieser beiden Metalle, wie nach dem Krieg veröffentlichte Zahlen zeigen, keine besondere Kriegskonjunktur erlebt.

Die chinesischen Wolframerzvorkommen befinden sich in der Hauptsache in der Provinz Kiangsi, aber auch in den Provinzen Kwantung, Hunan und Kwangsi. Die Schätzungen der vorhandenen Reserven schwanken sehr. Sie wurden nach einem amtlichen Bericht vor Jahren mit 1 Mill. t angegeben. Nach neueren Schätzungen sollen sie jedoch mindestens 2 Mill. t betragen, wobei nur die Ablagerungen in geringer Tiefe berücksichtigt sind. Die Wolframerzerzeugung Chinas unterlag schon in den Jahren vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges starken Schwankungen. Die Produktion betrug 1931 beispielsweise 8590 t, 1932 jedoch nur noch 3210 Tonnen. Sie stieg bis 1935 erneut auf 7000 t und betrug 1936 7638 t. Die kommende Rüstungskonjunktur drückte sich aber in den Ausfuhrzahlen aus. 1937 waren es nicht weniger als 17 895 t und 1938 immerhin noch 13 587 t. Bis 1941 war die Förderung auf 9000 t gestiegen, ging aber bis 1944 erneut auf 1186 t zurück. Die Ausfuhren, die 1941 bis auf 1300 t gefallen waren, stiegen 1942 auf 8133 t, 1943 weiter auf 11 848 t. Sie betrugen 1944 8845 t und 1945 4850 t. Der Anteil der chinesischen Wolframerzförderung an der Weltproduktion ist in den Kriegsjahren bis 1943 auf rund 23% gesunken, stellte damit aber immer noch einen beachtlichen Anteil.

Das zweitwichtigste Metall der chinesischen Wirtschaft ist das Antimon. Die vorhandenen Reserven werden auf nicht weniger als 3,5 Mill. t geschätzt, wovon allein rund 90% auf die Provinz Hunan entfallen. Die chinesische Antimongewinnung unterlag gleichfalls sehr starken Schwankungen. Von 18 272 t im Jahre 1935 ging sie auf 17 272 t im Jahre 1936 und 15 240 t im Jahre 1937 zurück. Auch die Ausfuhren sanken von 17 312 t im Jahre 1936 auf 15 388 t im Jahre 1937, 7983 t im Jahre 1938 und 6780 t im Jahre 1939. Während des Krieges ging die chinesische Antimongewinnung weiter zurück. Sie betrug 1942 noch 3455 t, 1943 jedoch nur noch 421 t und 1944 550 t. Dafür hatten sich als Erzeuger andere Länder, wie Bolivien und Mexiko in den Vordergrund geschoben. In beiden Metallen ist von jeher in China ein starker Schmuggel getrieben worden, als man versuchte, ein Regierungsmonopol auf die Gewinnung einzurichten. Der Anteil Chinas an der Weltantimongewinnung ist in den Kriegsjahren noch stärker gesunken als die Wolframerzgewinnung.

Die chinesischen Antimonerz- und Wolframerzvorkommen stellen natürlich trotzdem einen wertvollen Schatz an kriegswichtigen Mineralien dar, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sowjetunion mit den fortschreitenden Erfolgen der kommunistischen Armeen ihr Augenmerk immer stärker auf die chinesischen Bodenschätze richtet. Die amerikanische Fachzeitschrift „Iron Age" bemerkt zu diesem Thema: „Für den Beobachter, der mit den Problemen der Versorgung mit rüstungswirtschaftlichen Rohstoffen vertraut ist, kann es keinen Zweifel geben, daß die Sowjetunion die Berliner Frage nur als Sauerteiglager benützt, um ihren Zielen in der Mandschurei, in Korea, in China, Burma und Indien nachzugehen, insbesondere sich der dort lagernden Vorräte an rüstungswichtigen Mineralien wie Wolframerz, Molybdän, Zinn und anderen wertvollen Mineralien zu bemächtigen." Dieses ungeheure Gebiet bildet eine vortreffliche Ergänzung rohstoffmäßiger Art zu den Industrieplätzen der Sowjetunion in Sibirien und im Fernen Osten.

Störung im französischen Außenhandel

Wie von uns bereits gemeldet wurde, hat die belgische Regierung die Einstellung der Warenausfuhr jeglicher Art nach Frankreich für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März verfügt. Die Verfügung will Frankreich die Bildung französischer Guthaben in Belgien ermöglichen, da sich erwiesen hat, daß der französische Exporteur zur Begleichung der belgischen Einfuhr nach Frankreich nicht ausreicht. Einem Bericht unseres Luxemburger Korrespondenten entnehmen wir, daß eine ähnliche Verfügung auch für Luxemburg besteht. Die Maßnahme stellt sich als unmittelbare Folge des Scheiterns der im vergangenen Oktober zwischen Frankreich und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion aufgenommenen und Ende Dezember ergebnislos abgebrochenen Handelsbesprechungen dar. Die Ausführungen unseres Korrespondenten, die Anspruch darauf erheben dürfen, für die Beurteilung der bedauerlichen Störung im Wirtschaftsverkehr Frankreichs bei den belgisch-luxemburgischen Partnern, kennzeichnend zu sein, sind von allgemeinem Interesse und seien daher in ihren wesentlichen Teilen wiedergegeben.

Die Ursache der bedauerlichen Entwicklung erblickt unser Korrespondent in der Erschöpfung des französischen Devisenschatzes und darin, daß das Kompensationsgeschäft nicht recht in Fluß kommen könne, weil Frankreich nicht genügend Ware biete, für die der belgisch-luxemburgische Markt Interesse habe. Der Absatz der „klassischen" französischen Erzeugnisse, feine Luxuswaren, Parfüms, Seifen u. a. — so heißt es in dem Bericht weiter (der hier auch an die Behinderung der französischen Einfuhr nach England erinnert) — wird immer schwieriger. Auf Weinen und Likören liegen so hohe Steuern, daß sie fast unverkäuflich geworden sind. Die belgisch-luxemburgischen Vertreter hatten ihr Augenmerk auf die neuen französischen Kleinwagen gerichtet, die dem deutschen Volkswagen Konkurrenz machen sollen. Doch auch dieses Geschäft scheiterte; man mußte sich im Kompensationsverfahren schließlich mit einigen Luxusautos begnügen, für die ebenso wenig ein Bedürfnis besteht, weil der Markt gesättigt ist. Im Sommer hatte der gewaltige Touristenstrom nach Frankreich eine Einnahme von 1,5 Mrd. bfr. gebracht, doch zehrte der Herbststreik diesen Devisenvorrat wegen des starken Exportausfalls wieder auf. Frankreich zahlt monatlich 175 Mill. bfr. an die belgischen Grenzgänger, die als Arbeiter im Norden Frankreichs umsetzbehrlich sind. Die Antwerpener Hafengebühren verschlingen im Monat 50 Millionen. Dazu kommen die Löhne der belgischen Saisonarbeiter, besonders in den nordfranzösischen Zuckerrübenfeldern, mit denen die französische Regierung noch im Rückstand ist.

Die Devisen versickern

Von diesen den Wirtschaftsverkehr zwischen Frankreich und den nördlichen Nachbarländern belastenden Umständen abgesehen, ergaben sich auch Hindernisse, die aus einer der Sache abträglichen Mentalität der französischen Exporteure zu erklären sind. „Das schlimmste Kapitel" — schreibt hierzu unser Korrespondent — „ist aber das der französischen Exportindustrie selber". Es ist eine alte Weisheit, daß die französische Ausfuhr viel weniger Devisen einbringt, als sie wertmäßig einbringen müßte. Der französische Exporteur wendet tausend Listen an, um sich einen erklecklichen Teil der Devisen zu sichern, und diesen letzten Hort im Ausland zu lassen. Wie sollen die französischen Kontrollstellen hinter all die Schliche kommen? Allein die genaue Überprüfung der Rechnungen, die sozusagen alle gefälscht sind, würde eine „Armee von Sachverständigen" erfordern, so meint die Belga-Agentur. Wenn durch Zufall ein Schwindel nicht möglich sein sollte, so sieht es der französische Exportkaufmann in der Regel vor, das Auslandsgeschäft überhaupt nicht zu machen; ihm sind seine guten Waren lieber als die Papierfranken. Mit Recht wird in der Belga-Mitteilung betont: Das Problem ist letzten Endes ein politisches. Das mangelnde Vertrauen der französischen Wirtschaft in den eigenen Franken ist an allem Unglück schuld. Wenn durch ein Zaubermittel die Rente stiege und das Gold sänke, wäre auch das Problem des französischen Außenhandels weitgehend gelöst. So aber muß man Frankreich sich verschnaufen lassen, auf die 19 Millionen Marshall-Dollar hoffen, die im April frei werden, und auf die Neubelebung des Tourismus im nächsten Frühjahr. Gewiß hat Belgien im Verlaufe der letzten Wirtschaftsverhandlungen weitere Kredite angeboten, obschon die Kreditschuld Frankreichs in belgischen Franken schon sehr hoch ist; aber Frankreich wollte nicht tiefer in die Kreide kommen und lehnte die Kredite ab, immerhin ein seltener Fall von handelspolitischer Ehrlichkeit."

Süddeutscher
Spinnweber-Verband G. m. b. H.
Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)
Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Wirtschaft der österreichischen Ostzone

Von unserem Wiener Korrespondenten

Wien, Mitte Januar. Auch Österreich hat seine von den Russen besetzte Ostzone und in Wien seine Viersonenstadt. Es sind aber andere Wirtschaftsgegebenheiten als in der Ostzone Deutschlands. Österreich hat ja eine Zentralregierung (mit, gemessen an deutschen Behörden, sehr großen Souveränitäten) es ist eine Währungs- und Wirtschaftseinheit, die Zonengrenzen hemmen weder Reisen noch Warentransporte.

Trotzdem hat auch die österreichische Ostzone ihre besonderen, schwereren Wirtschaftsprobleme. Vor allem ist hier nur ein Teil der gewerblichen Wirtschaft eigentlich österreichisch, denn die große Gruppe von Unternehmen, die als ehemals „deutsches Eigentum" nach den sehr unklaren Potsdamer Beschlüssen unter Sowjetverwaltung gekommen sind, bilden einen Staat im Staate; sie verkaufen ohne Kontrolle gewerbliche Güter, sie treiben auch ihren eigenen Außenhandel (was konkret heißt, daß z. B. vom Zistersdorfer Öl für Österreich selbst nur ein kleiner Teil zur Verfügung steht). Diese Betriebe sind nach der Dachgesellschaft als „USIA-Unternehmen" bekannt, doch sind die Gruppen der Erdölbetriebe in einer eigenen Gesellschaft zusammengeschlossen („OROP").

Die Ostzone hat die größten Kriegsschäden, hier wurden nach 1945 am meisten Maschinen abtransportiert, von hier ging eine Abwanderung vor sich, welche die Wirtschaft schwächte. Nun sind naturgemäß über die Wirtschaftsentwicklung dieser Ostzone auch weniger Berichte zu erhalten als über die anderen österreichischen Gebiete. Deshalb stellt eine Veröffentlichung der Handelskammer Niederösterreich hier eine sehr beachtliche Information dar. Wenn auch Niederösterreich nur ein Teil der sowjetischen Besatzungszone Österreichs ist (sie reicht ja durch die Provinz Oberösterreich weiter bis an die Ennsbrücke), so ist es doch der Bericht über den wesentlichen Teil der Ostzone und die Folgerungen sind für die ganze Zone zu verallgemeinern.

Wir geben auf Grund dieser authentischen Zahlen und Mitteilungen eine Darstellung der Industriesituation in Niederösterreich (auch die Randgemeinden Wiens, aber nicht das Kernstück der Stadt Wien einschließend). Die Darstellung ist umso bemerkenswerter, als sie jeweils durch Vergleichszahlen für andere Bundesländer ergänzt werden konnte, also die gegenwärtige regionale Schichtung ebenso wie die regional-bestimmten Entwicklungstendenzen in der österreichischen Wirtschaft aufzeigt.

Von 430 000 Beschäftigten in der österreichischen Industrie sind 85 000 in Niederösterreich tätig, also etwa ein Fünftel. In Niederösterreich sind 6,7 % der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt (gegen 8,7 % in Vorarlberg, 6,9 in Steiermark und 7,2 % in Wien). In allen österreichischen Bundesländern waren 1947 mehr Menschen in der Industrie beschäftigt als zehn Jahre vorher. Es ist nach 1938 und dann noch einmal nach 1945 besonders in einigen Bundesländern sehr viel Werkskapazität zugewachsen. Mißt man nach der Zunahme der Industriebeschäftigten (in Prozenten des Bestandes von 1937) so kommt man auf folgende Vergrößerungssätze: Oberösterreich 196 %, Salzburg 74 % und Kärnten 52 %; es folgen dann Tirol mit 45 %, Steiermark mit 38 % und erst an sechster Stelle Niederösterreich mit 34,2 %. Eine geringere Zunahme ergibt sich bei Wien mit 20 %, beim Burgenland mit 13 % und bei Vorarlberg mit 5 %.

Der Bericht erwähnt als eine der Ursachen für die Anteilveränderung die im Zusammenhang mit der Bevölkerungsverschiebung von 1945 und gewissen Warenverlagerungen erfolgte (als vorübergehend bezeichnete) Abwanderung eines Teiles der Industriearbeiterschaft. Demgegenüber wird aber die unverändert große, absolute Bedeutung der niederösterreichischen Industrie betont, die besonders darin zum Ausdruck kommt, daß viele Bergbauprodukte nur in Niederösterreich gefördert, viele Industriegüter nur dort hergestellt werden. So nennt man eine Reihe bezeichnender Beispiele: In der Produktion stellt Niederösterreich einen Anteil an der österreichischen Gesamterzeugung von 100 % in Buchdruckmaschinen, Ceresinwachs und Ozokerit, Christbaumschmuck, Cord, Erdöl, feinste Garne, Fittings, Flachglas, Glasdachkonstruktionen, Klingerit-Dichtungen und -Bremsbelag, Kreiselpumpen, Kugelketten, Kunstseide, Kupferbleche, Linoleum, Wachstuch und Kunstleder, Magnete, Matritzenpappe, Metallfolien, Metallsägen, Pottasche, Radiatoren aus Gußeisen, Scheren, Schirmmaschinen, Schreibfedern, spitzenlose Schleifmaschinen, Stangenscharnieren, Stahlflaschen, Stahlsand, Teckse, Tender, Temperguß, Trockenhefe, Walzenstühle. Die Produktion an Steinkohle ergibt 93 %, Gummiwaren 90 %, Leim 90 %, Rasierklingenbandstahl 90 %, Papiermaschinen 85 %, Drahtseile 80 %, Heu-, Dung- und Kartoffelgabeln 90 %, Schuhleisten 80 %, Feinbleche 78 %, Feilen 70 %, Grobschrauben 70 %, Turbinen 70 %, Zucker 70 %.

Die Zeit nach 1938 hat eine starke, recht oft aufgezwungene Einflußnahme deutschen Kapitals gebracht. Ergaben sich so zwar an sich sehr wertvolle Werkszuwächse, so sind gerade solche Unternehmen als sogenanntes „deutsches Eigentum", wie schon erwähnt, nach 1945 unter sowjetische Verwaltung gekommen. Auch sonst hat die Zeit zwischen 1938 und 1945 große strukturelle Veränderungen gebracht. Die Rationalisierung ist nach dem Grundsatz der Arbeitsteilung in einem größeren Staat erfolgt und im Zusammenhange damit stand die Stillegung zahlreicher Produktionszweige. In der Kriegsproduktion waren Fragen der Rentabilität, der Gewinn- und Verlustrechnung, der dauernden Absatzsicherung usw. außer acht geblieben. Ein gleiches habe auch für Neuanlage und Ausbau verschiedener Unternehmen gegolten. Es handelt sich hier vor allem um die großzügige Ausweitung der Erdölförderung und -raffinerie im Raum von Zistersdorf, in Korneuburg und in der Umgebung von Wien, ferner um den Ausbau der seit dem ersten Weltkrieg bestehenden Wiener Neustädter Flugzeugwerke zu dem während der deutschen Besetzung weitaus größten industriellen Unternehmen Niederösterreichs mit 23 000 Arbeitern, der Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik, der Enzesfelder Metallwerke AG., der Firma Martin Miller AG. in Traismauer, der Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG. in Ternitz, der Berndorfer Metallwarenfabrik AG usw. Neuanlagen wurden insbesondere in Fischamend (Flugzeugwerke), in Wiener Neudorf (Flugmotorenwerke Ostmark), bei St. Valentin (Nibelungenwerk für die Panzerproduktion), auf dem Gelände der früheren Wiener Neustädter Lokomotivfabrik (Raxwerke GmbH.) und in Gmünd (Landwirtschaftliche Kartoffelverwertungs-AG.) geschaffen. Eine Reihe von Großprojekten blieb unvollendet, wie das Leichtmetallwerk Moosbierbaum, das Aluminiumwerk Berg, das Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug und verschiedene unterirdische Anlagen.

Nicht in die Rüstungsproduktion einbeziehbare Industriezweige wurden allgemein vernachlässigt; man entzog ihnen in steigendem Maße Arbeitskräfte, verwehrte jede Möglichkeit der Erneuerung des Maschinenparks und schmälerte die Rohstoffgrundlage. Viele Betriebe wurden in den Jahren 1942 bis 1944 stillgelegt und in die Räumlichkeiten ausgebombte oder neuerrichtete Rüstungsbetriebe eingewiesen, wobei die ursprünglich vorhandenen Maschinen entfernt und in vielen Fällen unsachgemäß aufbewahrt wurden.

Die Industrie in Niederösterreich hat besonders starke Verluste durch den Krieg erlitten. Weitere Schäden entstanden durch Verluste an Werkzeugen, Rohstoffen, Fertigwaren.

Für die Produktionsvergleiche wird auf einen wesentlichen (sonst oft vergessenen) Umstand eindrücklich hingewiesen: vielfach werden die Jahre 1934 oder 1937 für Vergleiche herangezogen. Als letztes Normaljahr im Sinne einer annähernden Höchstbeschäftigung kann aber nur 1929 herangezogen werden! Für Kapazitätsnutzungsvergleiche kann wieder nur die derzeit vorhandene maschinelle Einrichtung herangezogen werden, also nach den Maschinenverlusten des Jahres 1945. Eine volle Kapazitätsnutzung melden in Niederösterreich von insgesamt 2200 nur etwa 70 Industriebetriebe. Und, was noch schwerer wiegt, nur etwa 209 Betriebe (weniger als ein Zehntel) melden eine Kapazitätsnutzung zwischen 51 und 99 %. Die anderen Betriebe können nur weniger als 50 %, ein Drittel aller Betriebe muß sogar weniger als 25 % Nutzung melden. Die besser ausgenutzten Betriebe sind die größten, die schlecht genützten die kleinsten (vor allem Sägewerke).

Die Verteilung der Kapazitätsausnützung innerhalb der einzelnen Industriezweige entspricht im allgemeinen dem oben wiedergegebenen Gesamtbild. Bei der Metallindustrie z. B. ist kein Betrieb vorhanden, der eine höhere als 50 %ige Kapazitätsausnützung meldet, in großen Industriezweigen (z. B. Eisen- und Metallwarenindustrie und Maschinenindustrie) sind es nur einzelne Unternehmungen, die voll beschäftigt sind. Bei den genannten Zweigen liegt der Schwerpunkt um etwa 50 %.

Ein besonders wesentlicher Abschnitt behandelt die produktionshemmenden Faktoren. Es wird der Verlust von Maschinen in der Nachkriegszeit erwähnt (z. B. 46 000 Werkzeugmaschinen insgesamt in Österreich, wodurch dieser Bestand um 11 000 unter 1937 sinkt). Es wird der jahrelange Mangel an Rohstoffen, Hilfsmaterial, Brennstoffen, Strom usw. dargestellt, die Unterernährung, der Mangel an Bekleidung und Schuhen und Sonderumstände wie der weitaus überhöhte Stand an Angestellten. Es wird aber dazu betont, daß es sich um Erscheinungen handelt, die auch nach dem ersten Weltkrieg wirksam waren.

Von den niederösterreichischen Industriebetrieben beschäftigten 1484 weniger als 20 Menschen; von den 696 größeren Unternehmen liegen 251 in den drei Bezirken Neunkirchen, Wiener Neustadt, Baden und in den Randgebieten von Wien. Bedeutsam sind in diesem Raum noch die Bezirke St. Pölten (78 Betriebe), Gmünd (49) und Amstetten (41.) Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild: 176 Unternehmungen (das sind 8,1 %) beschäftigten mehr Arbeitnehmer als die übrigen (das sind 91,9 %). 10 Großunternehmungen geben fast dreimal so viel Menschen Beschäftigung als 1484 Kleinstbetriebe.

USA-Weißblech erobert den Weltmarkt

Die englische Fachzeitschrift „The Metal Bulletin" wies kürzlich darauf hin, daß in den USA trotz einer verschiedentlich zutage getretenen Stahlknappheit Ende des vergangenen Jahres, die Weißblecherzeugung immer neuen Rekordhöhen zustrebt. Auch die Zinnversorgung der Weißblechindustrie scheine ausreichend zu sein, obwohl immer wieder von einer Knappheit an Zinn im Weltmaßstab berichtet wird, und das amerikanische Stockpiling-Programm offenbar bedeutende Mengen absorbiert. Man führt dies auf die Anwendung der elektrolytischen Verzinnung zurück, bei der der Zinnverbrauch im Gegensatz zum Tauchverfahren erheblich geringer ist. Rund 50 % der amerikanischen Weißblecherzeugung entfallen heute schon auf die elektrolytische Verzinnung, und der Anteil steigt ständig.

Die amerikanische Weißblechindustrie, vor dem Kriege nicht in nennenswertem Maße am Export interessiert, hat während des Krieges und besonders nach dem Krieg ihre Ausfuhren bedeutend erhöht, und ist in die früher von England und Deutschland belieferten Märkte eingedrungen. Etwa 20 % der amerikanischen Ausfuhren gehen heute nach europäischen Ländern und weitere 30 % nach den Ländern des britischen Weltreichs einschließlich Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika. 25 % werden von Zentral- und Südamerika aufgenommen und die verbleibenden 15 % gehen nach anderen Ländern. Man glaubt in England, daß sich die amerikanischen Weißblechlieferungen nach Europa unter dem Marshall-Plan in der kommenden Zeit weiter erhöhen und 1948 bei insgesamt steigender amerikanischer Ausfuhr etwa 25 % der Gesamtausfuhren erreichen werden. In Pittsburg (Kalifornien) wurde ein neues Weißblechwerk mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 300 000 sh/t in Betrieb genommen, das von der US-Steel Company in Utah mit Blech versorgt wird.

Es ist verständlich, daß die englische Weißblechindustrie, die gegenwärtig mit den verschiedensten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so mit den Sozialisierungstendenzen in der englischen Schwerindustrie, und die zudem nur über einen vollständig veralteten Erzeugungsapparat verfügt, diese Entwicklung mit einiger Besorgnis betrachtet. „Metal Bulletin" weist darauf hin, daß sich die Erzeugung in der letzten Zeit zwar gehoben habe und die Ablieferungen größer geworden sind, doch erwartete es für das letzte Quartal 1948 nur eine Gesamtproduktion von etwa 200 000 t. Das Blatt meint, daß die Erzeugung 1949 beträchtlich gesteigert werden müsse, wenn die vorgesehenen Exportziele erreicht werden sollen, ohne drastische Einschränkungen des heimischen Verbrauchs vorzunehmen.

Italien: Land der Streiks

Italien hat wohl den zweifelhaften Ruhm, sich in Europa zum klassischen Land der sozialen Auseinandersetzungen zu entwickeln. Wo man hinsieht, wird gestreikt. Generalstreik in Padua, Bari und in der Toscana; mal sind es die Bergarbeiter auf Sardinien, dann die Metallarbeiter in Mailand und am Ende des letzten Jahres war es der Generalstreik der Staatsangestellten, der viel Staub aufwirbelte. Die Geburtsrate ist zu hoch und weder die Entwicklung der Industrie, noch die Auswanderungen genügen, um die überschüssigen Arbeitskräfte zu absorbieren. 2 Mill. Arbeitslose — das ist ein dankbares Arbeitsfeld für die kommunistische Agitation. Jetzt hat man sich sogar eine neue Methode ausgedacht, nämlich das „non collaborazione". Man tritt nicht mehr im Streik als offenen Kampf auf, sondern wählt die Methode einer formell unangreifbaren Sabotage gegenüber dem Unternehmer. „Non collaborazione" bedeutet Verweigerung jeder Handreichung, die über den eigenen Aufgabenbereich hinausgeht, die aber zur reibungslosen Arbeitsweise eines Unternehmens so oft notwendig wird. Die Verweigerung jeder Überstunde ist außerdem in dem neuen Leitwort einbegriffen. Die kommunistische Partei scheut den Streik als offene Kraftprobe und hofft, den Arbeiter zu einer auf die Spitze getriebenen Widerwilligkeit in der Arbeitsweise eher zu gewinnen und durch die daraus folgende sinkende Arbeitsmoral ihr Ziel, nämlich die Sabotierung des Marshall-Planes, genau so gut oder sogar noch besser zu erreichen als durch einen Streik; denn die Streiks erfreuen sich keiner zu großen Beliebtheit mehr und die Sozialdemokraten erwägen ihren Austritt aus dem kommunistisch beherrschten Allgemeinen Gewerkschaftsbund, um sich von den Streikparolen unabhängig zu machen. Die Christlichen Demokraten errichteten bereits eine eigene Gewerkschaftsbewegung, die sich eines großen Zulaufs erfreut und bereits über eine Million Mitglieder zählt.

Das wirksamste Gegenmittel gegen die kommunistischen Bemühungen ist eine konstruktive Wirtschaftspolitik der Regierung. Das dem Wirtschaftsrat der UNO vorgelegte Vierjahresprogramm zeigt, daß man neben einer umfassenden Agrarreform die industrielle Produktion um 40 % über den Vorkriegsstand heben will. Der Wohnungsbau soll gefördert werden. Doch muß die Mittel dazu anscheinend der Hausbesitz im wesentlichen selbst aufbringen; denn ab 1. Januar können die Mieten für Privatwohnungen und Läden, die zur Ausübung eines Handwerks oder freien Berufs benutzt werden, um 30 % und die Mieten für andere Läden um 50 % erhöht werden. Man hofft zwar, durch die größeren Einkünfte die Neubautätigkeit zu fördern, hat aber mit dieser Lösung des Wohnungsproblems in den Linkskreisen kein großes Verständnis gefunden.

Stand Italien im ersten Marshall-Jahr bereits an dritter Stelle der empfangenen Länder, so sind im zweiten Jahr zur Unterstützung der eigenen Anstrengungen Hilfsgelder in Höhe von 616 Mill. Dollar vorgesehen. Das Volkseinkommen, das für 1948 mit ungefähr 5,5 Mrd. Lire, d. s. 90 % des Vorkriegsstandes, geschätzt wird, soll bis 1953 den Vorkriegsstand um 18 % übertreffen. Nach dem Pariser Bericht hat die italienische Industrie vor allem die Aufgabe, ihre bestehenden Anlagen zu modernisieren und reorganisieren. Der Leistungsstand der Erdöl-Raffinerien, der Wasserkraftwerke, der Maschinenbau-Industrie und der Textilindustrie soll wesentlich vergrößert werden. Dabei verspricht sich der Bericht die Möglichkeit, daß die Industrie viele Arbeitslose in den Produktionsprozeß wird einschalten können, die vorläufig ohne produktive Tätigkeit von der Industrie mit durchgeschleppt werden müssen und die Produktionskosten verteuern. Die eisen- und metallverarbeitende Industrie soll weniger an die Schaffung neuer Anlagen denken, als vielmehr an eine Modernisierung ihrer Produktionskapazitäten.

Große Bedeutung für die wirtschaftliche Erholung Italiens mißt der Pariser Bericht einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu. Nach seiner Schätzung wird die landwirtschaftliche Erzeugung 1949/50 noch etwa 6 % unter dem Stand von 1938 und 5,20 % unter dem Durchschnitt der Jahre 1935/38 bleiben. Die langfristige Planung erstrebt eine Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion bis 1953 auf 115 % des Durchschnitts der Jahre 1935/38. In einem Zehnjahresplan sollen 553 000 Hektar Land neu erschlossen werden, in einem Fünfjahresplan 723 000 Hektar unter Meliorationsarbeiten genommen werden. Der Viehbestand soll bis zu diesem Zeitraum gegenüber dem Vorkriegsstand um zehn Prozent vermehrt werden. Meliorationsarbeiten, Neulandgewinnung, Wiederaufforstung und Agrarreform spielen also in der landwirtschaftlichen Planung Italiens eine entscheidende Rolle. Gegenwärtig verfügt der Großgrundbesitz noch über 50 % des italienischen Agrarbesitzes, aber nur ein Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe. Eine Aufteilung dieser Besitzungen in leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe ist für die geplante Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion unerläßlich. Die zuständigen italienischen Stellen hoffen, daß die geplanten Arbeiten in der Landwirtschaft und Agrarreform einen erheblichen Anteil der Arbeitslosen beanspruchen werden.

Die Aussichten auf fortschreitende Gesundung der italienischen Wirtschaft sind gut. Das kommt auch in der optimistischen Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck; denn sonst würde man nicht so widerstandsfähig gegenüber der kommunistischen Agitation bleiben. Doch die Ansatzpunkte dafür bleiben, solange die bessere Zeiten versprechenden Pläne noch auf dem Papier stehen.

Gute Aussichten im Außenhandel

Das italienische Außenhandelsjahr 1948 endete mit einer bemerkenswerten Aktivität, die günstige Perspektiven für die italienische Gesamtwirtschaft eröffnet. Besondere Hoffnungen werden auf die Verwirklichung der jüngsten Abkommen mit Griechenland und der Türkei sowie die Erweiterung der Deutschland-Lieferungen gesetzt. Umstritten sind dagegen die praktischen Möglichkeiten des zu Anfang Dezember abgeschlossenen italienisch-russischen Wirtschaftsabkommens. Bei diesen drei im November und Dezember abgeschlossenen Handelsverträgen ergeben sich für die italienische Industrie beträchtliche Exportchancen. Griechenland und die Türkei übernehmen Industriegüter aller Art, vom optischen Gerät bis zum Automobil. Die deutschen Westzonen sind gegenwärtig dabei, größere Aufträge in der norditalienischen Textilindustrie, in erster Linie für Strickwaren, zu placieren. Während die beiden Mittelmeerstaaten als Gegenleistung mit Rohstoffen, oder, wie die Türkei, mit freier Valuta aufwarten, kommen aus den deutschen Westzonen außer Kohle und Schrott hauptsächlich technische und chemische Produkte.

Der italienische Außenhandel hat sich im abgelaufenen Jahr trotz erheblicher Schwierigkeiten im Handel mit den Sterlingländern erheblich ausgeweitet. Die nur langsam nachkommende Statistik legt jetzt erst die Außenhandelsziffern für die erste Hälfte 1948 vor. Danach wurden im ersten Halbjahr 1948 8,9 Mill. t im Werte von 415 Mrd. Lire importiert gegenüber 18,49 Mill. t im Werte von 930 Mrd. im ganzen Jahr 1947. Die Ausfuhr erreichte von Januar bis zum 1. Juli 1948 1,64 Mill. t im Werte von 227 Mrd. Lire gegenüber 1,94 Mill. t im Werte von 339 Mrd. Lire im Jahre 1947. Der Fehlbetrag stellte sich in den ersten sechs Monaten des abgelaufenen Jahres auf 187 Mrd. Lire gegenüber 591 Mrd. in den zwölf Monaten 1947. Das Außenhandelsdefizit läßt sich trotz einiger Schwierigkeiten durch Hilfslieferungen, langfristige Kredite und den wiederanlaufenden Fremdenverkehr decken.

Monopole bringen höhere Einnahmen

In Italien sind die Einnahmen des italienischen Salzmonopols auf 7,94 Mill. Lire im Vergleich zu 6,94 Mill. Lire im Vorjahr gestiegen. Aus dem der staatlichen Monopolverwaltung unterliegenden Tabakverkauf wurden Einnahmen in Höhe von 205,2 Mrd. im Vergleich zu 117,4 Mrd. Lire im Vorjahr erzielt.

Ausbau der Wollindustrie

Nach einer Untersuchung des italienischen Industrie- und Handelsministeriums haben die Industrieanlagen der italienischen Wollindustrie einen Gesamtwert von rund 600 Mill. Dollar. Man weist einen Bestand von 730 000 Streichgarnspindeln, 680 000 Kammgarnspindeln und 21 500 mechanischen Webstühlen aus. Die Kammgarnkapazität von 39 Mill. kg ist zu 82 %, die Streichgarnkapazität von 68 Mill. kg ist zu 74 % und die Gewebekapazität von 65 Mill. kg ist zu 60 % ausgenutzt. Zum Ausbau und zur Modernisierung der Wollindustrie ist im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms ein Plan ausgearbeitet worden, für dessen Finanzierung 150 Mill. Dollar veranschlagt wurden.

Zu viel Seife

Die italienische Seifenindustrie leidet unter einer fühlbaren Absatzkrise, da der Seifenverbrauch im Augenblick nur 45 % des Vorkriegsverbrauchs ausmacht. Die Absatzstockung wird den immer noch zu hohen Verkaufspreisen zugeschrieben, die vor kurzer Zeit schon um 70 % gesenkt wurden.

Export von graphischen Maschinen

Die italienische Druckmaschinenindustrie führte im ersten Halbjahr 1948 graphische Maschinen im Werte von 785 Mill. Lire aus. In der Hauptsache wurde nach Südamerika exportiert. Jugoslawien war der beste europäische Kunde, der Maschinen im Werte von 114 Mill. Lire einführte. Unter Einbeziehung aller einschlägigen Maschinen wird für das vergangene Jahr mit einem Export im Werte von 4 Mrd. Lire gerechnet. Das Ausscheiden der deutschen Konkurrenz begünstigt die Exportbemühungen der italien. Druckmaschinenindustrie. Der Inlandsabsatz ist sehr gering, da den italienischen Druckereien nur sehr geringe Mittel zur Modernisierung ihrer Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Deutsche Textilmaschinen nach Indien

München. Aufträge auf Lieferung von Textilmaschinen nach Indien im Werte von 400 000 Dollar erteilte der Direktor der indischen Firma Engineering and Agencies Ltd, Bombay, K. Khan, auf einer Geschäftsreise durch die Doppelzone. Allein die deutsche Spinnereimaschinen AG. Ingolstadt wird Maschinen für 150 000 Dollar liefern.

Gegenüber seiner ersten Deutschlandreise, die er 1947 im Auftrage der indischen Regierung machte, stellte Khan eine wesentliche Besserung der innerdeutschen Wirtschaftslage fest.

Wie geht die wirtschaftliche Entwicklung weiter?

Wir unterrichten Sie jede Woche zuverlässig über alle wirtschaftlichen Fragen und Ereignisse. Sie sind im Bilde, wenn auch Sie unsere unabhängige Wochenschrift

„WIRTSCHAFTSREVUE"

regelmäßig lesen.

Der billige Monatsbezugspreis von nur DM 2.—

macht sich durch unsere Gegenleistung mehr als bezahlt. Bitte füllen Sie untenstehenden Bestellschein aus und senden Sie ihn an

„WIRTSCHAFTSREVUE"
Werbeabteilung
(17b) Rastatt / Baden
Bahnhofstraße 16

Bestellschein

Liefern Sie mir / uns die

„WIRTSCHAFTSREVUE"
Unabhängige Europäische Wochenschrift

ab .... 1949 durch die Post / unter Streifband

zum Monatsbezugspreis von DM 2.—
zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto

Name / Firma ....

Beruf / Branche ....

Ort und Straße ....

(Datum) .... (Unterschrift)

Sofortige Lieferung – Zwischenverkauf vorbehalten!

[illegible]

Verlangen Sie bitte Katalog Nr. 293. [illegible], München 15, Bavaria-Ring 4.

Gegen Devisenbonus A

liefert Spinnweberei mit eigener Ausrüstungsanstalt, in der US-Zone gelegen,

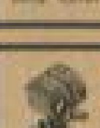
hochwertig veredelte Baumwoll- u. Zellwollgewebe

und zwar weiße glatte Tücher, [illegible], Sporttuche, Sportflanelle, [illegible], Bettdamaste, Vorhang- und Vitragenstoffe, [illegible], Tischdecken, Mundtücher, Futterstoffe. Angebote unter St.U. 4917 bef. Ann.-Exp. Carl Gabler, G.m.b.H., Stuttgart-S., Fischerstr. 8.

Für den Vertrieb einer synthetischen Feinseife

(markenfrei)

allerorts tüchtige Verkäufer gesucht. Für Lagerhaltung DM 300.— erforderlich. Muster gegen Voreinsendung von DM 1.—. Angebote unter A 976 an Anzeigenverwaltung.



Auch Sie

haben schon Schaden durch Bahntransporte!

Bei Verlust oder Transportschaden, auch Frachtenprüfung, hilft

K. WOHLSCHLEGEL

Reklamationsbüro, Offenburg in Baden. Senden Sie Ihre Schäden ein.

Eingeführte Import- und Exportfirma in Mannheim

übernimmt

Inlandsgeneralvertretung

für Deutschland mit Auslieferungslager. Große Lagerräume, Vertreterstab, geschultes Personal, 3 PKW und LKW vorhanden.

Erbitten Offerten gut eingeführter u. leistungsfähiger Firmen unter M 360 an Rheinp. Ann. Exped. Neustadt/Hdt.

Stellen-Anzeiger

Tücht. Verkäuf. f. Mark.-Art. d. zahnärztl. Bedarfs u. Bes. v. Ärzt., Dent. u. Technik. i. Bez. 13a, 14a u. 14b. Beste Prov.-Verd.-Möglichk. w. geb. Bewerb. mit Angabe d. bisher. Tätigk. unter M. O. 10080 bef. Ann.-Exp. Carl Gabler GmbH., München 1, Theatinerstraße 8/I.

STELLUNGSSUCHE leicht gemacht durch AUFSTIEGSwerbung München 15!

Vertretungen

Generalvertreter gesucht für ESBIA, den konzentriertesten Edelkraftstoff, Zusatz und gleichzeitig Innen- und Obenschmiermittel. Firma C. W. Sammet, (14a) Stuttgart-Feuerbach.

Wir suchen seriöse Vertreter, welche Haushaltwarengeschäfte, Eisenwarengeschäfte u. Warenhäuser besuchen zum Verkauf unserer erstklassigen preiswerten Verbund-Wurf-Galerien. Herren mit Kraftfahrzeug werden bevorzugt. Hans M. v. Drechs. Metallwarenfabrik, Friesenheim/Alb.

Auslieferungslager Wuppertal. Seit über 30 Jahren hier ansässige handelsgerichtl. eingetr. Fa., Metallw.- u. Werkzeugfabrik in eigenem Grundbesitz in der Talachse, in guter Verbindung stehend mit Industrie und Handel sucht zur besseren Ausnutzung ihrer Räume und Einrichtungen Vertretung und Auslieferungslager zu übernehmen. Angeb. u. 7480 an Ann.-Exp. A. Baumgarten, Wuppertal-Barmen.

Handelsvertreter, Sitz in Rheinhessen, 38 J. alt, verh., mit besten Außendienstverbindungen, repräsentable Erscheinung, mit besten Umgangsformen, sucht die Vertretung leistungsfähiger Fabriken, gleich welcher Branche, da vielseitig erfahren und wendig genug, um sich kurzfristig einzuarbeiten. Angeb. unt. F 978 an die WR Konstanz.

800 qm Lagerraum
mit Einfahrt im Zentrum Hannovers steht für Fabrikauslieferungslager zur Verfügung. Bedingung: Vertrieb der Artikel durch uns. Vertreterstab. Ang. u. J.U. 303 an Ann.-Verw. O. F. Tischbein KG., Hannover, Lange Laube 8.

Gütermarkt

Erdbohrer — Brunnenbohrer „Taiga". Ablieferungsfrei Fr. Wahrenberg, [illegible] 1953, (13b) Aschau/Chiemsee.

16 Feuersteine m. Docht i. Glas DM 1.50, lose 100 St. DM 12.—, Gasanzündsteine 2,5x10 mm DM 30.— 100 Stück; Gasanzündsteine 2,5x12 mm DM 35.— 100 Stück; Gasfeuersteine 2,5x20 mm DM 60.— 100 Stück; runde Feuerzeuge, kompl. DM 45.— 100 Stück; gute Tabakspfeifen, Mustersortiment DM 15.—, 24.—; Ledertabaksbeutel 1.20 bis 1.80 per Stück; Zigaretten-Etuis von 3.80 bis 10.— DM per Stück. Nachnahme ab hier. Garantie-Rücknahme bei Nichtgefallen. Eugen Schneider, Höhr-Grenzhausen.

Transp. Zeichenmaster, Zeichenkarton, Millimeterpapier, Logarithmenpapier, Diagrammrollen, Registrierpapier, Reißzeuge etc. auf Bestellung. Anfrag. unt. B 1078 an die WR Konstanz.

Sonderangebot: Wir bieten an — sofort lieferbar: elektr. Bügeleisen, elektr. Waffeleisen, elektr. Kochherde mit Bratröhre, Tabakschneidemaschinen, Draht-Fußmatten, „Trockenleinen, Kinderschaukeln, Tennisbälle, Abschleppseile u. versch. Haushaltwaren zu billigsten herabgesetzten Preisen. Angebote unter A 980 an die WR Konstanz.

HEFLIT-KLEBUNG und KALT-VULKANISATION für höchste Beanspruchungen auf fast alles Werkstoffen. Auskunft und unverbindliches Angebot durch Frank J. Hatzenacker, Nürnberg-Nord, Grolandstr. 53.

Ehem. Fuess Glasinstrumente schließen sich an: Alkoholometer m. Temp., Fieberthermometer, amtlich gepr., Aräometer (3 Spindel und 1 Sichtspindel) im Futteral, desgl. mit 7 Spindeln. Aräometerthermometer, chem. Thermometer, Stehmikropipetten, Ölmeßpipetten, Gasprüfbestecke, Rekord-Ganzglasspritzen, Wettergrasspindeln, Destillierapparate usw. Angeb. unt. A 1000 an die WR Konstanz.

Handelsvertreter sucht für alte Kunden: Haushaltungen, Nähgarne, Säcke für Landwirte, feste Wasch- u. Kernseifen und Putzschleifpulver. Angebote an Willi Brandmaier, Handelsvertreter, (17a) Lauda/Baden.

Rhabarber-Rohsaft
ehem. konz., preiswert abzugeben
POLL-HEFE GMBH.
Hamburg 11 — Postfach 1462

400 Std. m. Feldbahngleis u. Neufertig. kompl. zusammen. 600 Spurw. sofort lieferbar. Anfr. u. A 1081 an die WR Konstanz.

Rohe Hirschhornabfälle u. Zierstücke f. Rucksackgriffe wieder lieferbar. R. Langenbeckmann, Bergisch Gladbach.

Gürtelschließen aus Galalith in verschiedenen Größen u. Farben. Gürtelschließen aus Holz auch für Trachtengürtel geeignet in allen Farben und Größen, liefert Großhandlung für Knöpfe u. Schließen Erich Hoffmann, Vogelsang-Grünholz, Kr. Eckernförde.

Molken-Extrakt
(hochwertig)
Hefe-Extrakt
(beste Qualität)
Abfüllung in Blechdosen, preiswert abzugeben
POLL-HEFE GMBH.
Hamburg 11 — Postfach 1462

Maschinenmarkt

Flachstrickmaschinen, von 31—76 cm Breite, in allen Teilungen kurzfristig. HESSE & NITSCHKE GMBH., LÜDENSCHEID/WESTFALEN.

Kapitalmarkt

Währungsverrechnung, Inkasso mit Zahlungsausgleich nach allen Zonen, Finanzberatung, Interessenvertretung bei Behörden u. Ämtern durch K. Schlumpfeiting & Co., Zentrale Berlin W 15, Konstanzer Straße 62.

Elektromecha. Fabrik im Südgebiet sucht zur Ausweitung ihrer Fertigung stillen Teilhaber oder langfristigen Kredit von 80 000.— DM. Beste Sicherheiten vorhanden. Gute Verzinsung. Auch tätige Mitarbeit möglich. Ausführliche Zuschriften mit Kapitalnachweis erb. unt. B 1111 an die WR Konstanz.

Immobilien

Handelsfirma, Spezialist für Ex- und Import mit angeschlossenem technischen Büro zu verkaufen. Erforderliches Kapital ca. DM 30 000.— Angebote unt. A 990 an die WR Konstanz.

Verschiedenes

Der neue Adressenkatalog für Handel, Industrie und Wirtschaft kostenlos durch Merkur, Einbeck 340.

Deutsch-Amerikaner sucht Geschäftsverbindung mit Im- und Exporteuren der Nahrungs- und Maschinenbranche. Karl Winkler, 340 Morgan Ave Brooklyn N. Y. USA.

Welche Firma übernimmt die Herstellung von Sternlaternen für Petroleum, 7-flg.? Sehr lukrativ! Angeb. unt. A 1110 an die WR Konstanz.

Rechtspraxis

Angestelltenrecht

Urlaub

Karl W. in Str. Frage: Besteht für Angestellte eine gesetzliche Regelung des Urlaubsanspruchs?

Antwort: Das deutsche Arbeitsrecht kannte bis zum Erlaß des Jugendschutzgesetzes vom 30. 4. 1938 keine gesetzliche Fixierung der Dauer des Urlaubs. Die Regelung dieser Materie wurde vielmehr dem Einzelarbeitsvertrag, den Betriebsordnungen und dem Tarifrecht überlassen. Erstmals mit § 21 des obengenannten Gesetzes wurde ein auf Gesetz beruhender Rechtsanspruch geschaffen. In einzelnen Reichstreuhänderbezirken wurden im Laufe des Krieges Richtlinien über die Gewährung von Urlaub erlassen, die aber keine Gesetzeskraft haben. Doch richtete sich die Praxis in allen Fällen danach, sofern entweder keine tariflichen Bestimmungen über Urlaub vorlagen oder die Richtlinien günstigere Regelungen als die Tarif- oder Betriebsordnungen enthielten. Nach 1945 wurden einzelne Urlaubsgesetze (so in Hessen und Baden-Württemberg) erlassen, die die Materie auf gesetzgeberischem Wege lösten. Die genannten Gesetze legen sowohl Mindesturlaubsdauer wie sonstige Grundsätze, insbesondere über Wartezeit, Urlaubsvergütung, Urlaub bei Vertragsbruch und fristloser Entlassung usw. fest. Für Südbaden wurde bis jetzt eine entsprechende Regelung noch nicht getroffen. Es ist aber anzunehmen, daß der Gesetzgeber in Bälde diesem dringenden Bedürfnis Abhilfe verschafft.

Für Ihren Fall ergibt sich ein Urlaubsanspruch nach dem einschlägigen Angestelltentarif in Höhe von 18 Werktagen.

Schutzbestimmungen für ältere Angestellte

J. H. in Fl. Frage: Kann einem langjährigen Angestellten mit der Mindestkündigungsfrist des HGB gekündigt werden?

Antwort: Das Kündigungsschutzgesetz vom 9. 7. 1926 ist nach wie vor in Kraft. Nach diesem Gesetz haben Angestellte, die mindestens 30 Jahre alt sind, ohne Rücksicht auf die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes dann Anspruch auf verlängerte Kündigungsfristen, wenn sie längere Zeit in einem Betrieb tätig sind, der in der Regel mehr als zwei Angestellte (ohne Lehrlinge und Volontäre) beschäftigt. Dieser Kündigungsschutz setzt nach einer Beschäftigung im gleichen Betrieb von fünf Jahren, gerechnet von der Vollendung des 25. Lebensjahres ab, ein und verlängert die Kündigungsfrist auf drei Monate, nach einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren auf vier Monate, nach zehn Jahren auf fünf Monate und nach einer Beschäftigungsdauer von zwölf Jahren und darüber auf sechs Monate, und zwar jeweils zu dem Schluß eines Kalendervierteljahres. Das Gesetz findet dann keine Anwendung, wenn der Arbeitsvertrag auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen wurde (z. B. auf sechs Jahre ab 1. 1. 1946). In diesen Fällen bedarf es keiner Kündigung, sondern das Arbeitsverhältnis endet automatisch mit dem vorgesehenen Termin. Dagegen gilt das Gesetz für sogenannte Änderungskündigungen, d. h. für Kündigungen, die nicht die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sondern nur eine Abänderung des Vertrages im Auge haben. Liegt ein wichtiger Grund vor (über diesen vgl. unsere Antwort im Briefkasten der Nr. 1, 1949), so entfällt die Einhaltung der Fristen. Das Arbeitsverhältnis kann in diesem Falle fristlos gelöst werden. Die Währungsreform stellt jedoch nach ziemlich einheitlicher Rechtsprechung keinen solchen Grund dar. Wohl aber kann von der Abkürzung der Kündigungsfristen nach § 27 des Umstellungsgesetzes auch älteren Angestellten gegenüber Gebrauch gemacht werden.

Für die Berechnung der Dienstzeit von fünf usw. Jahren werden Zeiten, die im Arbeiterverhältnis im gleichen Betrieb verbracht wurden, zu den Angestelltenzeiten hinzugerechnet. Die zur Verlängerung der Kündigungsfristen erforderlichen Dienstzeiten müssen im Zeitpunkt des Ausspruches der Kündigung erfüllt sein.

Die Mindestkündigungsfristen des Kündigungsschutzgesetzes sind zwingend. Es kann im voraus auf ihre Einhaltung nicht verzichtet werden. Zulässig ist aber ein nachträglicher Verzicht, etwa bei Ausspruch der Kündigungen, oder der Abschluß eines Aufhebungsvertrages. Der ältere Angestellte ist, wenn die Kündigung von seiner Seite aus erfolgt, nicht an das Gesetz gebunden.

Nach dem Gesagten kann also dem in Frage stehenden Angestellten nicht mit der einmonatlichen Frist des HGB ohne sein Einverständnis gekündigt werden.

Vertragsbruch

A. B. in N.-U. Frage: Eine Angestellte, die ohne Vereinbarung einer Kündigungsfrist nach Ablauf einer Probezeit von vier Wochen eingestellt wurde, fehlte mehrfach unentschuldigt ein bis zwei Tage. Sie verlangt ohne Ausspruch einer Kündigung nach einem Urlaub, der als unbezahlt vereinbart wurde, ihre Arbeitspapiere. Kann der Gehalt, den sie im Hinblick auf die Freistellung von der Arbeit ohne Bezahlung zuviel bekam, sowie die Weihnachtsgratifikation zurückgefordert werden? Können aus dem vorzeitigen Ausscheiden Schadenersatzansprüche abgeleitet werden; müssen die Arbeitspapiere herausgegeben werden? Liegt in den Worten des Arbeitgebers, es sei besser, wenn sie zu Hause bliebe, eine Kündigung? Welche Schritte müssen unternommen werden? Können die Tage des Fehlens vom Gehalt abgesetzt werden?

Antwort: Zunächst ist festzustellen, daß mangels einer besonderen Vereinbarung über die Kündigungsfristen der zuständige Tarifvertrag gilt. In der Regel sehen die Tarife eine Kündigungsfrist von sechs Wochen auf Quartalsende vor. In der Äußerung des Arbeitgebers, es sei besser, die Angestellte bliebe zu Hause, kann eine Kündigung nicht erblickt werden, da für den Ausspruch einer solchen eine unmißverständliche und bestimmte Formulierung erforderlich ist. Die genannten Äußerungen wurden auch offensichtlich nicht als Kündigung aufgefaßt, denn die Angestellte kam nach wie vor in den Betrieb. Sie kann sich nachträglich nicht mehr auf die genannten Äußerungen des Unwillens berufen. Ihr Ausscheiden aus dem Betrieb kann daher nur unter Einhaltung der Kündigungsfristen und mit Zustimmung des Arbeitsamtes erfolgen. Der zuviel bezahlte Gehalt kann nach den Grundsätzen der ungerechtfertigten Bereicherung (§§ 812 ff BGB) zurückgefordert werden. Anders liegen die Rechtsverhältnisse hinsichtlich der Gratifikation. Da diese eine Entlohnung für geleistete Arbeit darstellt, kann sie nicht als Schenkung angesehen werden. Die Gratifikation dürfte also kaum wegen groben Undanks im Sinne von § 530 ff. BGB zurückgefordert werden. Wurde sie aber für noch zu leistende Arbeit gewährt — bei der Sachlage scheint das nicht ausgeschlossen zu sein —, so würde infolge des unberechtigten vorzeitigen Ausscheidens unter Umständen eine Bereicherung ohne Rechtsgrund (s. o.) vorliegen. Aus dem vorzeitigen Ausscheiden können Schadenersatzansprüche nach den Grundsätzen des Verzugs (§ 326 BGB) abgeleitet werden. Grundsätzlich hat die Angestellte den gesamten durch den Vertragsbruch angerichteten Schaden zu ersetzen. Darunter fallen die Kosten zur Erlangung einer Ersatzkraft, einer dieser gegebenenfalls zu leistenden höheren Bezahlung, der Ersatz sonstigen Schadens, der durch das vorzeitige Ausscheiden entstand. Grund und Umfang des Schadenersatzanspruchs müssen vom Arbeitgeber nachgewiesen werden. Der Ersatzanspruch, sowohl wie die sonstigen Forderungen sind beim Arbeitsgericht auf dem Wege der Klage geltend zu machen. Falls die Angestellte Urlaubsansprüche geltend macht — bei der Kürze der Beschäftigung käme, wenn der Tarif überhaupt solche vorsieht, nur eine Teilabgeltung in Frage —, kann gegen diese mit der Schadenersatzforderung aufgerechnet werden, auch soweit die Forderung nicht der Pfändung unterworfen ist, da eine Berufung der Angestellten auf das Aufrechnungsverbot mit dem Einwand der Arglist entkräftet werden könnte. Ein Zurückbehaltungsrecht an den Arbeitspapieren (Angestelltenversicherungskarte, Steuerkarte, Arbeitskarte usw.) besteht jedoch nach dem Wortlaut des AVG bzw. nach feststehender Rechtsprechung nicht. Dies gilt nicht für das Arbeitsbuch, sofern das Ausscheiden des Angestellten ohne Zustimmung des Arbeitsamtes erfolgte. Nach einer Entscheidung des früheren Reichsarbeitsgerichtes vom 5. 8. 1941 kann in diesen Fällen das Arbeitsbuch bis zur Zustimmung des Arbeitsamtes zurückbehalten werden. Fraglich ist allerdings, inwieweit die Arbeitsämter bzw. Gerichte diesen Standpunkt heute noch teilen.

Die Tage unentschuldigten Fehlens können vom Gehalt abgesetzt werden.

PERSONALIEN

Der ehemalige Oberpräsident von Schlesien, **Dr. Lukaschek** ist nach einer Meldung des Verwaltungsrates zum Präsidenten des Hauptausgleichsamtes für den Lastenausgleich ernannt worden. Er untersteht nur dem Direktor der Verwaltung für Finanzen, Alfred Hartmann.

In den Vorstand der Messe- und Ausstellungs-A.G. Hannover sind berufen **Georg Nicolaus**, seither Direktor der Deutschen Überseebank und der seitherige Direktor der Deutschen Edelstahlwerke A.G., **Fritz Blume**, Hannover. Direktor Liese ist ausgeschieden.

Vinzenz Maier, Inhaber der Firma Karlmühle Ingolstadt, konnte kürzlich auf eine 30jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates der auf genossenschaftlicher Basis arbeitenden Volksbank Ingolstadt e. G. m. b. H. zurückblicken.

Dr. Hans Lutcke, Mitarbeiter des Deutschen Brauerbundes und Mitglied der Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Brauerei, ist im Sommer 1945 in einem Gefangenenlazarett in Brest-Litowsk im Alter von 42 Jahren verstorben.

Deutsche Gesellschaften

Westfälische Kupfer und Messing

Die **Westfälische Kupfer- und Messingwerke AG.**, vormals Casp. Noell, Lüdenscheid, konnte im Geschäftsjahr 1947 wegen der Energie- und Rohstoffschwierigkeiten den vorjährigen Umsatz nicht ganz erreichen. Trotzdem schließt das Berichtsjahr mit einem kleinen Gewinn von 0,01 (alle Werte in Millionen RM), der sich um den vorjährigen Gewinnvortrag auf 0,014 erhöht und wieder auf neue Rechnung übernommen wird. (Der vorjährige Gewinn von 0,19 dient zur Tilgung des Verlustvortrages von 0,18). Dem nur geringfügig erhöhten Rohüberschuß von 1,94 (1,32) und den sonstigen Erträgen von unverändert 0,15 stehen Personalaufwendungen von 0,81 (0,82), Abschreibungen von 0,14 (unverändert), ausweispflichtige Steuern von 0,16 (0,19) und nicht näher erläuterte erhöhte außerordentliche Aufwendungen von 0,36 (0,06) gegenüber.

Das Anlagevermögen ist einschließlich 0,89 Beteiligungen mit 2,55 (2,69) verzeichnet. Das Umlaufvermögen von 1,6 (2,25) enthält nur noch 0,53 (1,17) Vorräte, 0,27 (0,07) Anzahlungen, 0,79 (0,61) Warenforderungen und 0,13 (0,24) flüssige Mittel. Andererseits werden bei einem Grundkapital von 2,05 die Rücklagen unverändert mit 0,8, Rückstellungen mit 0,13 (0,18) und Verbindlichkeiten ermäßigt mit 1,09 (1,36) ausgewiesen.

In der H.-V. enthielt sich der Aktionär Noell, Lüdenscheid, der 7 000 RM Aktien vertrat, bei der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat der Stimme. Gegen die Stimmen dieses Aktionärs wurde an Stelle des verstorbenen Bergrates Gerhard Bentz, Lüdenscheid, Generaldirektor Werner Hesse, Aachen, neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Bemberg

Bei der **J. P. Bemberg AG.**, Wuppertal-Barmen, lief die Kunstseideherstellung im Hauptbetrieb Ende 1947 an. Die Weberei in Augsburg konnte ihre Erzeugung erhöhen.

Die ausländischen Beteiligungen sind gemäß Gesetz 53 der Militärregierung beschlagnahmt. Von den nach dem Bemberg-Verfahren arbeitenden ausländischen Gesellschaften verteilte die Bemberg S. A., Mailand, auch für 1945 6⅔ und für 1946 10⅔ Dividende. Nach Zeitungsmeldungen hat die American Bemberg Corporation für 1945 und 1946 namhafte Dividenden verteilt, während die British Bemberg Ltd. 1946 einen kleinen Gewinn auf neue Rechnung vortrug. In den Beziehungen der Gesellschaft zu der Algemeene Kunstzijde Unie N. V., Arnhem, und der Vereinigten Glanzstoffabriken AG., haben sich 1947 keine Veränderungen ergeben.

Der Rohertrag erhöhte sich 1947 (in Mill. RM) von 1,34 auf 3,73. Die außerordentlichen Erträge von 0,7 stammen teilweise aus der Rückerstattung eines in früheren Jahren an eine Konzerngesellschaft gewährten Zuschusses. Außerdem entfallen größere Beträge auf Steuerrückbuchungen und Buchgewinne aus der Veräußerung nicht mehr benötigter und beschädigter Anlagen. Personalaufwendungen erforderten 3,86 (1,95), Steuern vom Einkommen und Ertrag 0,69 (0,77), sonstige Steuern und Abgaben 0,22 (0,12) sowie außerordentliche Aufwendungen 0,1 (0,3). Nach Abschreibungen auf das Anlagevermögen von 1,14 (0,8) ergibt sich ein Verlust von 1,11, um den sich der Verlustvortrag 1946 auf 3,46 erhöht.

Das Anlagevermögen steht einschl. 1,80 (1,81) Beteiligungen mit 13,51 (13,9) zu Buch. Das mit 7,4 (7,3) wertberichtigte Umlaufvermögen von 26,34 (26,56) enthält Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von 3,32 (3,72), halbfertige Erzeugnisse von 0,503 (0,596) und fertige Erzeugnisse von 0,915 (0,273). Wertpapiere erscheinen mit 2,00 (2,06) Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen mit 3,78 (2,45), flüssige Mittel mit 0,5 (0,67), Forderungen aus Kriegsschäden mit 36,05 (36,01) und sonstige Forderungen mit 1,68 (1,60). Andererseits haben sich die Gesamtverbindlichkeiten von 2,19 auf 2,07 erhöht. Rückstellungen werden mit 16,77 (19,00) und Rücklagen wieder mit 4,30 ausgewiesen. (Grundkapital 25).

Argus G. m. b. H.

In Karlsruhe wurde eine neue Argus-G. m. b. H. mit 80 000 DM Kapital gegründet, die den Geschäftsbetrieb der Argus-Motoren-G. m. b. H. Berlin fortführen will. Rückerstattungsansprüche werden u. a. gegen die Süddeutschen Arguswerke Heinrich Koppenberg, KG., Karlsruhe, in die G. m. b. H. eingebracht.

Papierfabrik Sebnitz

Die **Papierfabrik Sebnitz AG.**, Sebnitz/Sachsen, die sich weiterhin in Privatbesitz befindet, erlitt im Geschäftsjahr 1947 bei erhöhten Abschreibungen einen Verlust von 0,13, um den sich der Verlustvortrag auf 0,24 erhöht.

Das Anlagevermögen erscheint mit 1,18 (1,19), Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe verminderten sich auf 0,02 (0,05), Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen auf 0,004 (0,14) und Bankguthaben auf 0,09 (0,24). Dagegen erhöhten sich die sonstigen Forderungen auf 0,37 (0,27) und Wertausgleichsposten auf 3,89 (3,64). Unter den Passiven gingen die Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen ebenfalls auf 0,05 (0,08) und sonstige Verbindlichkeiten leicht auf 0,21 (0,22) zurück. Die Rückstellungen für ungewisse Schulden wurden auf 0,17 (0,14) verstärkt. Bei einem Grundkapital von 3,7 betragen die Rücklagen unverändert 1,36.

Bremer Papier- und Wellpappen-Fabrik

Die **Bremer Papier- und Wellpappen-Fabrik AG.**, Bremen/Lübeck, war 1947 etwas besser mit Rohstoffen versorgt. Der Gewinn des Berichtsjahres von 0,03 (alle Werte in Millionen RM) dient zur Verminderung des Verlust-Vortrages auf 0,004. In den Geschäftsjahren 1945 und 1946 erlitt die Gesellschaft Verluste von 0,008 bzw. 0,02.

Das Anlagevermögen steht mit 0,32 (0,33) zu Buch. Vorräte stiegen auf 0,14 (0,11) und flüssige Mittel auf 0,45 (0,4) an. Gleichzeitig erhöhten sich die Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen auf 0,06 (0,05). Auf die unverändert mit 0,12 ausgewiesenen Forderungen an das Reich wurden keine Wertberichtigungen vorgenommen. Bei einem Grundkapital von 0,8 betragen Rücklagen unverändert 0,22.

Thode-Papier

Der **Thodeschen Papierfabrik AG.**, Hainsberg in Sachsen, die nach wie vor eine freie Aktiengesellschaft ist, verblieb 1947 aus einem Rohüberschuß von 1,8 (1,61) und Zinserträgen von unverändert 0,11 ein Reingewinn von 0,009, um den sich der Gewinnvortrag auf 0,03 erhöht. Anlageabschreibungen wurden wieder mit 0,1 vorgenommen.

Das Anlagevermögen steht mit 3,89 (4,26) zu Buch. Während Vorräte sich auf 0,64 (0,66) und Liefer- und Leistungsforderungen sich auf 0,45 (0,54) verminderten, stiegen die Bankguthaben auf 0,12 (0,09) an. Auch die Verbindlichkeiten gingen auf 0,33 (0,45) zurück. Unter den Passiven werden die Rücklagen unverändert mit 0,28 und Wertberichtigungen mit 3,58 (3,46) ausgewiesen. (Grundkapital 1,6).

Hinterkappenwerke

In Weinheim wurde mit einem Aktienkapital von 250 000 DM die „**Hinterkappenwerke GmbH.**", in die die Gesellschafter das von Carl Freudenberg betriebene Hinterkappenwerk einbrachten, gegründet. Es werden Hinterkappen und anderes Schuh-Zubehör hergestellt.

Neues Wirtschafts-Strafrecht in der Ostzone

Berlin. Die neue Wirtschaftsstrafverordnung der Wirtschaftskommission der Ostzone, die am 1. Januar in Kraft getreten ist, sieht nach einer Meldung des „Tag" schwerste Strafen vor, die zum Teil weit über das Maß der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsverordnung hinausgehen.

Mit 10 Jahren Zuchthaus wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben über Verhältnisse und Vorgänge macht, die für die Wirtschaft bedeutsam sind. Unter diese Bestimmungen fällt auch die Verbreitung von Hennecke-Witzen.

Ebenfalls zu 10 Jahren Zuchthaus wird verurteilt, wer gegen wirtschaftsregelnde Befehle oder Verordnungen der Besatzungsmacht handelt, auch wenn in den sowjetischen Befehlen keine Strafbestimmungen enthalten sind. Wenn die Tat gegen den Bestand oder die Tätigkeit der volkseigenen Betriebe gerichtet ist, wird dies als ein schwerer Fall angesehen, der ausschließlich mit Zuchthaus geahndet wird.

Wer Gegenstände, deren Erlangung ihm durch eine Dienststelle der Wirtschaftsverwaltung ermöglicht worden ist, für einen anderen als den angegebenen Zweck oder gegen die Bestimmungen der Dienststelle verwendet, kann zu Zuchthaus bis zu 10 Jahren verurteilt werden.

Die Höhe der Geldstrafe ist in jedem Falle unbeschränkt. Jede Dienststelle der Wirtschaftsverwaltung ist berechtigt, Geldstrafen bis zu 100 000 Mark zu verhängen und dem Betriebsinhaber die Leitung seines Betriebes bis zu 10 Jahren zu verbieten. Bei Preisverstößen kann die Einziehung des gesamten Vermögens angeordnet werden. Gegenstände des Betriebes können eingezogen oder die Verwaltung durch einen Treuhänder angeordnet werden.

14 Länder gewähren deutschen Rechtsschutz

Der Schutz deutschen gewerblichen Eigentums, der bisher nur in den USA, Großbritannien und Frankreich garantiert war, ist nunmehr bis zur Regelung dieser Frage durch das Friedensstatut auf folgende Länder ausgedehnt worden: Österreich, Kanada, Belgien, Ecuador, Neuseeland, Panama, Portugal, Peru, Schweden, Schweiz und Honduras.

Techn. vers. zielbew.
Kaufmann
der Masch.-Ind. m. perf., span., guten franz. und engl. Sprachkenntn., langj. Ausl.-Erf. (Spanien u. Übersee) **sucht mit 20.000 bis 30.000 DM** Beteiligung u. leit. Stellg. in nur gut fund., ausbauf. Unternehmen, mögl. d. Feinmechanik im südl. Grenzbereich. Erstkl. Ref. - **Angebote unter AB 4329 an Ann. - Exp. Ruetz, Stuttgart-Degerloch.**

Knipertwerk
Löbau (Sachsen)
gegr. 1890
Ebonitierungen / Gummiwalzen

Neue Bewaganschrift
Die Geschäftsräume des Vorstandes unserer Gesellschaft befinden sich jetzt
(1) BERLIN W 35
BENDLERSTRASSE 26
Fernruf = Sammelnummer 910 291
Neue Telegramm-Anschrift:
BEKULASTROM BERLIN
Berlin, im Dezember 1948
Berliner Kraft- und Licht (BEWAG) - Aktiengesellschaft

Am 16. Januar 1949 verschied nach einem arbeitsreichen, erfolggekrönten Leben, der ehem. Hof-Feuerwerkstechniker,

Herr Wilhelm Fischer,

Ehrenbürger von Cleebronn, wenige Tage nach seinem 90. Geburtstag. Mit ihm ist der Nestor der deutschen Pyrotechnik von uns gegangen. Sein Name, der mit der weltbekannten Heidelberger Schloßbeleuchtung, den Enzanlagenbeleuchtungen in Wildbad, den pyrotechnischen Hochgenüssen im Kurgarten von Baden-Baden und vielen anderen großen pyrotechnischen Leistungen eng verbunden ist, ist zu einem Begriff geworden. Sein Vermächtnis verpflichtet seine Nachkommen:

Im Namen der Kinder:
Oskar Fischer, Feuerwerkstechniker, Brackenheim
Im Namen der Enkel und Urenkel:
Dr. Kurt Fischer, Stuttgart-Weil im Dorf

1022 G
ZEHN-ZWO UND ZWANZIG G · G WIE GEWACHST
ist die Nummer für das
Pelikan
KOHLENPAPIER
mit Gewachster Rückseite
Seine Vorzüge sind bekannt:
Rollt nicht,
knittert nicht,
ist griffig und sauber.
Wieder in den Fachgeschäften erhältlich

Wer liefert eine zweckentsprechende
Abfüll/Abpack-Maschine,
auch gebraucht für 50 bis 1000-Gramm-Mengen eines pulverisierten chemischen Produktes. Angebote an
Wilhelm Gerbig GmbH., Ludwigshafen a. Rh., Friesenheimerstraße 136

Suchen Werkgelände
und Fabrikationshallen für mittleren
Fahrzeugbaubetrieb
(Bau von Omnibus-, Lastkraftwagen- und Möbelwagenaufbauten und Nutzanhängern aller Art.) Angeb. unter **B 1101** an die Wirtsch.-Revue Konstanz

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Reis weiter fest

Unter der Überschrift „Reis bleibt weiter knapp" berichteten wir in Nummer 51 vom 17. Dezember 1948 von einer Schätzung der Welternte auf 98% der Vorkriegsernte. Die folgende Tabelle zeigt die Weltreisproduktion in Millionen Bushel:

	1939/40	1945/46	1947/48
Asien	7112	5964	6498
Afrika	106	135	154
Nordafrika	63	69	100
Südamerika	90	152	159
Europa	69	34	54
Ozeanien	3	5	5
	7443	6400	6970

Die zweite Tabelle zeigt die Produktionsentwicklung in den Hauptanbaugebieten Asiens: (in Mill. Bushel)

	1939/40	1945/46	1947/48
China	2633	2169	2346
Indien	1984	1862	2030
Japan	386	437	345
Burma	349	134	269
Indochina	316	220	219
Siam	212	120	143
Korea	196	117	129
Philippinen	103	88	109

Trotz der stetig wachsenden Produktion wird der Reisbedarf, vor allem in den Haupterzeugungsländern nicht hinreichend gedeckt. Politische Unruhen und die sich daraus ergebenden Transportschwierigkeiten dürften wohl die überwiegenden Gründe für die schlechte Reisversorgung der Länder sein. In Brasilien sind die Reispreise gegenüber dem Vorjahr um 100 % gestiegen. 1947 kosteten 50 kg 70 bis 75 Cruzeiros, in diesem Jahr werden 145—165 Cruzeiros bezahlt. Man rechnet für das kommende Jahr mit einer nochmaligen Preissteigerung von etwa 20%. Aus diesem Grunde hat die brasilianische Regierung die Ausfuhr von Reis verboten, sofern nicht schon bereits feste Exportverträge vorliegen. Der Hauptgrund dafür ist nicht nur die stark zurückgegangene Erzeugung, sondern der im Verhältnis zur Eigenerzeugung zu große Export. Nachfolgende Übersicht zeigt das Ansteigen des Brasilianischen Reisexports während der letzten 12 Jahre:

Jahr	Exportierte Menge in 1000 Tonnen
1937	31
1938	37
1939	60
1940	41
1941	13
1942	62
1943	84
1944	149
1945	85
1946	152
1947	218
1948 (7 Monate)	135

Von dem aus der diesjährigen Ernte Europa zugeteilten Reis sollen liefern: Burma 43700 t, Französisch-Indochina 24800 t, Siam 49700 t, Australien 2900 t, Brasilien 14500 t, Ägypten 39000 t, Italien 35000 t, Mexiko 10000 t, USA 16000 t.

Davon sind 27000 t für die Doppelzone vorgesehen, 22000 t für Belgien, 35000 t für Großbritannien, 35000 t für Frankreich, 18000 t für Holland, 15000 t für Österreich, je 10000 t für Griechenland und die Schweiz, je 5000 t für Jugoslawien und die Tschechoslowakei, je 4000 t für Irland und Norwegen, je 3000 t für Polen und Schweden und je 2000 t für Dänemark und Finnland. Außerdem sollen 45000 t für Notfälle in Reserve gehalten werden.

Von den Vereinigten Staaten sollen nach Europa im ersten Halbjahr 1949 352 700 Säcke (1 Sack = 45 kg) geschälter Reis ausgeführt werden. Für die einzelnen Länder sind folgende Quoten vorgesehen:

Doppelzone	382 300 Sack
Österreich	330 700 „
Belgien	507 100 „
Tschechoslowakei	110 200 „
Frankreich	661 400 „
Griechenland	220 500 „
Polen	66 100 „
Schweiz	220 500 „
Großbritannien	837 700 „

Getreide

Nach einer Mitteilung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums befanden sich am 1. Januar 1949 im Besitz der amerikanischen Landwirte die größten Vorräte an Mais, die jemals in der Geschichte der USA verzeichnet wurden. Sie betrugen 2,520 Mrd. Bushels gegenüber 1,506 Mrd. am 1. Januar 1948 und 1,944 Mrd. im Jahresdurchschnitt 1938—1947.

Die Vorräte an Getreide beliefen sich auf 161,067 Mill. Bushels gegen 488,866 Mill. und 234,202 Mill., an Hafer auf 927,469 Mill. Bushels gegenüber 730,369 Mill. und 774,437 Mill. an Heu auf 67,468 Mill. t gegen 62,777 Mill. t und 63,017 Mill. t.

Auf den amerikanischen Getreidemärkten setzte sich in der Berichtswoche der Preisrückgang im allgemeinen fort. Eine Ausnahme macht Mais, der trotz der anhaltend günstigen Erntemeldungen für naheliegende Termine um 7—8 Dollar-Cents je lb anstieg.

Die Aussichten für ein neues Weltweizenabkommen werden in diesem Jahr als noch ungünstiger als 1948 bezeichnet. Das Hauptproblem auf der am 26. Januar beginnenden Weltweizenkonferenz in Washington wird die Preisfrage sein. 1949 werden Weizenangebot und Weizenbedarf sich ungefähr decken. In den dann folgenden zwei Jahren werden die Vorräte jedoch voraussichtlich größer sein als der Bedarf. Die Einfuhrländer werden daher nicht geneigt sein, sich auf bestimmte Mengen zu bestimmten Preisen festzulegen.

Im allgemeinen herrscht die Ansicht, daß ein Abkommen nur möglich sein wird, wenn die Ausfuhrländer bereit sind, der vorgesehenen Entwicklung Rechnung zu tragen und niedrigere Höchst- und Mindestpreise als die im Vorjahr geplanten zuzubilligen. 1948 waren Frankreich und China noch große Weizeneinfuhrländer, doch in diesem Jahr will Frankreich selbst Weizen ausführen. In China ist die Frage noch ungeklärt, dagegen wird Argentinien neben Australien, Kanada und den USA als Exporteur auftreten.

Getreidenotierungen

Weizenpreise Chikago (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 27,2 kg)

	12. 1.	15. 1.
Mai	227	225¹/₈
Juli	210⁵/₈	209⁷/₈
September	210⁵/₈	209⁵/₈
Dezember	212	211¹/₂

Maispreise Chikago (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg)

	12. 1.	15. 1.
Mai	147⁷/₈	145⁵/₈
Juli	146³/₈	143⁷/₈
September	140⁵/₈	138⁵/₈
Dezember	133¹/₂	132³/₈

Haferpreise Chikago (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 14,5 kg)

	12. 1.	15. 1.
Mai	77³/₈	74⁷/₈
Juli	72³/₄	70⁵/₈
September	71	69⁵/₈
Dezember	72¹/₂	71¹/₂

Roggenpreise Winnipeg (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg)

	12. 1.	15. 1.
Mai	156⁵/₈	153¹/₂
Juli	143⁷/₈	151⁵/₈
Oktober	138⁵/₈	144

Gerstenpreise Winnipeg (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg)

	12. 1.	15. 1.
Mai	109⁵/₈	107¹/₈
Juli	102⁷/₈	101⁵/₈
Oktober	96⁷/₈	95⁷/₈

New Yorker Zuckerpreise (in Dollar-Cents je lb) Kontrakt Nr. 5

	11. 1.	13. 1.
März	5,23	5,27
Mai	5,23	5,25
Juli	5,23	5,25
September	5,23	—

Kaffee. Die Steigerung der Weltkaffeeproduktion im Jahre 1949 — man rechnet mit 41,29 Mill. Sack (je 60 kg) gegenüber 39,36 Mill. Sack im Vorjahr — wird hauptsächlich den Ernten in Südamerika zugeschrieben. Über dem Vorjahresniveau liegende Ernten werden auch in Asien und Ozeanien erwartet. In Afrika jedoch, besonders in Angola und Britisch-Ostafrika, muß mit einer geringeren Ernte gerechnet werden. Mexiko erwartet eine normale Kaffeeproduktion und hofft, 1949 60 000 Sack ausführen zu können.

New Yorker Kaffeepreise (in Dollar-Cents je lb) Santos D-Kontrakt

	11. 1.	13. 1.
März	23,30	23,29
Mai	23,15	23,16
Juli	—,—	22,75
September	22,53	22,56
Dezember	22,25	22,18

Kakao. Der belgische Kakaomarkt war in der Berichtswoche verhältnismäßig ruhig. Angeboten wurde vorwiegend Accra-Bohnen 1. Qualität. Preis 31 belgische Francs je kg cif Antwerpen. Kongo-Kakao hielt sich mit 22,50 belgischen Francs je kg cif Antwerpen.

New Yorker Kakaopreise (in Dollar-Cents je lb)

	11. 1.	13. 1.
Januar	26,65	—,—
März	26,25	25,25
Mai	26,10	25,06
Juli	25,65	24,55
September	25,45	24,40

Baumwolle

Die Baumwollausfuhren der USA werden in dieser Saison auf etwa 2,75 Mill. Ballen geschätzt, der inländische Verbrauch auf 8,5 Mill. B. In den beiden Vorjahren hatte die Ausfuhr nur je 3,53 Mill. B. betragen.

Der amerikanische Baumwollhandel verfolgt mit Interesse die Verhandlungen in Washington über eine unbegrenzte Ausdehnung der gegenwärtigen Stützungspreise für Baumwoll- und Wollproduzenten.

Obgleich die USA in diesem Jahr über eine Rekordbaumwollernte verfügen, besteht ein ausgesprochener Mangel an guten Baumwollqualitäten. Es ergibt sich damit für die US-Baumwollindustrie die gleiche Situation wie in den Kriegsjahren: Ein lebhafter Wettbewerb um die wenigen guten Baumwollqualitäten setzt ein. In der US-Baumwollindustrie wird daher verschiedentlich der Wunsch nach einer Beschränkung der Ausfuhr der besseren Qualitäten laut. Diese Vorschläge werden möglicherweise im Kongreß auf heftigen Widerstand der Farmer stoßen.

Baumwollnotierungen

New York (in Dollar-Cents je lb. Schlußkurse)

	11. 1.	14. 1.
März	32,47	32,41
Mai	32,35	32,23
Juli	31,26	31,19
Oktober	28,67	28,63
Dezember	28,50	28,43
März 50	28,38	28,33
Mai	28,20	—

Alexandrien (in Talaris pro Cantar) Schlußkurse:

	10. 1.	14. 1.
Lange Fasern		
Januar	93,25	96,05
März	86,40	94,30
Mai	87,65	90,60
November	69,75	72,00
Mittellange Fasern		
Februar	57,83	59,15
April	57,63	58,90
Oktober	55,26	56,00

Wolle

Die Weltwollerzeugung hat sich in den Nachkriegsjahren nur schwer der erhöhten Nachfrage anpassen können, hauptsächlich, weil in zahlreichen Ländern die Schafzucht während und nach dem Kriege zugunsten des Nahrungsmittelanbaus zurückgegangen ist. Die Wollerzeugung weist seit geraumer Zeit jedoch wieder einen langsamen Anstieg auf. Die Weltwollproduktion 1947/48 betrug 3,07 Mill. Ballen, das sind rund 40 000 Ballen mehr als im Vorjahr.

Außer der Südafrikanischen Union, wo die Produktion infolge der herrschenden Dürre erheblich unter der Höhe der Vorkriegsjahre lag, gelang es besonders Australien, Argentinien und Neuseeland, die Produktion erheblich zu steigern. Die australische Produktion wird für 1948 auf 1040 Mill. lbs geschätzt gegenüber 980 Mill. lbs 1947, die neuseeländische beträgt etwa 348 Mill. lbs, was ungefähr der Erzeugung des Vorjahres entspricht.

Entgegengesetzt ist die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, wo die Wollerzeugung einen ständigen Rückgang aufweist. Die Folge ist, daß die Nachfrage auf allen Weltmärkten sehr verschärft wird.

Besonders bemerkenswert ist eine Verschiebung der Nachfrage von Merino- auf Crossbred-Wolle. Daraus ergab sich ein starker Preisanstieg für Crossbred, der in den letzten zwei Monaten 35 Cents je lb erreichte. Während im Wochendurchschnitt 1948 etwa 3,84 Mill. lbs Merino-Wolle und 3,49 Mill. lbs Crossbred verbraucht wurden, waren es im Wochendurchschnitt 1947 3,97 Mill. lbs Merino und 4,29 Mill. lbs Crossbred. Für die Zeit von Januar bis September 1948 wurden im Wochendurchschnitt 4,34 Mill. lbs Merino verkauft, während der Verbrauch an Crossbred auf 4,82 Mill. lbs anstieg.

Nach Mitteilungen der sich gegenwärtig in New York aufhaltenden indischen Wollexperten aus Rajkot haben die bedeutenden Wollkäufe europäischer Firmen und Staaten, die vermutlich zum Wiederverkauf an die Vereinigten Staaten bestimmt sind, ein merkliches Anziehen der indischen Wollpreise verursacht. So hat z. B. Holland, das selbst relativ wenig Bedarf für Teppichwolle hat, große Mengen solcher Qualitäten in Indien aufgekauft.

Auf den Liverpool-Auktionen stiegen die Preise im allgemeinen um 5 bis 10% über die der letzten Londoner Auktionen.

Häute

Nach einer Pause von einem Vierteljahr fand in Stuttgart die fünfte zentrale Auktion der Häuteverwertungen in der US-Zone statt. Direktor Häußermann eröffnete die Auktion und erklärte, gemeinsame Bemühungen, mit der Lederindustrie einen Preisrückgang zu erzielen, indem der Häutepreis als Zuschlag beim Einkauf von lebendem Vieh, der sofort an den Bauern bezahlt werden muß, wegfallen solle, seien in Frankfurt fehlgeschlagen. Es müßten also für die Preisbildung der heutigen Auktion mehr oder weniger die bestehenden Grundpreise berücksichtigt werden, nach denen der Metzger beim Viehelnkauf den Häutepreiszuschlag zu zahlen habe. In der Hauptsache wurde auf der Auktion von der Industrie für technische Leder gekauft. Bei den Gerbereien machte sich der steigende Geldmangel bemerkbar, der zusammen mit den Importen den Preisrückgang bewirkte. Der schlechte Weihnachtsumsatz in Luxus-Lederwaren wirkte sich ebenfalls aus. Das Gebot für das Gefälle war anfangs ruhig, dann zögernd, mit Abschlägen von 20 bis 30% gegenüber dem freihändigen Verkauf am 7. November 1948 in Stuttgart. Bei der Versteigerung des bayrischen und württemberg-badischen Gefälles wurden einige Lose wegen zu niedriger Angebote zurückgezogen, später jedoch noch abgesetzt. Bei dem hessischen Angebot mehrten sich die Zurücknahmen, das Gebot wurde immer schleppender, so daß aus Zeitmangel die zurückgezogenen Lose nicht mehr ausgeboten werden konnten.

Die nächste Auktion wird voraussichtlich Mitte Februar in Stuttgart stattfinden.

Auf der Häute-Auktion wurden pro kg erzielt: Für Ochsenhäute 2,80 bis 4,70, für Rinderhäute 4,06 bis 4,98¹/₂, für Kuhhäute 3,30 bis 4,70, für Bullenhäute 3,19 bis 4,70, für Kalbfelle 7,70 bis 8,81¹/₂, für Schaffelle 2,80 bis 3,70, für Roßhäute 33,00 bis 56,00.

Gummi

Im Dezember 1948 erreichten die Gummiausfuhren aus Malaya ihren niedrigsten Stand des Jahres. Ausgeführt wurden nur 63 727 t gegenüber 90 727 t im November. Von der ausgeführten Menge erhielten Großbritannien 6763 t gegenüber 13 737 t im November, die USA 20 691 t gegenüber 31 615 t, die Sowjetunion 5326 t gegenüber 19 320 t im November. Die anderen europäischen Länder nahmen 15 463 t, britische Besitzungen 7362 t und die übrigen Länder 5100 t. Die Ausfuhr von Latex und Reveries erreichte im Dezember mit 1939 t gegenüber 3731 t im November ebenfalls den niedrigsten Stand des Jahres. Die USA erhielten 1013 t, Großbritannien 386 t, Europa 393 t, britische Besitzungen 46 t und die übrigen Länder 8 t.

Die Weltnaturgummiproduktion von Januar bis November belief sich auf 1,38 Mill. Langtonnen, der Weltverbrauch auf 1,27 Mill. Langtonnen. Die Herstellung von synthetischem Gummi in den ersten elf Monaten 1948: 487 500 Langtonnen, der Verbrauch 447 500 Langtonnen.

Die Gummiproduktion Indonesiens, ausgenommen das republikanische Gebiet, wird für 1949 auf 95 500 t geschätzt.

Londoner Gumminotierungen (in Shilling und Pence je lb):

	10. 1.	13. 1.
Platzpreis	—	1/0 5/8
Februar	1/0 1/4	1/0 1/4
März	—	/11 3/4
April—Juni	/11 1/4	/11 1/4 — 3/8
Juli—Sept.	/11	/11 — 1/16
Okt.—Dez.	—	/10 7/8

Metalle

Die ersten Wochen des neuen Jahres haben keine wesentliche Veränderung in der Haltung der Metallmärkte gebracht. Die Märkte haben sich im ganzen weiter versteift, und verschiedentlich wurden die Notierungen heraufgesetzt. Das Angebot ist mit wenigen Ausnahmen weiter sehr knapp, wobei die Ursache im wesentlichen offenbar in neuen Rüstungen der Großmächte zu sehen ist. Zum Teil liegen die Ergebnisse der Metallerzeugung im Jahre 1948 jetzt vor. Danach belief sich die Weltkupfererzeugung 1948 auf 2 086 000 t gegen eine Höchsterzeugung im Kriege mit 2 184 400 t im Jahre 1943. Die Weltbleierzeugung, die im Jahre 1947 1 293 000 t betrug gegen einen Höchststand mit 1 889 000 t im Jahre 1942 hat sich, nach den Einzelergebnissen zu urteilen, die vorliegen, 1948 noch weiter verringert. Die Zinkerzeugung, die 1947 1 489 000 t betrug gegen 1 960 000 t im Jahre 1943 ist 1948 dagegen wahrscheinlich etwas gestiegen. Die Zinnerzeugung hat 1948 die Erwartungen mit 160 300 t überstiegen, liegt damit aber immer noch wesentlich unter dem Höchststand im Kriege mit 237 000 t im Jahre 1940. Die Zinnerzförderung hatte einen Sn-Inhalt von 147 500 t gegen 241 700 t im Jahre 1941. Auch die Aluminiumerzeugung lag 1948 gegen das Vorjahr wahrscheinlich etwas höher. Sie betrug in den USA 567 300 t, in Frankreich 67 500 t und in Großbritannien 30 900 t, hat aber sicher weit unter der Höchsterzeugung des Krieges mit 1 965 000 t im Jahre 1943 gelegen. Das geht auch aus den Zahlen der Bauxitgewinnung hervor, die in USA in den Nachkriegsjahren bedeutend unter der Höchsterzeugung des Krieges lagen, so 1947 1 234 000 t betrugen gegen 6 273 000 t in 1943. Frankreich erreichte mit einer Bauxitförderung von 836 500 t im Jahre 1948 nahezu den Höchststand des Krieges mit 916 000 t im Jahre 1943, dagegen blieb die ungarische Förderung wegen des Fortfalls des deutschen Verbrauchs 1948 mit 400 000 t gegen 1 299 000 t im Jahre 1943 beträchtlich zurück.

Kupfer. Das Gesicht des Marktes wird weiterhin durch die Entwicklung in den USA bestimmt. Zur Aufrechterhaltung der normalen Tätigkeit der Messingwerke und Drahtwerke rechnet man mit einem Mindestbedarf von rund 1,4 Mill. t im laufenden Jahr. Die Kupfergewinnung des Jahres 1949 wird mit rund 934 000 t angegeben. Die Importe dürften bei etwa 550 000 t gelegen haben. Schon diese beiden Zahlen lassen erkennen, daß im Jahre 1949 bei wahrscheinlich anhaltender amerikanischer Nachfrage kaum mit einer Entspannung des Marktes zu rechnen ist. Amerikanische Notierung 23,50 cts je lb, englische Notierung 140 £ je t.

Blei. In der gleichen Weise wie der Kupfermarkt, wird auch der Bleimarkt durch den immensen amerikanischen Bedarf im Jahre 1949 beeinflußt werden. Der amerikanische Bleiverbrauch wird für 1949 mit rund 1,1 Mill. t geschätzt bei einer Erzeugung, die von dem Präsidenten der St. Joseph Lead Co. mit nur 385 000 t angegeben wird gegen 375 000 t im Jahre 1947. Aus Schrott wurden zusätzlich 450 000 t gewonnen und etwa 275 000 t mußten aus Kanada, Mexiko und Australien eingeführt werden. Man rechnet aber für 1949 infolge der außerordentlichen Bleipreissteigerungen der letzten Monate mit einem Steigen der Weltbleierzeugung. Der englische Bleipreis ist neuerdings auf 123 £ je t heraufgesetzt, und damit der amerikanischen Notierung angeglichen worden, die sich auf 21,50 Cents je lb beläuft. Der australische Bleipreis ist mit Wirkung vom 1. Januar 1949 von 32 £A auf 35 £A heraufgesetzt worden.

Zinn. An diesem Markt scheint sich trotz der Unruhen in Ostasien nach dem Produktionsergebnis des Jahres 1948 eine Entspannung anzubahnen. Ob sie sich in der Preisgestaltung auswirken wird, hängt ganz von den Zuteilungen ab, die das Combined Tin Committee in der kommenden Zeit vornehmen wird. Die Weltzinnbestände müssen sich in der letzten Zeit weiter erhöht haben. Sie werden aber streng kontrolliert, so daß ihre Höhe auf die Preisbildung ohne Einfluß bleibt. Amerikanische Notierung 1,03 Dollar je lb, englischer Preis 569 £ je t.

Aluminium. Trotz der im Krieg außerordentlich ausgeweiteten Kapazität der amerikanisch. Aluminiumindustrie herrscht in den USA gegenwärtig ein Mangel, der die ALCOA veranlaßt hat, ihren Kunden mitzuteilen, daß sie die Zuteilungen kürzen muß, da in erster Linie der Rüstungsbedarf gedeckt werden muß. Rumänien will im laufenden Jahr ein Aluminiumwerk bauen, das die rumänischen Bauxite verarbeiten soll. Diese sind aber sehr minderwertig, so daß sich die Aufnahme der Aluminiumerzeugung als eine Fehlspekulation erweisen könnte, zumindest bei der Verwendung der heimischen Bauxite. Die unzureichende Versorgung der kanadischen Aluminiumindustrie mit Energie hat einen Rückgang der kanadischen Gewinnung zur Folge gehabt. Amerikanische Notierung 17 Cents je lb, englischer Preis 93 £ 10 sh je t, für Export fob UK 90 £.

Quecksilber. Ende des Vorjahres wurde der amerikanische Quecksilberpreis um 15 Dollar auf 94 Dollar für die Flasche heraufgesetzt. Damit liegt er nahezu auf einem Stand, der den amerikanischen Gruben ein rentables Arbeiten ermöglicht. Das Mercurio Europeo, das spanisch-italienische Quecksilberkartell, hat den Ausfuhrpreis gleichfalls um 14 Dollar auf 79 Dollar für die Flasche fob italienisch-spanischen Häfen erhöht. Der englische Preis ab Lagerhaus wurde von 15 £ auf 18¹/₂ £ heraufgesetzt. Diese von den USA ausgehende Preisbewegung bedeutet aber noch nicht, daß die Quecksilberschwemme, die die letzten Monate kennzeichnete, überwunden ist. Sie ist augenscheinlich eine Folge des Wunsches, in der gegenwärtig angespannten weltpolitischen Lage den amerikanischen Erzeugern eine Hilfe zu geben, und auch die mexikanische Erzeugung anzuregen. H. B.

Wirtschafts-Literatur

Taspo Thalacker Allgemeine Samen- und Pflanzen-Offerte. Ältestes Fachblatt für den gesamten Gartenbau und verwandte Geschäftszweige. Verlag Bernhard Thalacker, 20b Braunschweig 1. (77) Jahrgang Nr. 2. — Das altbekannte Fachblatt erscheint nach mehrjähriger unfreiwilliger Unterbrechung wieder. Es hat seinem Anzeigenteil einen Textteil angegliedert, in dem Fragen der Saatguteinfuhr erörtert werden. Marktberichte dürfen mit dem Interesse des Gartenbaues rechnen.

Blätter der Freiheit. Herausgeber Otto Lauterbach, Freiheit Verlag Heidelberg, Jahrgang 1, Heft 1.— DM. Die „Halbmonatsschrift für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft, Organ des Freiwirtschaftsbundes", deren 1. Heft uns vorliegt, ist unter ein Leitwort von Silvio Gesell gestellt. In einem „Tagebuch" und anderen Beiträgen sind auf 16 Seiten Fragen der Kultur und Wirtschaft im Sinne der vom Freiwirtschaftsbund vertretenen Anschauungen behandelt.

Funk-Technik. Zeitschrift für das gesamte Elektro-, Radio- und Musikwarenfach. — Heft 1/49, Berlin-Borsigwalde. — Das Heft bringt eine interessante Veröffentlichung über den „Auto-Super der Radfahrer". Es handelt sich dabei um einen kleinen einfachen Apparat, der nur von der Dynamomaschine des Rades mit Heiz- und Anodenstrom versorgt wird. Ein Auto-Trafo in Verbindung mit einem Selen-Gleichrichter gestattet, das Gerät auch an 220 V Wechselstrom zu betreiben, wobei die Leistungsaufnahme nur 3,5 VA beträgt. Mit Hilfe eines Wechselrichters ist das Gerät auch an einen Akku anzuschließen. Das Heft enthält eine Reihe weiterer sehr interessanter Beiträge.

Börsenumsatzsteuer-Tabelle. Übersichtliche Tabelle zur Errechnung der Börsenumsatzsteuer nach neuestem Stand mit Abdruck der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen auf haltbarem Karton für die Bank- und Börsenpraxis, herausgegeben von den „Wertpapier-Mitteilungen", Frankfurt a. M. 1, Postfach. Preis: DM 1.—

In- und Auslandsbörsen

Frankfurt: schwach

In der abgelaufenen Woche verkehrten die Aktienmärkte in äußerst ruhiger Haltung, die Umsatztätigkeit ging stark zurück und es waren Kurseinbußen bis zu 4% zu verzeichnen. Demgegenüber bestand an den Rentenmärkten bei steigenden Kursen gute Nachfrage. Ein großer Kursdruck war in den meisten Rhein-Ruhrwerten zu beobachten. So notierten Hösch 13—14 (16¹/₂), Klöckner 16¹/₂—13 (17), Rheinstahl 16—16 (19), Verein. Stahlwerke 13³/₄—13¹/₂ (14), Gutehoffnungshütte 24—23 (24¹/₂). Scharfe Einbußen erlitten ferner chemische Werte, wogegen die Werte der Fahrzeugindustrie uneinheitlich lagen. So Daimler 25¹/₂—24 (26) und Fordwerke 53—49¹/₂ (54). An den übrigen Märkten betrugen die Rückgänge meistens 1 bis 2%. Darüber hinaus gingen Conti-Gummi auf 50 B (53), Heidelberger Zement auf 53—54 (56¹/₂) und Holzmann auf 22 (25¹/₂) zurück. Bankaktien waren bei sehr geringem Geschäft ¹/₄—¹/₂ % abbröckelnd. Am Rentenmarkt wurden am Wochenschluß folgende Papiere gehandelt: Frankfurter, Kasseler, Rheinische, Rhein-Westboden und süddeutsche Boden mit 7¹/₄, Hamburger mit 7¹/₄ und Nassauische mit 7¹/₄. Meininger Hypothekenbank gingen mit 8¹/₂ um.

Effektenkurse:

	14. 1.	11. 1.
Industrieaktien:		
AEG	10¹/₄	10
Bekula	7	7
Elektr. Lieferungen	11	11
Elektr. Licht und Kraft	9 B	9
Bemberg	35	35
Demag	34	34
Rhein. Braunkohlen	44	42
Südd. Zucker	62 B	64³/₄
Verein. Stahlwerke	13¹/₄	13³/₄
Banken:		
Commerzbank	6³/₄	6¹/₂
Deutsche Bank	6¹/₂	6³/₄
Dresdner Bank	6¹/₄	6³/₄
Verkehr:		
Hapag	8¹/₄	8¹/₂
Norddeutscher Lloyd	8	8¹/₄
Versicherungen:		
Allianz u. Stuttg. Verein	36	40
Allianz Leben	38	—
Freiverkehrsaktien:		
Charlottenburger Wasser	13³/₄	12
Dessauer Gas	8	7¹/₂
Deutsche Waffen	13¹/₂	13¹/₂
Gutehoffnungshütte	23¹/₂—23	23¹/₂
Schwäb. Zellstoff	62	63
Thür. Zellwolle N. A.	4 B	4 B
Thür. Zellwolle I. A.	4 B	4 B
Phrix N. A.	13¹/₂	14¹/₂ B
Pfandbriefe:		
4 ¹/₂ Meininger	8¹/₂	8¹/₂
4 ¹/₂ Pr. Ldspfd. Anst.	5³/₄	5¹/₂
Industrieanleihen: (Westzonen)		
4¹/₂ % Krupp	5	5
4¹/₂ % Gelsen-Benzin	4³/₄	4³/₄
4 ¹/₂ August Thyssen	5	4¹/₂

Hamburg: ruhig

In der abgelaufenen Woche zeichnete sich die Hanseatische Wertpapierbörse durch sehr ruhige Stimmung aus, wobei sich die Kurse größtenteils behaupten konnten. Montanwerte waren am Wochenschluß gesucht. Die Rentenmärkte, an denen westliche Emissionen gut gefragt und sogar teilweise bezahlt wurden, lagen fest. Von den schweren Werten waren Hösch bei 14¹/₂, Klöckner bei 15, Rheinstahl bei 16 und Vereinstahl bei 12¹/₂ gesucht. Von Lokalwerten wurden an der Wochenschlußbörse Hamburger Hochbahn mit 16 und Franckewerke mit 16 bezahlt. Von Elektrowerten notierten AEG 10 und Siemens Stämme 13¹/₂. In allgemeinen Industrieaktien wurden Deutsche Erdöl mit 14¹/₂ und Lindes Eis mit 42¹/₂ gehandelt. Von Bankwerten notierten Commerzbank 6³/₄ und Deutsche und Dresdner Bank je 6¹/₂. Der Pfandbriefmarkt war bei höheren Kursen fest. 4% Hamburger Hypothekenbank wurden mit 7¹/₂ und 4% Hamburgische Landesbank mit 7¹/₂ bezahlt. Von Industrieobligationen wurden 4% Deutsche Industriebank mit 8¹/₂, 4¹/₂% Gelsenbenzin mit 5 und 5% Rhein. Braunkohlen mit 7¹/₂ bezahlt.

München: rückgängig

Während an der bayerischen Wertpapierbörse im Verlauf der vergangenen Woche bei kleinen Umsätzen Kurseinbrüche zu verzeichnen waren, ergaben sich am Wochenschluß bei Montanwerten leicht erholte Kurse. Am Aktienmarkt konnte jedoch das vorliegende Material nur zu ermäßigten Kursen abgesetzt werden. Der Markt für festverzinsliche Werte blieb bei lebhaften Umsätzen freundlich. Von schweren Werten waren Hösch bei 14¹/₂, Klöckner bei 15, Rheinstahl bei 16 und Gutehoffnungshütte bei 22¹/₂ gesucht. Von heimischen Werten waren Brauhaus Regensburg mit 35, Hackerbräu mit 45, Paulaner mit 43¹/₂ und Oberpfalzwerke mit 32 angeboten. Am Rentenmarkt wurden bezahlt: 4% Frankfurter Hypothekenbank mit 7¹/₂, bayerische Landwirtschaftsbank mit 8¹/₄, Rheinische Hypothekenbank mit 7¹/₂. Von Industrieobligationen verzeichneten Gutehoffnungshütte 8¹/₂, bayerische Wasserkraft 7¹/₂ und deutsche Industriebank 8¹/₂.

Stuttgart: lustlos

In der abgelaufenen Woche verkehrte die Börse lustlos, da jede Anregung fehlte. Am Aktienmarkt waren die Umsätze gering und das geringe angebotene Material wurde nur zögernd aufgenommen. Die eingetretenen Kursrückgänge überschritten jedoch nicht 1 bis 2 %. Für auswärtige Aktien bestand wenig Interesse. Hier kam es auch zu größeren Kursrückgängen. Am Pfandbriefmarkt hat sich dagegen die Lage wesentlich geändert und es ist nach den Kurseinbrüchen der letzten Tage eine gewisse Stabilisierung eingetreten. Das Angebot hat fast völlig nachgelassen. Es kamen lediglich vereinzelt Spitzenbeträge auf den Markt. 4 % bayerische Hypotheken wurden mit 7¹/₂ bezahlt. Rheinische Hypothekenbank notierte 7. Gesucht waren süddeutsche Länderanleihen. 3¹/₂ % süd-württembergische Schatzanweisungen waren bei 7,8 G stark beachtet. Die übrigen Länderanleihen waren zu den alten Kursen gesucht.

Im allgemeinen notierten: Von Industrieaktien: AEG 10 (10,5), Klöckner 14,5 (17), Rheinstahl 15,5 (18), Verein. Stahlwerke 13,5 (14), Gutehoffnungshütte 22 (24), Salamander 36,75 (88), Württ. Metallwaren 33 (35). Von Pfandbriefen: Württ. Wohnkredit 7,8 (7,5), Bayerische Hypotheken- u. Wechselbank 7,7 (7,5), Württ. Hypothekenbank 7,63 (7,35), Württ. Kreditverein 7,63 (7,35). Am Wochenende machte die Gesamttendenz einen freundlichen Eindruck. Vor allem waren Renten gesucht. Infolge der bevorstehenden Zahlungen auf den Lastenausgleich im Februar dürfte auch mit einigen Realisationen zu rechnen sein.

Mainzer Sprechsaal: lebhaft

Bei lebhafter Geschäftstätigkeit und freundlicher Tendenz wurden am Mainzer Sprechsaal vom 11. Januar Umsätze in einer Gesamtsumme von 87 400 D-Mark erzielt. Unter anderem handelte man rheinische Textil mit 40,5 bz. und Aschaffenburg Zellstoff mit 43,50. Mainzer Stadtanleihe gingen zu 7,13 bz. 4¹/₂-prozentige Hartmann- und Braun-Obligationen zu 7 bz. um. Weiter notierten 4¹/₂-prozentige Rheinische Hypotheken-Bank Pfandbriefe und Frankfurter Hypotheken-Bank Pfandbriefe zu je 7,25 bz. Leicht rückgängig waren 3-prozentige Hessen-Pfalz-Anleihe bei 7,65 bz. (minus 0,05). Ein größerer Posten 3-prozentiger Hessen-Pfalz blieben im Angebot. 5-prozentige Landeskassenanweisungen Rheinland-Pfalz per 1. 2. 49 wurden mit 99 bz. gehandelt. Ein größerer Posten Rheinland-Hessen-Nassau-Anleihen blieben zu 7, 5 gesucht.

Amsterdam: lustlos

Die Amsterdamer Börse war während der abgelaufenen Woche durch eine lustlose Stimmung gekennzeichnet. Trotz des geringen Angebots traten bei verschiedenen Werten, besonders bei Unilever, Kursrückgänge ein. Das Publikum hält sich infolge der scharfen Kritiken im Sicherheitsrat an der holländischen Indonesien-Politik noch immer der Börse fern und will offenbar die weitere Entwicklung abwarten. Während der Freitagsbörse machte sich infolge eines großen Kaufauftrages in Aktien der Handelsvereiniging Amsterdam eine bessere Stimmung bemerkbar, wodurch die Kurse auf der ganzen Linie kräftig anzogen.

Paris: unregelmäßig

Die Entwicklung an der Pariser Börse war in der vergangenen Woche wiederum unregelmäßig. Die Tendenz war derjenigen der Vorwoche entgegengesetzt. Einem Rückgang der internationalen Werte stand eine festere Haltung zahlreicher französischer Papiere gegenüber. Das hervorstechendste Merkmal war die kräftige Erholung französischer Renten auf Grund der günstig aufgenommenen Preispolitik der Regierung. Die Umsatztätigkeit war beschränkt, die Kursveränderungen wurden häufig von verhältnismäßig kleinen Aufträgen bestimmt. Trotz Gewinnmitnahmen bei verschiedenen französischen Werten herrschte eine freundliche Grundstimmung vor. Ausländische Werte verloren allerdings einen großen Teil des Gewinnes der Vorwoche. Französische Staatspapiere stark befestigt, Banken dagegen schwächer, ebenso Automobilwerte und Erzgruben. Uneinheitlich waren Elektrowerte und chemische Werte. Spinnereien knapp gehalten, metallurgische Werte sehr freundlich. Internationale Werte schlossen nach größeren Schwankungen in schwacher Haltung, ausgenommen De Beers, Rio Tinto und Mexican Eagle, die lebhaft gehandelt wurden. Goldminen wegen der von den südafrikanischen Bergarbeitern geforderten Lohnerhöhungen rückläufig.

Die allgemeine Kennzahl für Aktien sank von 1404 auf 1379. Die Kennzahl für französische Werte ermäßigte sich auf 1154 (1179), für französische Gesellschaften im Ausland auf 2940 (3111) und für ausländische Werte auf 631 (636). Die Kennzahl für französische Rentenpapiere stieg von 100,6 auf 108,7.

London: unsicher

Die Spannung zwischen Großbritannien und Israel beeinträchtigte die bisherige freundliche Stimmung und löste gegen Schluß der abgelaufenen Woche einen Umsatzrückgang aus. Die Börse stand im Zeichen der Unsicherheit. Behaupten konnten sich nur erstklassige festverzinsliche Werte, wogegen ausländische Werte uneinheitlich waren. Tschechoslowakische Staatsanleihen stiegen um 80 Punkte, wogegen chinesische Staatsanleihen zuerst Einbußen erlitten, sich aber später wieder erholten. Auch Industriewerte blieben uneinheitlich. Die Aufrechterhaltung des Dividendenstops für ein weiteres Jahr trug ebenfalls zur Abschwächung bei. Während Oelwerte infolge der Ereignisse in Palästina und wegen der Forderung der iranischen Regierung auf größere Gewinnbeteiligung an der „Anglo-Iranian" durchwegs gedrückt waren, zogen anglo-ägyptische Ölwerte mit Rücksicht auf die neuen Erdölvorkommen in der Wüste Sinai stark an. Kaffir-Goldwerte erlitten wegen Lohnforderungen der Grubenarbeiter empfindliche Einbußen.

Neue Pfandbriefemissionen

Düsseldorf. Der Finanzminister von Rheinland-Westfalen hat die Rheinische Girozentrale und Provinzialbank in Düsseldorf zur Ausgabe von 2 Mill. DM 5%igen Pfandbriefen und 25 Mill. DM 5%igen Kommunalschuldverschreibungen ermächtigt. Davon sollen vorläufig je 5 Mill. DM zum Ausgabekurs von 98% in den Verkehr gebracht werden.

Schweizer Goldbestand

Bern. Nach dem Ausweis der Schweizer Nationalbank vom 15. Januar ist der Goldbestand um 828 000 auf 5 820 800 000 fr. gestiegen. Gleichzeitig hat sich der Banknotenumlauf um 13 282 000 auf 4 284 396 000 fr. verringert.

USA-Anleihe für Transjordanien?

Amman. Der frühere Ministerpräsident von Transjordanien, Samir Pascha, verhandelt zur Zeit in Washington wegen der de jure-Anerkennung Transjordaniens durch die USA, wobei angeblich gleichzeitig die Gewährung einer Anleihe an Transjordanien erörtert werden soll.

Die USA-Regierung beabsichtigt ferner, Niederländisch-Indien zur Hebung der Kopra- und Palmölerzeugung eine Anleihe v. 35 Mill. Dollar zu gewähren. Die Hälfte der Anleihe soll im Steuerjahr 1949, der Rest im folgenden Steuerjahr ausgezahlt werden.

Notenkurse in Zürich am 16. Jan. 1949

1 $	USA	3,95/3,97
1 £	England	[illegible]
100 Fr.	Frankreich	[illegible]
100 bfrs.	Belgien	7,30/7,36
100 Hfl	Holland	[illegible]
100 Lit	Italien	[illegible]
100 Kr.	Norwegen	[illegible]
100 Kr.	Schweden	[illegible]
100 Kr.	Dänemark	[illegible]
100 Sch.	Österreich	[illegible]
100 Kr.	Tschechoslowakei	[illegible]
100 Esc.	Portugal	[illegible]
100 Ptas.	Spanien	[illegible]
100 £	Türkei	[illegible]
100 Pes.	Argentinien	[illegible]
100 Silbermark		[illegible]
100 DM	**Deutschland**	**[illegible]**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg